Mittwoch, 4. Juli 1984 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 – Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 154 - 27.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

CSU-Rechte: Die CSU habe als Koalitionspartner das Recht, „auf dem Gebiet der Außenpolitik soviel Einfluß zu verlangen wie z.B. der Koalitionspartner auf dem Gebiet der Innenpolitik", erklärt der Parteivorsitzende Franz Josef Strauß am Rande der Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Kloster Banz. (S. 4)

Katholikentag: Rund 100 000 Teilnehmer werden auf dem heute beginnenden Katholikentag in München erwartet. Er steht unter dem Motto: „Dem Leben trauen, weil Gott es mit uns lebt." (S. 2)

Zensur: Die Passagen über Menschenrechte, Afghanistan und das Ost-West-Verhältnis in der Rede des britischen Außenministers Howe im Kreml sind in der sowjetischen Presse der Zensur zum Opfer gefallen. (S. 8)

Besuch: Vor einem Besuch von Bundespräsident von Weizsäcker in der „DDR" müsse „noch einiges geschehen", erklärt Bundesaußenminister Genscher. (S. 5)

Terroristen: Die Polizei hat in der Nacht zum Dienstag sechs Personen aus dem „terroristischen Bereich" festgenommen. Das teilte die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe gestern mit.

Killer-Satelliten: Die Sowjetunion verfügt nach Angaben aus dem US-Verteidigungsministerium schon seit 1971 über mindestens ein einsatzfähiges System zur Zerstörung fremder Satelliten. (S. 8)

Befördert: Der Oberbefehlshaber der sowjetischen Fernosttruppen, Armeegeneral Goworow, ist zum stellvertretenden Verteidigungsminister ernannt worden. Goworow war in seiner früheren Funktion für den Abschuß eines koreanischen Verkehrsflugzeugs verantwortlich.

Heute: Bundeskanzler Kohl reist nach Argentinien und Mexiko. – Katholikentag beginnt in München. – Griechenlands Ministerpräsident Papandreou zu dreitägigem offiziellen Besuch in der „DDR".

ZITAT DES TAGES



» Wer nach Berlin kommt, empfängt etwas für seinen Verstand und sein Herz «

Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei seinem Antrittsbesuch in der deutschen Hauptstadt FOTO: KLAUS MEHNER

WIRTSCHAFT

Subventions-Kritik: Der Präsident des Bundeskartellamtes, Kartte, hält es für gefährlich, der technischen Entwicklung durch Subventionierung überholter Strukturen und damit Abschottung nationaler Märkte begegnen zu wollen. (S. 10)

Konjunktur: Die Industrieproduktion hat sich im Mai nach den Dämpfern der Vormonate wieder leicht erholt. Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums steigerte das produzierende Gewerbe seinen Ausstoß gegenüber April um 0,5 Prozent.

Geldpolitik: Bundesbank-Vizepräsident Schlesinger sieht in den streikbedingten Produktionsausfällen keinen Grund zur Änderung der Geldpolitik. Auch sei die *Zinsspanne der Banken* „recht hoch", die Diskontsatz-Erhöhung sei deshalb kein Anlaß zur Erhöhung der Kreditzinsen.

Börse: Die Aktienbörse tendierte gestern schwach. Auch am Rentenmarkt gaben die Kurse nach. WELT-Aktienindex 144,7 (147,0). Dollar-Mittelkurs 2,8077 (2,7971) Mark. Goldpreis je Feinunze 369,75 (370,00) Dollar.

KULTUR

Achternbusch: Ein Gericht in Kärnten hat den Film „Das Gespenst" jetzt wegen „Herabwürdigung religiöser Lehren" eingezogen. Der Richter erklärte, der Streifen verstoße nicht nur gegen Strafrecht, sondern auch gegen das Grundrecht der Glaubens- und Gewissensfreiheit.

Regisseur-Streik abgewendet: Der Verband der Regisseure in den USA hat sich mit Film- und Fernsehproduzenten und den drei größten TV-Anstalten auf eine Erhöhung ihrer Gagen von 16 bis 17 Prozent in den nächsten drei Jahren geeinigt. Ihre Streikdrohung nahmen die Regisseure zurück.

An die Leser der WELT

Auch gestern gingen die Streikaktionen der IG Druck am zentralen Herstellungsort der WELT weiter. Gleichwohl erscheint *diese Zeitung* auch heute – allerdings mit verringertem Umfang. Das betrifft den redaktionellen Teil, die Börsenberichterstattung und den Anzeigenbereich. Wir bitten um Verständnis.

Verlag und Redaktion DIE WELT

SPORT

Leichtathletik: Der 32 Jahre alte Portugiese Fernando Mamede stellte in Stockholm mit 27:13,81 Minuten einen neuen Weltrekord über 10 000 Meter auf. (S. 7)

Tennis: Steffi Graf ist im Achtelfinale des Wimbledon-Turniers in London ausgeschieden. Die 15jährige unterlag der Engländerin Jo Durie mit 6:3, 3:6, 7:9.

AUS ALLER WELT

Hungerhilfe: Nach drei Mißernten brauchen die sechs südafrikanischen Staaten doppelt soviel Nahrungsmittelhilfe wie im Vorjahr. Das teilt die Welternährungsorganisation FAO mit. Von den benötigten 1,35 Millionen Tonnen Getreide sind erst 240 000 Tonnen zugesagt. Mittelfristig soll die Versorgung mit Fisch die Probleme mildern. (S. 16)

Isolierungsfehler: Mangelnde Isolierung einer Treibstoffleitung scheint nach Erkenntnissen der Nasa Grund für den Abbruch des Starts der dritten Raumfähre „Discovery" gewesen zu sein. Der Start wurde von einem Computer abgebrochen.

Wetter: Unbeständig; im Norden 16, sonst 20 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Bonn will mit Ost-Berlin ein neues ‚Paket' schnüren

Im Gespräch: 900-Millionen-Kredit für die „DDR" / Als Gegenleistung wird verlangt: Senkung des Zwangsumtauschs und mehr Reisemöglichkeiten

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Bundesregierung ist über die Lösung des aktuellen Problems in der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin hinaus bemüht, mit der „DDR" zu einer breitangelegten Übereinkunft über menschliche Erleichterungen zu gelangen. Nach WELT-Informationen aus Bonner Regierungskreisen wird dabei an folgendes „Paket" gedacht: Mit „politischer Rückendeckung" der Bundesregierung würde ein Bankenkonsortium der „DDR" einen weiteren Kredit von über 900 Millionen Mark einräumen. Im Gegenzug soll Ost-Berlin eine, wenn auch geringfügige Zurücknahme des Zwangsumtauschs veranlassen und das Alter für Westreisen von Frauen senken.

Außerdem bestehen nach den ersten Konsultationen realistische Chancen, daß die „DDR" in diesem Jahr weiteren 5 000 Bewohnern die Ausreisegenehmigung erteilt. Die Verhandlungen zwischen Staatssekretär Rehlinger vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen und dem Ost-Berliner Rechtsanwalt Vogel über die Zukunft der noch 30 „DDR"-Bewohner, die sich in der Ständigen Vertretung aufhalten, haben auch gestern angedauert.

Es steht fest, daß das Bundeskanzleramt zumindest bauliche Konsequenzen aus dem Vorfall ziehen wird: Künftig werden nur noch zehn bis 20 Personen, die um Auskünfte nachsuchen, einen speziell dafür vorgesehenen Raum betreten können. Um den Vorwurf zu begegnen, Zufluchtsuchende müßten in der Vertretung unter menschenunwürdigen Verhältnissen leben, sollen in Verbindung mit diesem Besucherraum auch Duschen und Toiletten eingerichtet werden. Allerdings wird durch die Baumaßnahmen verhindert, daß Besucher Zugang zu anderen Büroräumen finden können. Die Ständige Vertretung wird angesichts der vorgesehenen Baumaßnahmen noch auf unabsehbare Zeit geschlossen bleiben. Nach Informationen aus dem Bundeskanzleramt ist auch daran gedacht, künftig nur noch „Einzelpersonen" den Zugang zur Ständigen Vertretung zu ermöglichen, während bisher zumindest vorübergehend ganze Familien mit Gepäckstücken in das Gebäude gehen konnten. Im Kanzleramt heißt es, durch diese Maßnahme solle die „Arbeitsfähigkeit und die Sicherheit" der Vertretung gewährleistet werden.

Über den in Aussicht genommenen Kredit für die „DDR" gibt es noch keinen offiziellen Beschluß der Bundesregierung. Bonn ist jedoch zu einem solchen Schritt grundsätzlich bereit, wenn die „DDR" dafür Gegenleistungen zugunsten der Menschen erbringt. Die finanzielle Absicherung werde demnach – wie beim Milliardenkredit 1983 – wiederum über eine stillschweigende Abtretung der Ansprüche aus der Transitpauschale durch die „DDR" erfolgen. Die Raten für den ersten Kredit einschließlich Zinsen, so heißt es, würden von Ost-Berlin pünktlich zurückgezahlt. Die „DDR" ist an einem weiteren Kredit interessiert. Kontakte darüber wurden aufgenommen, wie aus dem Kanzleramt zu hören ist. In der CSU hat man dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß geraten, das Arrangement des zweiten Kredits Bundeskanzler Helmut Kohl zu überlassen. Die Umstände, unter denen er erste Kredit zustande gekommen war, hatten innerhalb der CSU heftige Debatten ausgelöst.

● Fortsetzung Seite 8

„Will IG Druck überhaupt Einigung?"

Arbeitgeber äußern Zweifel am Kompromißwillen / DGB sagt Ferlemann Unterstützung zu

fac. Bonn

Zweifel am Einigungswillen der IG Druck und Papier hat gestern der Verhandlungsführer des Bundesverbandes Druck, Manfred Beltz Rübelmann, angemeldet. Beltz Rübelmann vertrat die Auffassung, die Gewerkschaft fordere nun nicht nur die 38-Stunden-Woche für alle Beschäftigten der Branche, sondern beispielsweise für Schichtarbeiter unter Einbeziehung von 2 1/2 Stunden Pause in der Woche in Wirklichkeit die 35,5-Stunden-Woche. Die IG Druck weigere sich, das Herzstück des Leber-Modells zu übernehmen. Dessen Grundgedanke sei eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und die Möglichkeit unterschiedlicher personeller Arbeitszeitregelungen. Diese Idee einer „Durchschnittsarbeitszeit" habe in der Metallindustrie zum Erfolg geführt und werde deshalb auch von den Arbeitgebern der Druckindustrie angeboten. Der Verhandlungsführer sprach von einer doppelten Wirkung, die damit erzielt werden könne: Die Realisierung dieses Vorschlags trage zur Sicherheit der vorhandenen Arbeitsplätze bei und verhindere zugleich die Verringerung von Kapazitäten und Produktionsmöglichkeiten.

Beltz Rübelmann äußerte den Verdacht, daß der starre Widerstand der Gewerkschaft gegen den wichtigsten Teil des Leber-Modells mehr organisationspolitischen Gesichtspunkten entstamme, als dem Willen, Verbesserungen für Mitarbeiter durchzusetzen. „Die Flexibilität, die in den Betrieben mit den Betriebsräten zu vereinbaren wäre, würde nämlich einen Teil der Autorität der Gewerkschaft auf die Arbeitnehmervertretungen verlagern", erklärte der Verhandlungsführer des Bundesverbandes Druck der WELT. Die IG Druck habe offenbar Angst vor ihrer Basis.

Der IG Druck-Vorsitzende Erwin Ferlemann, der am Montagabend von der Möglichkeit eines Verhandlungsabbruchs gesprochen hatte, sagte gestern nachmittag, er habe wieder Hoffnung. Er begründete dies damit, daß er Informationen von Arbeitgeberseite erhalten habe, nach denen der neue Gewerkschaftsvorschlag zur Arbeitszeitfrage nicht vollständig zurückgewiesen worden sei. Im sozialpolitischen Ausschuß des Bundesverbandes Druck sei lediglich an einzelnen Punkten Kritik geäußert worden. Der Vorschlag der IG Druck und Papier basiert auf einer 38-Stunden-Woche und soll, wie von Gewerkschaftsseite erklärt wird, eine begrenzte Flexibilität der betrieblichen Arbeitszeit zulassen. Die Arbeitgeber bewerten diese Flexibilisierung als „leere Worthülse" und als „Mischung aus Ausnahmeregelungen und Plänen".

Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit sicherte der IG Druck gestern die Unterstützung aller anderen Einzelgewerkschaften in „jedem erforderlichen Ausmaß" zu. Während einer Sitzungsunterbrechung des in Düsseldorf tagenden Bundesvorstands des DGB sagte Breit, dies gelte auch für eine finanzielle Hilfe im Fall der Fortsetzung des Arbeitskampfes in der Druckindustrie.

Der frühere Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) meinte in der „Bild"-Zeitung unter Anspielung auf die Blockaden von Zeitungsbetrieben: „Die Begleiterscheinungen des Druckerstreiks können einem Angst machen. Da bahnen sich Entwicklungen an, die allmählich gefährlich für den Staat werden."

Moskau verlangt mehr Geld von „DDR"

Ost-Berlin und Prag sollen höhere Beiträge für Stationierung der Roten Armee zahlen

WERNER KAHL, Bonn

Der Kreml verlangt von Ost-Berlin einen höheren finanziellen Beitrag zu den Stationierungskosten der Roten Armee in der „DDR". Das wurde jetzt nach dem Treffen des sowjetischen Verteidigungsministers Marschal Dmitrij Ustinow mit der Ost-Berliner Führung im Hause des SED-Zentralkomitees bekannt. Die tschechoslowakische Regierung wurde nach Angaben von Ostblock-Diplomaten ebenfalls zu höheren Zahlungen aufgefordert.

Die Sowjets, heißt es, hätten ihre Forderungen vor allem damit begründet, daß an der Westgrenze der Warschauer Pakt-Staaten die Kosten der Stationierung sowie der „Stärkung der Kampfkraft und der Aufrechterhaltung der Gefechtsbereitschaft" ihrer Streitkräfte gestiegen seien.

Parallel zu den Verhandlungen über einen höheren Stationierungsbeitrag hielt sich der sowjetische Verteidigungsminister zu einem großen *Manöver der Stäbe der Sowjet-Streitkräfte* in Mitteldeutschland auf. Nach Angaben westlicher Beobachter handelt es sich dabei um eine militärische Demonstration auf dem Gebiet der „DDR", Nordpolens und der CSSR, mit der die Kreml-Führung offenbar auf die Aufstellung von US-Raketen in Westeuropa reagiert.

Die Manöver, die morgen beendet werden sollen, werden von den Sowjets jedoch zum erstenmal ohne Beteiligung der „DDR", Polen und der CSSR abgehalten. In diesem Ausmaß seien sie außerhalb der Sowjetunion noch nicht registriert worden, erfuhr die WELT. Da es sich um Stabsmanöver handelt, werden Truppenbewegungen selbst nur simuliert. Bei der Anmeldung der Übungen bei der NATO durch die sowjetische Führung wurde die fiktive Einbeziehung von etwa 60 000 Soldaten der Roten Armee *angekündigt*.

Nach Angaben aus Washington sind mindestens 14 der 19 in der „DDR" stationierten sowjetischen Divisionen mit SS-21-Raketen ausgerüstet. Die Reichweite der ballistischen Waffen ist mit 120 Kilometern doppelt so groß wie die der alten Frog-Raketen, die so bald wie möglich ersetzt werden sollen. Die SS-21 gelten als wesentlich zielgenauer als die Frogs und können sowohl mit konventionellen als auch mit atomaren Sprengköpfen abgeschossen werden. Westliche Beobachter versuchen herauszufinden, ob es Anzeichen dafür gibt, daß die Sowjets unter dem Deckmantel der Stabsmanöver eine neue Generation von Gefechtswaffen näher an die Grenze zur Bundesrepublik Deutschland heranbringen.

„Mehr mit Grünen auseinandersetzen"

Co. Bonn

Die Bundesregierung sollte sich nach Ansicht des FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher stärker als bisher mit den Grünen auseinandersetzen. Die Grünen hätten eine ganze Zeit lang ihren Weg machen können, ohne daß sich ihre politischen Gegner mit den Zielvorstellungen und der unglaubwürdigen Haltung von Abgeordneten der Grünen befaßt hätten. Dies müsse anders werden, sagte Genscher gestern im Süddeutschen Rundfunk.

Als notwendig bezeichnete er es vor allem, den Wahlmotiven für die Grünen nachzugehen. „Viele junge Menschen haben vieles, was die Grünen gesagt haben, als erfrischend empfunden. Um so mehr sind sie jetzt enttäuscht, daß genau das, was erfrischend schien, nicht eingehalten worden ist", meinte Genscher.

Angriffe gegen Frachter im Golf

rtr, Athen

Bei den am Sonntag von Irak gemeldeten Angriffen auf fünf Schiffe im Golf ist auch ein griechischer Frachter getroffen worden. Das griechische Ministerium für die Handelsmarine teilte gestern mit, bei dem Angriff auf die „Alexandra Dyo" seien zwei Besatzungsmitglieder getötet und vier verletzt worden. Es handele sich um philippinische Seeleute. Ein Sprecher der griechischen Reederei erklärte, man wisse nicht, ob das Schiff gesunken oder ob es noch seetüchtig sei. Die vier Verletzten seien nach seinen Informationen in ein Krankenhaus in der iranischen Hafenstadt Bandar Khomeini gebracht worden. Der Frachter wollte ursprünglich diesen Hafen anlaufen. Bei dem irakischen Angriff war auch ein südkoreanischer Frachter getroffen worden.

Neue Kämpfe vor der Waffenruhe

dpa, Beirut

Neue Gefechte zwischen rivalisierenden Palästinenser-, Moslem- und Christenmilizen in Beirut überschatteten gestern die letzten Vorbereitungen für einen Waffenstillstand, mit dem heute im Großraum Beirut ein umfassender Friedensplan in Kraft treten soll. In den Morgenstunden kam es zu mehreren Gefechten in der Nähe der Palästinenserlager von Sabra und Schatilla, als dort schiitische Milizen die Zugänge kontrollieren wollten. Entlang der „Grünen Linie" schossen christliche und moslemische Milizen aufeinander. Im nordlibanesischen Tripoli wurden mehrere Menschen getötet oder verletzt, als sich moslemische Fundamentalisten und pro-syrische Milizen heftige Gefechte lieferten. Offenbar versuchten pro-syrische Elemente, ihre Position in Tripoli auszubauen.

DER KOMMENTAR

Streiks und Arbeitslose

CLAUS DERTINGER

Die neuen Zahlen der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit sind kaum dazu angetan, Freude aufkommen zu lassen. Zwar ist die Zahl der Arbeitslosen von Mai auf Juni ein wenig gesunken. Aber daraus kann man nicht den Schluß ziehen, daß schon Licht am Ende des Tunnels zu sehen sei. Es ist noch nicht einmal zu erahnen. Der leichte Rückgang der Arbeitslosigkeit im Juni hat lediglich saisonale Gründe. Schaltet man die Saisonfaktoren aus, so ist die Arbeitslosenzahl sogar weiter gestiegen. Der schon seit Jahresbeginn negative Trend am Arbeitsmarkt hält also an.

Die Skepsis gegenüber der These, daß eine Wirtschaftsbelebung schon in diesem Jahr für Entspannung am Arbeitsmarkt sorgt, scheint durch Fakten untermauert zu werden. Die deutsche Wirtschaft hat zwar bis zum Ausbruch der Arbeitskämpfe mehr produziert, aber sie kommt mit weniger Arbeitskräften aus. Und das nicht nur, weil viele Firmen offenbar ausreichende Personalreserven haben.

Einen ganz entscheidenden Grund hat der Chef der Nürnberger Bundesanstalt genannt: Wegen des Arbeitskampfes waren die Unternehmen bei ihren Personaldispositionen vorsichtiger. Statt zusätzlich Leute einzustellen, bewältigte die Wirtschaft den mit der Produktionsausweitung verbundenen Mehrbedarf an Arbeit mit Überstunden.

Der Streik wurde also eindeutig auf dem Buckel der Arbeitslosen ausgetragen. Mancher hätte inzwischen längst einen Job gefunden, wenn militante Gewerkschafter nicht mit so brutaler Härte versucht hätten, ihre überzogenen Forderungen durchzusetzen. Die von den Gewerkschaftsfunktionären lauthals propagierte Solidarität mit den Arbeitslosen entpuppt sich als purer Zynismus.

Ob sich die Lage am Arbeitsmarkt nach der Einigung der Tarifpartner bessern wird, bleibt abzuwarten. Die streikbedingte Abschwächung des Wirtschaftswachstums wird sicherlich nicht dazu beitragen, daß die Unternehmen bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze in die Vollen gehen. Denn wer heuert schon Arbeitskräfte an, die er später nur noch mit teuren Sozialplänen loswerden kann?

Mit den langen Streiks haben die IG Metall und die IG Druck der Gesamtwirtschaft geschadet, am meisten aber den Arbeitslosen.

Streik dämpft Nachfrage nach Arbeitskräften

Rückgang der Arbeitslosigkeit hat saisonale Gründe

GISELA REINERS, Bonn

Der Streik in der Metall- und Druckindustrie hat die Nachfrage nach Arbeitskräften gedämpft. Bisher sorgt nur die günstige Jahreszeit für einen leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit. Die Konjunktur hat sich noch nicht am Arbeitsmarkt ausgewirkt. Nach Angaben des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit (BA) in Nürnberg, Heinrich Franke, ist die Entwicklung im Juni „nur jahreszeitlich bedingt". Hinzu komme, daß „der Arbeitskampf zu vorsichtigeren Personaldispositionen" geführt habe.

Die Zahl der Arbeitsuchenden ging im Juni um 20 600 auf 2 112 600 zurück. Die Arbeitslosenquote – Anteil der Erwerbslosen an der werktätigen Bevölkerung – sank von 8,6 Prozent im Mai auf 8,5 Prozent. „Die Entwicklung war nicht befriedigend, die Lage hat sich etwas verschlechtert", konstatierte Franke. Nach der Bereinigung der Statistik von saisonalen Einflüssen sei festzustellen, daß die Zahl der Arbeitslosen sogar um 17 000 zugenommen habe. Im Mai war sie nur um 9 000 gestiegen.

Vor allem die Bauwirtschaft bleibe mit ihrer Kräftenachfrage hinter den Erwartungen zurück. Sie sei eine wichtige Stütze der Beschäftigung, liefere aber bisher zu wenig Impulse. Die Zahl der offenen Stellen habe aber zugenommen – gegenüber einer Abnahme im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Sie liege jetzt bei 99 300, das seien 2 800 mehr als Ende Mai. Die Zahl der Kurzarbeiter – Indikator für die „verdeckte Arbeitslosigkeit" – sei um rund 49 000 auf 338 300 gesunken. Verglichen mit 1983 sei das wenig. Damals sank sie um 22 Prozent. Der geringfügige Rückgang sei auf den Streik zurückzuführen, der etwa 35 000 Kurzarbeiter betreffe.

Bei den Jugendlichen unter 20 Jahren waren 4 400 mehr arbeitslos als im Vormonat, insgesamt 137 500. Das waren 30 800 oder 18 Prozent weniger als 1983. Daß die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen nach der Abnahme in der vergangenen Monaten wieder gestiegen ist, liegt am Ende des Schuljahres in einigen Bundesländern. Diese Jugendlichen bewirken auch zum Teil die Abnahme des Anteils der Leistungsempfänger an den Arbeitslosen. Er hat um 50 500 oder 3,6 Prozent von 65,1 Prozent auf 63 Prozent abgenommen.

Unter den Bundesländern war Nordrhein-Westfalen mit einer Quote von 10,5 Prozent überdurchschnittlich, dagegen Baden-Württemberg mit 5,1 Prozent unterdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen. In den Städten mit den meisten Erwerbslosen gab es eine leichte Abnahme: Leer hat noch 20 statt 20,7 Prozent, Emden 16,1 statt 16,3 Prozent Arbeitslose. Im Ruhrgebiet liegt Duisburg mit 16,5 an der Spitze.

Mit 2,35 Millionen Arbeitslosen im Halbjahresdurchschnitt und einer Quote von 9,5 Prozent liegt die Zahl der Erwerbslosen unter dem Ansatz *für den Haushalt 1984 mit 2,38* Millionen. Die niedrigere Schätzzahl von 2,2 Millionen im Jahresdurchschnitt scheint damit kaum noch erreichbar. Durch Streik gingen bisher etwa 64 Millionen Arbeitsstunden verloren: Gemessen an 43 Milliarden Stunden pro Jahr ein Anteil von 1,3 Promille.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Referat Täuschung

Von Cay Graf Brockdorff

Marschal Ogarkow, der sowjetische Generalstabschef, hat in der Armeezeitung „Roter Stern" kritische Gedanken über die sowjetische Raketenrüstung verbreitet: daß angesichts des angehäuften Vernichtungspotentials beider Seiten der weitere Ausbau dieses Arsenals „sinnlos" werde. Es ist von höchster Bedeutung, wenn ein solcher Mann derlei öffentlich äußert. Ist aber die Sowjetunion unversehens zu Ansichten gelangt, wie sie von westlichen „Freeze"- und Friedensbewegungen vertreten werden?

Churchill sagte einmal, die Sowjetunion sei ein Rätsel, umhüllt von einem Geheimnis. Bis wir genauer erkennen können, worauf Ogarkow abzielte und um das Urteil in der Zwischenzeit zu erleichtern, mag es angemessen sein, einen Zusammenhang mit bekanntem Hintergrund herzustellen: Marschall Ogarkow, ein gutaussehender, brillanter Mann, war viele Jahre lang Chef des Hauptdirektorats Strategische Täuschung im sowjetischen Generalstab, ehe er an die Spitze der sowjetischen Streitkräfte rückte. In dieser früheren Funktion war er verantwortlich dafür, durch Aktion und Desinformation größten Stils Potential und Absichten Moskaus zu verbergen.

Ogarkows Äußerungen im „Roten Stern", einem Blatt, das dem Generalstab unterstellt ist, erscheinen zu einem Zeitpunkt, zu dem die Administration in Washington darum ringen muß, die Modernisierung ihrer strategischen Raketen zu begründen und Forschungsmittel für das von Präsident Reagan anvisierte Raketenabwehrprogramm zu erhalten.

Beide amerikanische Initiativen sind geeignet, die Moskau bekannte Lage zu verändern: Gegenwärtig sind 75 Prozent der amerikanischen strategischen Nuklearwaffen 15 Jahre alt und älter. Aber 75 Prozent der sowjetischen strategischen Atomwaffen sind nur fünf Jahre alt oder jüngeren Datums.

Ein „Einfrieren" der Rüstungen würde im Augenblick der Sowjetunion unschätzbare Vorteile gewähren. Ehe man sich der Hoffnung hingibt, Moskau beginne über die Grenzen der Rüstung zu philosophieren, sollte man also überlegen, ob nicht strategische Erwägungen die Feder des Marschalls geführt haben könnten.

Würgende Fürsorge

Von Jürgen Liminski

So atlantisch-freiheitlich das Elysée sich in der Außenpolitik gibt, so unwestlich führt sich die französische Regierung auf, wenn es um fundamentale Freiheiten der Bürger Frankreichs geht. Man denke nur an den gegenwärtigen Schulstreit.

Der Senat hat deshalb ein Referendum verlangt. Er will das Volk darüber entscheiden lassen, ob die Privatschulen wie bisher in Unabhängigkeit bestehen können, oder ob sie der erwürgenden Fürsorge des Staates übergeben werden sollen.

Natürlich kocht der Senat hier auch das Süppchen der bürgerlichen Opposition, die in diesem hohen Haus eine satte Mehrheit hat. Aber es geht nicht darum, ob der Senat vorrangig das Gemeinwohl oder das Oppositionswohl im Auge hat. Es geht auch um die Sache.

Hier nun hat das Volk bereits entschieden. In Paris taucht man die wirkliche Zahl der Demonstranten vom 24. Juni in den Couloirs der Ministerien einander ins Ohr: Zwei Millionen sollen es gewesen sein. Und diese Zahl sei verläßlich. Solche Demonstrationen haben den Charakter eines Referendums.

Noch mehr Furcht befällt die Sozialisten aber, wenn sie daran denken, daß sich solch ein Ereignis nahezu jederzeit wiederholen kann. Denn es sind die Hausfrauen und Mütter, die nach dem Schneeball-System das Hexagon telefonisch überziehen und so in Stundenschnelle millionenstarke Aufmärsche zu organisieren vermögen. Das ist „La France profonde", die Volksseele, die Mitterrand in seinem Wahlkampf 1981 so gekonnt ansprach.

Die sozialistisch-kommunistische Regierung Mauroy hat es freilich geschafft, in drei Jahren das Urstromtal aller Franzosen, das freiheitlich-individualistische Lebensgefühl, in Wallung zu bringen. Wenn sie nun mit ihrer absoluten Mehrheit in der Nationalversammlung den Referendumsantrag des Senats zurückweist, kann der Strom über die Ufer treten.

Die Regierung wird versuchen, das Gesetz in der Sommerzeit über die parlamentarischen Hürden zu bringen, in der Hoffnung, daß die Franzosen am Strand anderes im Sinn haben als den Ärger über „die da oben".

Nordirische Düsternis

Von Fritz Wirth

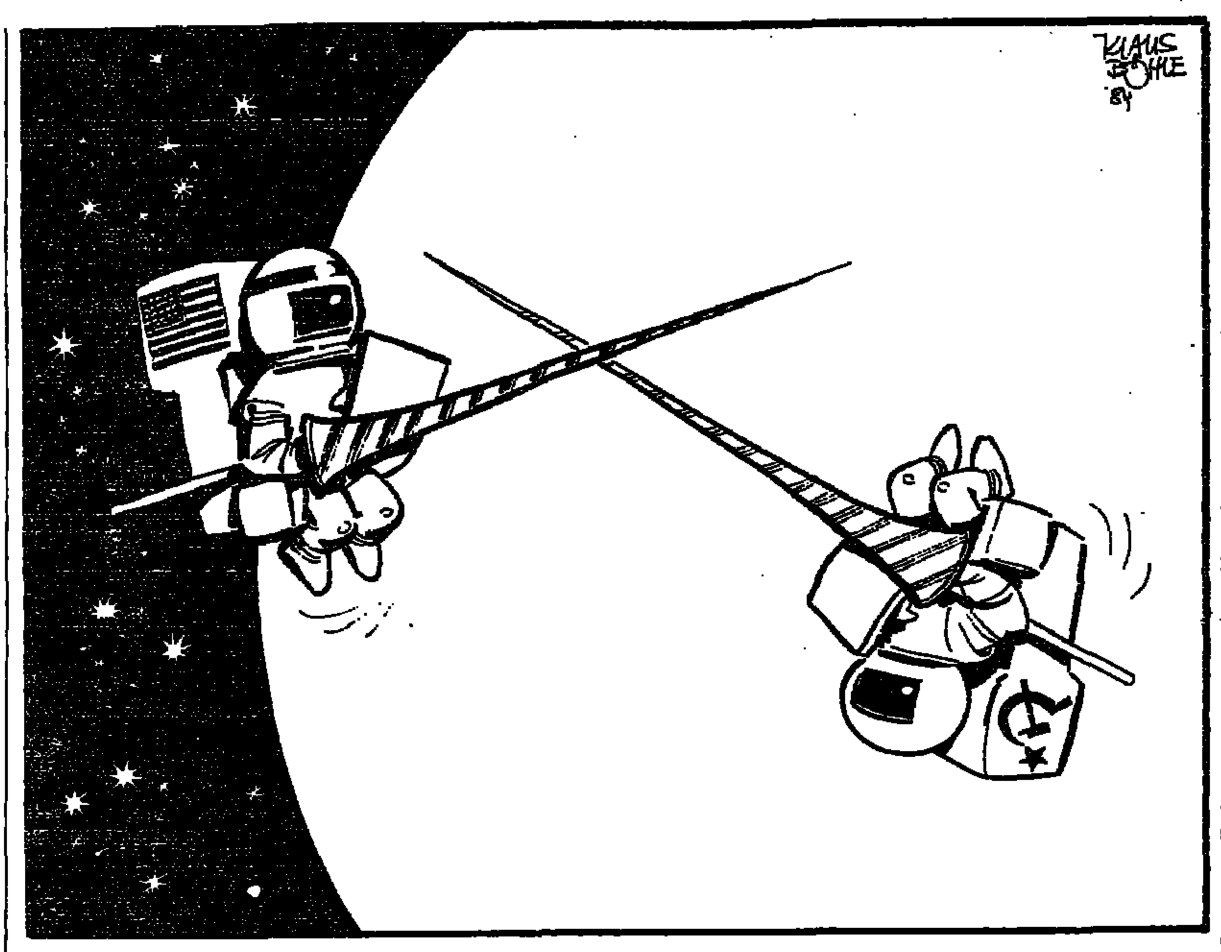
Der Stadtrat von Belfast sollte einen Verbrennungsofen kaufen, um alle Katholiken und ihre Priester darin zu verheizen. Die Mitglieder der republikanischen Bewegung in Irland sind Ungeziefer und Gesindel. Es ist mir gleichgültig, wie sie umgebracht werden, ob verbrannt, erschossen oder gehängt. Es wird keinen Frieden in Ulster geben, solange sie nicht tot sind.

Nein, nicht Worte aus dem düsteren Mittelalter und nicht Worte aus der Zeit des Unmenschen. Es sind Worte und Gedanken – wenn man solchen Sätzen überhaupt die Benutzung des Verstandes unterstellen will, eines gewählten Volksvertreters in Nordirland, des George Seawright, Stadtrat von Belfast und gewähltes Mitglied der nordirischen Versammlung. Gesprochen, öffentlich gesprochen im Jahre 1984.

Der ferne Bürger in Europa hat häufig Schwierigkeiten, den nahezu täglichen hinterhältigen Mord, die Eruptionen tödlicher Gewalt und blinden Hasses in Nordirland zu begreifen. Die Sätze des George Seawright liefern eine Erklärung. Es sind Provokationen dieser Art, die vor 15 Jahren die Unruhen in Ulster zur Explosion brachten und es sind Sätze dieser Art, die heute, 2350 Tote später, diesen Haß wachhalten. Hier sind Sprache und Torheit zur tödlichen Waffe geworden.

Vor allem aber: Es sind Sätze dieser Art, die alle Appelle an den Frieden, die Nächstenliebe und die Vernunft in diesem Lande, ob sie nun von Politikern oder vom Papst kommen, zunichte machen. Gestern redeten im Unterhaus britische und nordirische Parlamentarier mit beschwörenden Worten gegen diesen Haß an. „Ich bin in Ulster zu vielen Leichenzügen gefolgt und habe zu viele Hände von Witwen gehalten", klagte der presbyterianische Pfarrer Ian Paisley.

Wenn dies eine Anklage sein soll, dann gibt es für Paisley eine direkte Adresse. Er ist der Führer jener Partei, der George Seawright angehört. Bis zur Stunde hat Paisley sich noch nicht entschließen können, Seawright aus seiner Partei hinauszuwerfen. Er wurde lediglich vorübergehend entlassen, bis er sich öffentlich für seinen Vorschlag, die Katholiken Ulsters den Verbrennungsöfen zu überlassen, entschuldigt habe. Diese Entschuldigung jedoch wird nicht stattfinden. „Ich werde mich erst an jenem Tage öffentlich entschuldigen, da der Papst heiratet", sagte Seawright. In Nordirland spricht man so.



Demnächst Weltraum-Turnier? ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Absage an den Weltschmerz

Von Henk Ohnesorge

Gleichviel, was am Ende auch sein Fazit sein wird – mit einem Superlativ kann der 88. Deutsche Katholikentag in München schon jetzt aufwarten. Noch nie haben, den Papstbesuch vielleicht ausgenommen, Rundfunk und Fernsehen sich so auf ein Ereignis im kirchlichen Raum konzentriert wie auf diese Großveranstaltung, die heute Abend auf dem Münchner Odeonsplatz eröffnet wird. Dabei steht nichts zu erwarten, was spektakulär und schlagzeilenträchtig und etwa dem Auftreten militanter Friedensfreunde auf dem Evangelischen Kirchentag 1981 in Hamburg vergleichbar wäre.

Wer jedoch glauben sollte auf dem Münchner Messegelände dreieinhalb Tage lang eine Insel der Seligen zu erleben, der würde enttäuscht, selbst wenn mit handgreiflichen Kontroversen bis hin zu fliegenden Eiern und dekorativ verspritztem Tierblut nicht gerechnet wird. Die Sprengkraft liegt in den Themen dieses Treffens, zu dem etwa 60 000 Dauergäste und noch einmal einige zehntausend Tagesbesucher erwartet werden.

Diskussionen in Foren darüber, wie der Frieden zu sichern, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen ist, sind nicht neu. Auch die Probleme unserer immer mehr zerstörten Umwelt und der Ausländer in unserer Mitte sind schon früher auf kirchlichen Veranstaltungen dieser Art behandelt worden. Neu dagegen ist – und dies schlägt sich in der Themenstellung einiger Foren unmißverständlich nieder – daß jetzt die Unzufriedenheit der katholischen Kirche und auch der katholischen Laien mit den bisherigen Ergebnissen der „Wende" (oder dem Mangel an solchen) auf dem Münchner Messegelände deutlichen Ausdruck findet.

Die entsprechenden Stichworte heißen vor allem „Familie" und Paragraph 218, respektive „Wähle das Leben" (auch das Thema der Hauptkundgebung am Sonntagmittag im Olympiastadion). Wundern darüber kann sich nur, wer in den letzten Monaten und Wochen entsprechende Erklärungen deutscher Bischöfe und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, das zusammen mit dem Erzbistum München und Freising zum 88. Deutschen Katholikentag einlädt und ihn ausrichtet, nicht beachtet hat. Da wurde mehrfach und mit unmißverständlicher Kritik beklagt, daß der Abtreibung praktisch keine Schranken gesetzt sind, aber auch, daß die Familie, allen schönen Sonntags-Beteuerungen zum Trotz, vom Staat praktisch alleingelassen wird.

Doch kann die Beschäftigung mit solchen Fragen Aufgabe eines Katholikentags sein? Für die Gläubigen, was nicht identisch mit allen ist, die als Katholiken Kirchensteuer bezahlen, stellt sich diese Frage nicht. Sie begründen dies sowohl mit dem Selbstverständnis des Katholikentages als auch mit dem Recht des Staatsbürgers. Katholikentage waren im vergangenen Jahrhundert, als der Katholizismus im preußisch-deutschen Reich der Hohenzollern totgeschwiegen oder vermeintlich diskriminiert wurde, ein Vehikel katholischer Bürger, um hier gemeinsam ihren Glauben zu bekennen, aber auch eine Gelegenheit, sich auch zu aktuellen Fragen zu äußern. Der Kirche als Institution, dem Klerus, war diese Möglichkeit weitgehend genommen. Auch unter anderen, freieren Umständen ist diese Tradition der freien Rede bis heute geblieben.

Zum anderen aber pochen viele der in München Versammelten als Staatsbürger auf das Grundgesetz das immerhin einen Katalog der Grundwerte enthält. Sie sehen in



Absage an die „apokalyptischen Verfinsterer": Katholikentag 83 in Düsseldorf FOTO: MARTIN ATHENSTÄDT/DPA

Paragraph 218 in der derzeitigen Form und Handhabung ebenso einen Widerspruch dazu (von den Lehren der Kirche ganz zu schweigen), wie sie in der derzeitigen Politik einen klaren Widerspruch zum Grundgesetz-Diktum sehen, wonach die Familie unter dem besonderen Schutz des Staates steht.

Hier wird der Staat, werden die Regierungsparteien direkt gefordert. Mag auch unser Staat sich als pluralistisch verstehen, mag er sich tatsächlich, wenn auch nicht so offen ausgesprochen, lediglich als Notar des jeweiligen allgemeinen Bewußtseins verstehen und nichts darüberhinaus: In München wird der Widerspruch zu dieser Haltung unüberhörbar laut werden. Dies läuft letztlich auf die – zugespitzte – Frage hinaus: Gelten pragmatische Erwägungen oder sind die Ideen des Grundgesetzes und des christlichen Glaubens die Norm?

Jedes Jahr hat eine der beiden großen christlichen Kirchen in unserem Land einen Kirchentag oder Katholikentag, der sich als „Zeitansage", als Auseinandersetzung mit drängenden Problemen über die kirchlichen Grenzen hinaus für die Gesellschaft begreift. Dieser 88. Katholikentag in München versteht sich, auch durch sein Motto „Dem Leben trauen, das Gott mit uns lebt", ebenso wie durch viele seiner Veranstaltungen als Versuch, zu einem neuen persönlichen Leben aus dem Glauben zu motivieren, als Absage an Lebensangst und alle Ideologien der Hoffnungslosigkeit. Er versteht sich, auch mit Blick auf die no-future-Haltung der Jugend, die hier unter den Besuchern einen hohen Anteil stellt, als Absage an den Weltschmerz. Die Fragen der Abrüstung, der Welternährung oder des Umweltschutzes seien, so meint der Zentralkomitee-Präsident Professor Hans Maier, zu ernst, als daß man sie den „apokalyptischen Verfinsterern" überlassen dürfe.

Klare Aussagen zur Bestätigung eigener Positionen und moralischer Werte einerseits, Ermutigung zum Lösen der vielfältigen Probleme andererseits – das sind die hochgespannten Zielvorstellungen des 88. Deutschen Katholikentages in München.

IM GESPRÄCH Jorge Valls

Justiz in Kuba

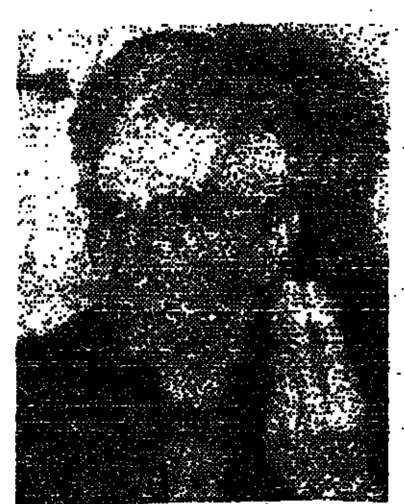
Von Günter Friedländer

Der hochgewachsene, magere Mann mit den tiefen Augenringen, den ausgemergelten Wangen und dem zu früh ergrauten Haar nannte das Butterbrot mit der Tasse Kaffe an Bord des venezolanischen Flugzeuges, das ihn von Kuba nach Caracas brachte, die erste ruhige Mahlzeit in 20 Jahren.

Diese Zeit hatte Jorge Valls (51) in Kubas Kerkern zugebracht, die letzten vier in Einzelhaft im berüchtigten Boniata-Gefängnis, wo er nie das Tageslicht sah. In einem Vers schreibt er: „Hier brennt nur eine dunkle Glühbirne, und die nächste brennt weit weg, weit weg ..." Freunde ließen die mit Essays und Theaterstükken aus dem Gefängnis herausgeschmuggelten Verse in Madrid drukken und gaben ihnen den Titel: „Wo ich bin, ist es dunkel, und Eisengitter umgeben mich."

Jorge Valls, den ein Freund als „sehr friedlichen Mann, einen Denker" schildert, studierte Philosophie an der Universität Havana, wo die Empörung über die Diktatur Batista Fulgencios ihn mit Freunden zur Gründung des „Directorio Estudiantil" trieb, um den Diktator von den Hörsälen aus zu bekämpfen. Das hätte ihn zu einem Helden der kubanischen Revolution machen können, wenn er sich Fidel Castro angeschlossen hätte.

Die letzte Gelegenheit bot sich 1964, als Fidels Justiz Marcos Armando Rodriguez anklagte, im Dienst der CIA eine Gegenrevolution vorzubereiten. Aber Jorge Valls sagte zu seinen Gunsten aus. Das half Rodriguez nicht, den Hinrichtungskommando zu entkommen. Valls aber wurde des Widerstandes gegen den Staat angeklagt. Der Staatsanwalt forderte sieben Jahre Gefängnis, aber die erzürnten Richter gaben ihm 20 Jahre.



Zwei Jahrzehnte in Castros Kerkern: Jorge Valls FOTO: AP

Im Gefängnis weigerte er sich, die Tracht eines gewöhnlichen Verbrechers anzuziehen und an den politischen „Rückerziehungs"-Kursen der Regierung teilzunehmen. Hier heiratete er vor 5 Jahren eine andere Gefangene, Christina Cabezas, die man bald darauf nach Miami auswandern ließ. Wollte man ihn im Gefängnis umkommen lassen? Als seine Strafe am 8. Mai abgedient war, wurde er nicht freigelassen. Es hieß, man habe ihm einen neuen Prozeß gemacht und ihn erneut verurteilt, eine im heutigen Kuba übliche Praxis.

Bereits 1983 hatte er den Literaturpreis Rotterdam erhalten, nun gab ihm der französische Pen-Club den „Freiheits-Preis", den nur eingekerkerte Schriftsteller erhalten. Kuba zog es vor, ihn gehen zu lassen, bevor die Weltöffentlichkeit sich mit dem Fall eingehender beschäftigte.

Jorge Valls will die 20 Jahre nicht vergessen. Auf die Frage nach seinen Zukunftsplänen antwortet er: „Ich werde für die Freiheit meiner Brüder kämpfen, die ich in den Gefängnissen Kubas zurückließ."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

JOURNAL DE GENEVE

Zur Schließung der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin schreibt die Zeitung:

Diese Entscheidung könnte ein schwerer Schlag für die Prinzipien sein, auf denen die Entstehung und die Tätigkeit der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin beruht. Gleichzeitig ist die ganze Ostpolitik Bonns betroffen, deren Grundlage gerade die völlige rechtliche Gleichstellung von ostdeutschen und westdeutschen Bürgern ist. Für die Bundesregierung ebenso wie für die sozialdemokratische Opposition gibt es nur eine einzige deutsche Staatsbürgerschaft. Der Strom der Ostdeutschen in die Vertretung der Bundesrepublik und ihre Weigerung, das Gebäude ohne ein Ausreisevisum wieder zu verlassen, haben Bonn nun zur Schließung gezwungen. Wenn auch Zweideutigkeiten oder Widersprüche zwischen der von Bonn proklamierten Politik und dem tatsächlichen Verhalten der Regierung bestehen, so sind die jüngsten Erklärungen der Bundesregierung und vor allem von Minister Windelen ganz eindeutig. Aus ihnen läßt sich ohne Schwierigkeiten folgender Schluß ziehen: Bonn stellt seine guten Beziehungen mit der DDR-Regierung über die humanitären Erwägungen.

Hamburger Abendblatt

Zum Thema Metall-Streik und seinen Folgen heißt es hier:

Gesamtmetall meldet einen Produktionsausfall von 11,5 Milliarden Mark. Die andere Seite der direkt Betroffenen büßte 1,6 Milliarden Mark Lohn ein. Der Staat mußte auf fast zwei Milliarden an Steuern und Beiträgen verzichten. Und das alles für 18 Minuten weniger Arbeit am Tag – denn die anderen Bestandteile der Tarifverträge wären auch ohne Streik und Aussperrung durchzusetzen gewesen. Die meisten schütteln den Kopf über dieses Mißverhältnis zwischen Aufwand und Ertrag ... Die Frage bleibt, worauf die IG Druck noch hinaus will. Glaubt diese kleine Gewerkschaft wirklich, mehr durchsetzen zu können, als die große IG Metall zu erreichen in der Lage war?

LIBERATION

Die Pariser Linkszeitung zieht „vieldeutige Lektionen aus einem beispielhaften Streik":

Wer hat gewonnen, wer verloren? Wer glaubt, einseitige Schlüsse ziehen zu können, dürfte eine sehr vielschichtige Lage übertrieben vereinfachen. Der zwischen den Arbeitgebern und der IG Metall Ende voriger Woche ausgehandelte Kompromiß ist ein Modell: Niemand verliert das Gesicht, aber jede Seite ist gezwungen gewesen, zumindest vorläufig, auf die großen Prinzipien zu verzichten, die als Bannerträger beim Beginn des Konflikts gedient haben. Die künftigen Arbeitskonflikte werden immer weniger im makro-sozialen Bereich gelöst, sondern im mikro-sozialen. Das führt ebenso in den Arbeitgeberorganisationen wie in den großen Gewerkschaftsapparaten eine Art Kulturrevolution ein. Die zentralisierten „Monster", alterne Dinosaurier einer sich dem Ende nähernden Epoche, werden sich weiterentwickeln müssen, wenn sie überleben wollen. Wenn es eine Lektion aus diesem Kampf für die 35 Stunden zu ziehen gibt, dann folgende: Jeder hat gewonnen ... und zwar das Recht sich selbst in Frage zu stellen.

Nach dem Pranger jetzt das ordentliche Gericht

Der Beschluß im Fall Flick läßt Kritik an der Staatsanwaltschaft erkennen / Von Herbert Kremp

Die Entscheidung des Bonner Landgerichts, das Hauptverfahren gegen Graf Lambsdorff, Hans Friderichs und Eberhard von Brauchitsch zu eröffnen, weist inhaltlich und umfangmäßig interessante Korrekturen der ursprünglichen staatsanwaltschaftlichen Feststellungen auf. Man kann danach der Bonner Staatsanwaltschaft eine Art Schrumpf-Germanentum bescheinigen, ein Befund, der nicht nur ihr Ansehen, sondern auch die Kompetenz und Glaubwürdigkeit der Düsseldorfer Justizbehörden berührt.

Zum Inhaltlichen: Ursprünglich hatte die Staatsanwaltschaft gegen die Beklagten wegen Vorteilsnahme, beziehungsweise Vorteilsgewährung im Zusammenhang mit Steuervergünstigungen für die Firma Flick ermittelt. Dann verschärfte sie den Vorwurf und sprach in der Anklageschrift von Bestechlichkeit, beziehungsweise Bestechung. Nun erklärt die Strafkammer in ihrem Beschluß gegen Lambsdorff, die ihm zur Last gelegte Tat könne auch als Vorteilsnahme gewürdigt werden. Der Unterschied, der hier zu machen ist, gilt als erheblich. Der Vorwurf der Vorteilsnahme schließt die Verletzung der Dienstpflichten des Amtsträgers aus (§ 331, § 332 StGB).

Zum Umfang des Personenkreises: Ursprünglich hatte die Staatsanwaltschaft gegen sieben Politiker und drei Männer der Firma Flick ermittelt. Die Politiker Frau Funcke, Lahnstein, Matthöfer, Eberle und der Industrielle Flick wurden bei der umstrittenen Pressekonferenz der Staatsanwaltschaft am 29. November 1983 nicht mehr genannt. Jetzt hat das Landgericht beschlossen, die Anklage gegen Riemer und den Flick-Manager Nemitz nicht zuzulassen. Somit bleiben von zehn noch drei Personen übrig: Lambsdorff, Friderichs und von Brauchitsch. Die Schrumpfung erlaubt ein wenig schmeichelhaftes Urteil über die Arbeit der Staatsanwaltschaft.

Man könnte zu Betrachtungen über die Juristen-Ausbildung in Deutschland übergehen, hätten die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft nicht eine skandalöse, den Ruf unbescholtener Bürger tief verletzende Nebenwirkung gezeitigt. Bei den Untersuchungen gegen die einen, ob Parteispenden gegeben wurden, um steuerliche Vorteile zu erhalten, und bei den Ermittlungen gegen die anderen, ob Spenden genommen und dafür Vorteile gewährt wurden, wurde die Vertraulichkeit nicht gewahrt. Ergebnisse, die noch keine waren, Zwischenergebnisse, Protokolle, Unterlagen, die unter Verschluß zwischen der Bonner Staatsanwaltschaft und der Justizverwaltung in Düsseldorf zu kursieren haben, kamen ans Tageslicht und wurden publizistisch in Waffen der Vorverurteilung verwandelt. Die Staatsanwaltschaft blieb ungerührt: die Justizverwaltung des Landes blieb ungerührt. Man fauchte sogar zurück, wenn der Vorwurf der Indiskretion die Quellen berührte. Das Publikum sollte an Hellseherei oder an irgendeinen Zauber glauben, um sich die Durchstecherei zu erklären.

Die Zehn, gegen die ermittelt wurde, haben schweren Schaden erlitten, auch die Politiker Matthöfer, Lahnstein, Eberle und Frau Funcke, die öffentlich hineingezogen, dann aber von der Staatsanwaltschaft überhaupt nicht mehr genannt worden waren. Dazu gab es kein Wort der Erklärung, kein Wort des Bedauerns. Werden die restlichen Drei, die im Herbst vor Gericht erscheinen werden, freigesprochen, bleibt auch ihnen der Schaden des öffentlichen Prangers. Das Vertrauen in die Justiz hat dadurch sicher nicht zugenommen.

Schwer wiegt in diesem Zusammenhang die Vermutung, daß die Motive der Indiskretionen und der gleichsam automatisch auf sie folgenden Vorverurteilungen politischer Natur sind. Die Indiskretionen wirkten wie bestellt. Denn sie boten eine günstige Gelegenheit, die stärkste Figur der FDP und zugleich eine der kompetentesten Figuren der Regierungskoalition, den Minister Lambsdorff, aus dem Gefüge zu brechen. Regierung und Parteien gerieten in das Licht der Korruption. Nun, wenn in Hamburg linksengagierte Schulmeister Schülerzahlen fälschen, warum sollen dann nicht anderswo ebenso „Engagierte" Durchstechereien begehen? Rechtfertigt für so manche Gruppen in Deutschland die Ideologie etwa alles?

Die drei Angeklagten können erleichtert sein, daß ihre Sache jetzt in den Händen des Gerichts liegt, das an keine andere Weisung als an die von Recht und Gesetz gebunden ist. Es gibt noch Richter in Deutschland. Einzelheiten des Landgerichtsbeschlusses zeigen, daß die Arbeit der Staatsanwaltschaft auf Kritik gestoßen ist. Lambsdorff, Friderichs und von Brauchitsch dürfen auf ein korrektes Verfahren hoffen.

Rückkehr-Hilfe für Ausländer ein „Erfolg“

Von EBERHARD NITSCHKE

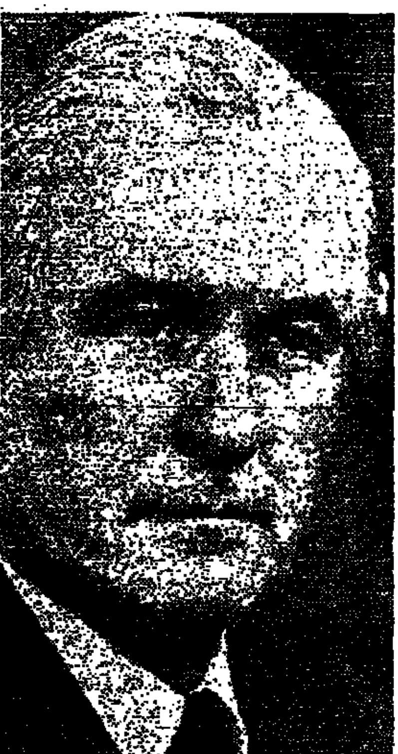
Im Duisburger Arbeiterviertel Hüttenheim, für das die Deutschen schon vor Jahren den Namen „Türkenheim“ erfanden, haben 4000 der insgesamt rund 100 000 Ausländer gewohnt, die aufgrund des „Gesetzes zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern“ aus dem Haus des Bundesarbeitsministers Norbert Blüm vorzeitig in ihre Heimat zurückgekehrt sind. Ein Sprecher des Ministeriums jetzt, wo das Gesetz mit dem 30. Juni 1984 ausgelaufen ist und auch nicht neu aufgelegt wird: „Im Ganzen war es ein Erfolg. Wir schätzen sogar, daß 200 000 bis 250 000 Ausländer, durch dieses Gesetz vom 28. November 1983 in ihrem Entschluß bestärkt, die Bundesrepublik Deutschland verlassen haben.“

Die Ausländer konnten entweder eine Rückkehr-Hilfe beantragen, die für jeden Arbeitnehmer 10 500 Mark betrug und für jedes mit ihm ausreisende Kind zusätzlich 1500 Mark. Dann mußten sie nach einem Monat gehen. Oder sie konnten ohne die sonst obligatorische Wartefrist von zwei Jahren bis zum 30. Juni 1984 ihre Arbeitnehmer-Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung beantragen. Das bedeutete zum Beispiel für einen Ausländer, der zehn Jahre in *Deutschland gearbeitet hat* und rund 2000 Mark monatlich verdiente, etwa 25 000 Mark Auszahlung. Mit der Rückkehr-Hilfe sollten Gastarbeiter unterstützt werden, die nach dem 31. Oktober 1983 wegen Betriebsstillegung oder Konkurs arbeitslos wurden oder von dauernder Kurzarbeit betroffen waren.

Im Arbeitsministerium in Bonn wird eingeräumt, daß die knapp 14 000 Antragsteller für diese Gelder weit unter der Zahl liegen, die Minister Blüm nach Verkündung des Gesetzes erwartet hatte. Man müsse aber diese Zahl mit 2,7 multiplizieren, um auf die echten Werte zu kommen, da jeder Heimreisende ja auch Familienmitglieder mitnehme.

Das jetzt ausgelaufene Gesetz war notwendig geworden, nachdem Spekulationen über eventuell zu erwartende Summen heimkehrwillige Ausländer, hauptsächlich Türken, nach Angaben des Bundesarbeitsministeriums „auf den gepackten Koffern sitzen ließ“. Zu dieser Situation trug bei, daß die Ausländerbeauftragte der Bundesrepublik Deutschland, die FDP-Politikerin Liselotte Funcke, den Betrag von 50 000 Mark für jeden Arbeitnehmer genannt hatte, ein Betrag, der sofort als „unbezahlbar“ bezeichnet wurde. Blüms Ministerium legt Wert auf die Tatsache, daß kein Ausländer durch das Rückkehr-Förderungsgesetz vertrieben wurde.

Gestützt auf Ermittlungen, wonach sich die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik pro Jahr um 300 000 verringert, soll die Zeit der Rückkehrerhilfe nun beendet sein. Nach der Statistik des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung freilich steigt *die Ausländerzahl in diesem Land bis* zum Jahr 2000 von jetzt 4,5 noch auf fünf Millionen. Noch vor kurzem waren Erhebungen aber von 6,6 Millionen Ausländern zu diesem Zeitpunkt ausgegangen.







Der neue und der alte Hausherr der Bonner Mission in Washington: Günther von Well (links) und Peter Hermes

FOTOS: SCHULZE-VORBERG/SVEN SIMON/DW

Die deutsche Botschaft an Amerika

Wechsel in der Bonner Botschaft in Washington: Günther van Well löst Peter Hermes ab, *einen Mann, der oft* nachdrücklich den deutschen Standpunkt vertreten hat.

Von TH. KIELINGER

Veränderung liegt in der Luft. Auf allen Ebenen der politischen Abteilung, von der Nr. 3 der Botschaft, Hans Jürgen Eiff, bis zum Pressesprecher Eberhard Heyken, holt sich das Versetzungskarussell seine Kandidaten.

Im Zentrum der Rotation steht Botschafter Peter Hermes, der am 9. Juli nach viereinhalb Jahren seinen Posten verläßt, um die verbleibenden drei Jahre seiner Dienstzeit die Bundesrepublik beim Heiligen Stuhl zu vertreten. Er wird in der amerikanischen Hauptstadt abgelöst von Günther van Well, seit 1981 Botschafter der Bundesrepublik bei der UNO. Auch für van Well wird die Versetzung die Schlußetappe seiner diplomatischen Karriere einläuten. 1987, im Jahr der Bundestagswahl, muß die Botschaft in Washington bereits mit dem nächsten Wechsel rechnen.

Peter Hermes' Zeit umspannte die abfallende Periode der Carterschen Präsidentschaft (er kam in Washington im November 1979 an, dem Monat der Geiselnahme in Teheran) und die Amtszeit Reagans, die man, wie es heute aussieht, nach dem 6. November 1984 die erste Reagan-Amtszeit wird nennen müssen.

Diese Daten umschreiben eine Zeit der konservativen Tendenzwende in den USA, *eine Zeit, die einem der* CDU angehörenden Diplomaten besonders willkommen sein mußte. Aber Hermes ist, trotz Parteimitgliedschaft, das Gegenteil eines parteigebundenen Mannes. Dafür versah er seine Aufgabe viel zu altpreußisch-aufrecht, konservativ mehr in seiner Lebensauffassung von Pflicht und *Leistung als im einengenden Sinne* ideologischer Ausrichtung.

Obwohl den Reaganschen politischen Intentionen nicht unaufgeschlossen, beharrte Hermes in seinen Analysen und Berichten nach Hause auf eigenständiger Beurteilung der Lage – vor allem, was die Wirtschaftspolitik angeht, sein eigentliches Fachgebiet. Das kritische Wort vom „Wirtschaftsegoismus“ kam ihm im Zusammenhang der amerikanischen Defizit-Politik (und deren Zinsfolgen) oder der heute schon halb-vergessenen *Sanktionen* gegen die *Europäer* (1982) nicht selten über die Lippen.

Mit besonderem Nachdruck kümmerte sich Hermes um die Beziehungen zum Kongreß; es gab Anlaß genug, besorgt zu sein, was der Kongress in den europäisch-amerikanischen Beziehungen anrichten würde, wenn man da nicht Front bezog. In Erinnerung werden zwei Augenblicke bleiben: Die förmliche Schlacht gegen die „Specialty metals clause“, ein Gesetz, mit den das Kapi*tol im Dezember 1982 in die* intraatlantischen Absprachen über gegenseitigen Waffenhandel einzugreifen versuchte, und – vor zwei Wochen – das massive Vorgehen gegen den Gesetzeszusatz Senator Nunns, der die Europäer mit gradueller Verminderung der amerikanischen Truppen bestrafen wollte, falls die Allianzpartner nicht, wie versprochen, ihre Verteidigungsausgaben erhöhen würden.

Die Partysucht hat Hermes nie befallen

In beiden Fällen war Peter Hermes einer der ersten und entschiedensten westeuropäischen Botschafter in Washington, die sich ins Zeug legten und durch Briefe wie persönliche Vorstellungen den deutschen, den europäischen Standpunkt unmißverständlich darlegten.

Die Partysucht der amerikanischen Hauptstadt hat dieser in Berlin geborene Diplomat nie so richtig geteilt; ihm lag mehr das sachliche Wirken im Hintergrund, am besten ohne den exzessiven Aufwand, den die publicity-*bewußte Geselligkeit* in Washington fast zur Vorschrift erhoben hat. Das trug ihm den Vorwurf ein, nicht genügend „Präsenz“ dargestellt, die Kontaktpflege zur Regierung vernachlässigt zu haben.

Die Debatte um das, was ein deutscher diplomatischer Vertreter in den USA zu absolvieren habe, wird vielfach mit großer Unkenntnis geführt. Wir leben in Zeiten, wo Kanzler und Präsidenten sich in Sekundenschnelle telefonisch verständigen können, wo die Außenminister sich in endlosen Runden *bilateraler* und *multilateraler* Natur windelweich konsultieren und der Kontakt auf der Fachexpertenebene geradezu permanent geworden ist – man denke nur an den engen Beratungsprozeß im Verlauf der Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen in Europa. Diese Entwicklungen weisen diplomatischen Missionen ganz neue Aufgaben zu, die sich nicht in der Anwesenheit auf Empfängen erschöpfen können.

Hermes, mit seiner trocken-zupackenden Art, die sich gerne in erfrischendem Humor auflöst, muß diese Lage schnell erkannt haben. Ohne die Anlaufstellen in der Administration zu übersehen, richtete er sein Augenmerk dennoch weit über Washington hinaus auf das riesige Land, das er auf vielen Reisen durchkreuzte, um die „deutsche Botschaft“, im wörtlichen und übertragenen Sinne, unter die Amerikaner zu bringen.

Wer in den letzten Jahren oft ähnlichen Routen gefolgt ist, konnte nicht anders, als immer wieder den Spuren zweier deutscher Vortragsreisender zu begegnen, ob in Birmingham oder Chicago, in Miami oder Albuquerque, *in Portland, Pittsburgh oder Los Angeles.* Dann hieß es wohl: „Peter was here“ oder „Helmut was here“ (der mit dem zweiten Namen Schmidt). Der deutsche Ex-Kanzler und der deutsche Botschafter haben, ein jeder auf seine Art, zuletzt eine beispiellose „deutsche Präsenz“ in den USA entfaltet, wobei einmal unrezensiert bleiben möge, wer von ihnen die bessere Vorstellung gab.

Noch am 12. Mai dieses Jahres erhielt Hermes – überhaupt erst der zweite deutsche Botschafter, der so geehrt wurde – die Ehrendoktorwürde der Humanwissenschaften an der Universität von Lincoln/Nebraska; er revanchierte sich mit einer Rede in Jefferson'scher Manier, Ideale und Grundwerte ansprechend, was Eindruck genug machte, um in den „Congressional Record“, den täglichen Druckbericht des Kongresses, wortgetreu Eingang zu finden.

Diplomatisches Wirken in den USA ist ohne diesen Einsatz, so scheint es, heute nicht mehr denkbar. Das will nicht heißen, daß in Washington nicht auch Platz für einen deutschen diplomatischen „Salonlöwen“ wäre, obwohl diese Spezies ja *nördlich der Alpen traditionell* keinen großen Nährboden findet.

Der Lieblingswunsch erfüllte sich nicht

Hermes gewann, nachdem sich die amerikanische Hauptstadt von ihrer Begeisterung für seinen Vorgänger von Staden und dessen Gattin „Wendy“ etwas erholt hatte, stetig an Profil. In ihm und seiner Frau (einer geborenen Wirmer), deren Familien die Schrecknisse der Nazi-Herrschaft bis zur bitteren Konsequenz erleiden mußten, trat den Amerikanern das *Bild beharrlicher Solidität und hoben* ethischen Rangs entgegen, der sich dennoch vollkommen salbungslos gab. All das schlug sich in Respekt und wachsender Zuneigung nieder, was dem Land, das Hermes vertrat, nur zugute kommen konnte.

Dies gilt vor allem auch im Hinblick auf die jüdisch-amerikanischen Kreise, die in diesem Mann einen offenen Gesprächspartner ohne falsche Apologetik vorfanden. Freilich gelang es Hermes nicht, bei aller Achtung vor ihm, seinen Lieblingswunsch zu erfüllen: Daß die Organisatoren des zukünftigen „Holocaust“-Museums an der Mall in Washington ehrend des deutschen Widerstands gegen Hitler gedenken würden.

Die Bundesrepublik ist mit ihren Botschaftern in Washington zuletzt bestens bedient gewesen. Knappstein, Pauls, von Staden, Hermes: Jeder trug dazu bei, das Ansehen seines Landes auf seine Art zu mehren. Niemand bezweifelt, daß dies Günther van Well ebenfalls gelingen wird.

„Ich habe keinen Zweifel über die Zukunft der NATO“

Mit dem neuen NATO-Generalsekretär Lord Carrington kam ein alter Bekannter nach Bonn. Doch Beobachter registrierten eine Veränderung: Der sonst so lockere Brite ist straffer, entschiedener geworden.

Von BERNT CONRAD

Lord Peter Carrington ist ein Mann des Understatements, nicht der Demonstration. Aber es hatte durchaus etwas Demonstratives an sich, daß der neue NATO-Generalsekretär schon nach einer Woche Brüsseler Amtszeit zu seinem ersten Antrittsbesuch nach Bonn reiste. „Sie sind vieler Deutschen persönlicher Freund“, versicherte Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher seinem früheren Amtskollegen, den er selbst gern mit „Peter“ anredet.

Doch das allein wird den einstigen Berufsoffizier und überzeugten Landedelmann aus Bucking Hamshire nicht so rasch an den Rhein getrieben haben. Carrington kam den Gründen nahe, als er den „hervorragenden Zustand“ der Bundeswehr rühmte und den deutschen Verteidigungsbeitrag als „sehr gut“ bezeichnete. „Ich habe keinen Zweifel daran, daß die Allianz ihre Aufgabe erfüllt. Wo könnte man das besser sehen als hier in Deutschland?“ *meinte er bei einem Mittages*sen mit Genscher in der Godesberger Redoute.

Tatsächlich weiß der Brite, der seine Umwelt scheinbar zerstreut, aber höchst intensiv durch dicke Brillengläser beobachtet, sehr genau, wo die Schwergewichte in der Allianz liegen. Dies wollte er mit seiner Visite in der Bundesrepublik unterstreichen. Und der Zufall wollte es, daß der NATO-Generalsekretär der erste Besucher war, der in der Villa Hammerschmidt beim neuen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker vorsprach. Eine doppelte Premiere also und ein gutes Omen.

Carrington ließ keinen Zweifel daran, in welche Richtung er die NATO *führen will: Aufrechterhaltung* einer glaubwürdigen Abschreckung, Wahrung des Zusammenhalts von Europäern und Amerikanern und gleichzeitig Reduzierung der Spannungen zwischen West und Ost – dieses Credo, das er schon in Brüssel verkündet hatte, bekräftigte der Brite in Bonn.

Sich selbst betrachtet der Generalsekretär als einen Motor „zur Anregung, zur Harmonisierung und zur Kanalisierung der Beiträge aller Mitgliedsstaaten zu den Aufgaben des *Bündnisses als Ganzem*“. *Zweifel am* Erfolg dieses Unterfangens ließ Carrington gar nicht erst aufkommen. Natürlich stimmten nicht alle Partner immer darin überein, wie die gemeinsame Politik am besten in die Tat umgesetzt werde, sagte Carrington beim prominent besetzten Lunch in der Redoute. „Wäre dies anders, wäre meine Aufgabe sicher leichter, allerdings auch langweiliger. In einer Allianz von 16 unabhängigen, demokratischen Nationen sind offene Debatten und gelegentliche Meinungsverschiedenheiten durchaus nichts Ungewöhnliches, ja geradezu ein Zeichen von Vitalität.“

Wie man Differenzen beilegt oder überbrückt, hat der hochadelige Nachkomme von Bankiers und Großgrundbesitzern schon als junger Mann in Eton und Sandhurst gelernt. *Genscher zitierte, um Carringtons* Wedegang zu charakterisieren, Peter Ustinovs ironische Aussage: „Das britische Erziehungssystem ist wahrscheinlich das beste in der Welt, wenn Du es überlebst. Wenn Du es nicht schaffst, bleibt Dir nichts anderes als der Auswärtige Dienst.“ Schmunzelnd fügte der FDP-Chef hinzu: „*Nun, Lord Carrington hat es über*lebt, und war danach Angehöriger des Auswärtigen Dienstes.“

Dem Briten gefiel das Zitat ausnehmend. Doch wer *erwartet hatte, daß* er nun in seiner gewohnt witzigen Art antworten und mit Bonmots um sich werfen würde, sah sich enttäuscht. Denn der noch als Außenminister so *lockere*, sich selbst manchmal nicht allzu ernst nehmende Lord ist offensichtlich straffer und ernster geworden. Mögen die für ihn bittere Enttäuschung der Falkland-Krise oder die Bürde des neuen Amtes dafür verantwortlich sein – *Carrington jedenfalls* vermied jede humorige Abschweifung. Auch als Genscher an das Wort Wellingtons erinnerte: „Ich weiß nicht, ob meine Truppen den Feind abschrecken, aber, großer Gott, sie erschrecken mich“, versagte sich der Gast jede aktuellen Anspielungen.



Lord Peter Carrington
FOTO: SVEN SIMON

Doch dieser persönliche Wandel hat an zwei Grundeigenschaften Carringtons nichts geändert: Freundlichkeit im Umgang und politischer Professionalismus. Beide Züge werden von *Mitarbeitern* der NATO-Zentrale in Brüssel schon sieben Tage nach dem „Machtwechsel“ im Generalsekretariat als Grundlage einer ausgezeichneten Arbeitsatmosphäre geschätzt. Hinzu kommt ein nicht gerade überschäumender, aber aus Gelassenheit resultierender Optimismus, den die Allianz heute mehr denn je nötig hat. „Ich habe keinen Zweifel über die Zukunft des Bündnisses“, betonte Carrington in Bonn. Das war genau der Ton, den Kohl, Genscher und Weizsäcker von ihm hören wollten.

„DDR“-Truppen erhalten neue Agitationsordnung

AFP, Berlin

Die Streitkräfte der „DDR“ haben eine neue Agitationsordnung erhalten. Sie zielt, so die jüngste Ausgabe der vom Verteidigungsministerium herausgegebenen Zeitschrift „Militärwesen“, auf eine wirksamere Motivierung und Mobilisierung der Armeeangehörigen. Angesichts der Dynamik des politischen Geschehens, der Vielfalt und der häufigen Widersprüchlichkeit der Ereignisse komme dem „offensiven, rechtzeitigen und überzeugenden Reagieren besondere Bedeutung zu“. Das Blatt betonte weiter, daß der politische Dialog mit den Armeeangehörigen „keine Enge“ dulde, weder im Inhalt noch in der Art und Weise, wie er geführt werde.

Zugleich fordert die Zeitschrift eine Intensivierung der militärischen Forschung. Diese solle „auf die wichtigsten Probleme der militärischen Praxis gelenkt werden“, um dadurch den notwendigen „Vorlauf“ für die Erhöhung der Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft zu schaffen. Daher müsse das Qualifikationsniveau der Wissenschaftler in militärischen Forschungseinrichtungen erhöht werden.

Fabrikdirektor hingerichtet

AFP, Moskau

Der Direktor einer Textilfabrik in Turkmenistan ist zum Tode verurteilt und hingerichtet worden, meldete gestern die sowjetische Parteizeitung „Prawda“. Ata Aschirow, Leiter eines baumwollverarbeitenden Großbetriebs, wurde der Unterschlagung und der „Verschwendung in großem Stil“ für schuldig befunden. Außerdem soll er Bestechungsgelder in Höhe von 150 000 Rubel (ca. 500 000 Mark) eingesteckt haben. Diese Summe entspricht etwa 70 durchschnittlichen Jahresgehältern. Nach Angaben der „Prawda“ wurden zwanzig seiner Komplizen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Der Bericht der „Prawda“ ist der dritte Hinweis auf die Hinrichtung von Kriminellen in der sowjetischen Presse innerhalb der vergangenen zehn Tage. Aus westlichen Kreisen in Moskau verlautete, daß offenbar die unter Jurij Andropow eingeleitete „Disziplinierungskampagne“ wieder aufgenommen worden ist.

Im Streit um 750-Jahr-Feier ist der Berliner Senat gespalten

Sondersitzung der CDU-Fraktion / Scharfe Kritik an den Ausstellungsplänen

HANS-R. KARUTZ, Berlin

In der Berliner Union wächst der Unmut über die offenkundige Plan- und Konzeptionslosigkeit des Senats bei den im Ostteil der Stadt schon weit gediehenen Vorbereitungen auf die 750-Jahr-Feier Berlins im Jahre 1987. Gestern trat die CDU-Fraktion zu einer seit längerer Zeit geplanten Sondersitzung über dieses Thema zusammen. Aus Bonn verlautete, daß auch Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg bei aller grundsätzlichen Bereitschaft, dem Senat höhere Mittel für das Festjahr zu bewilligen, bisher vergebens und mit steigender Verstimmung auf endgültige Vorstellungen des Senats warte. Aus Berliner Senatskreisen war gestern zu hören, Stoltenberg und der Senat hätten sich darauf geeininigt, daß der Bund für diesen Zweck 70 Millionen Mark bereitstellen wird. Das Gesamtprojekt wird auf 200 Millionen Mark veranschlagt.

Innensenator Heinrich Lummer (CDU) sagte der WELT dazu: „Eine Darstellung und Selbstdarstellung Berlins darf die jüngste Geschichte mit ihrem politischen Inhalt nicht außer acht lassen. Die Realität unserer Stadt mit der Teilung und allen damit verbundenen Folgen für die Menschen gehört zur 750-Jahr-Ausstellung.“

In der CDU-Fraktionssitzung legte ihr Kulturexperte und stellvertretender Vorsitzender, Uwe Lehmann-Brauns vom „Reformer“-Flügel der Berliner Union und ehemaliger Mitstreiter von Weizsäckers, ein kritisches Papier zu den bisherigen Überlegungen von Kultursenator Volker Hassemer vor.

Eine Art „Drehbuch“

Der Ressortchef hatte den Leiter der „Berliner Festspiele GmbH“, Ulrich Eckhardt (FDP-Mitglied), aufgefordert, eine Art „Drehbuch“ für die Feiern im westlichen Teil der Stadt zu schreiben. Es enthält nunmehr 157 (!) bunt gemischte Vorschläge, die Berlin wochenlang in Atem halten sollen.

In der Ausarbeitung von Lehmann-Brauns heißt es:

„Das Jubiläum bietet die Chance, das Gesicht der Stadt zu verfeinern, einen kleinen Teil ihrer verlorengegangenen Identität wieder herzustellen und für die kommende Generation zu überliefern. Wegen der knappen Mittel sollte das Schwergewicht auf diesen langfristigen Aspekt gelegt werden, statt auf die Feier. Feiern muß sein, aber die Geschenke an die Stadt sind wichtiger.“

Im Hinblick auf die massiven und mit rund einer Milliarde Mark zu veranschlagenden Vorbereitungen Ost-Berlins hält der Autor dem Senat vor Augen:

„In Ost-Berlin werden Vorkehrungen getroffen, um sich aus Anlaß der 750-Jahr-Feier allmählich einen Alleinvertretungsanspruch auf die deutsche Kulturgeschichte zu sichern. Das Mittel: Schließung erheblicher bauhistorischer Lücken. Darauf muß adäquat geantwortet werden. Nicht um den anderen auszustechen, sondern um uns nicht abhängen zu lassen, wenn es um die gemeinsame Geschichte und ihre Zeugnisse geht.“

Überaus kritisch „verreißt“ Lehmann-Brauns deshalb einen großen Teil der bisherigen Überlegungen, die auch von Finanzsenator Gerhard Kurz und anderen weitsichtigen CDU-Politikern (s. WELT vom 3. Juli) verurteilt werden: „Es ginge nicht so sehr darum, die Memoiren der Stadt zu schreiben, ihr Schicksal wie einen Film abzuspulen ('Drehbuch'), d. h. das Schwergewicht der Feier nicht so sehr auf Ausstellungen über die Wissenschaft von gestern, auf Panoramen, Wasserbauten und fingierte Reisen in die Vergangenheit zu legen ... Es geht viel mehr darum, beispielhaft neue Realitäten zu schaffen, die der Stadt einen dauerhafteren Gewinn brächten.“

Der Verfasser gibt dabei zu bedenken: „Ähnlich wie bei der Berliner Wirtschaftskonferenz kommt es also weniger auf den vergnüglichen Rahmen, das Repräsentative des Empfangs, die Menükarte, als auf die konkreten Ergebnisse an. Das heißt: die Öffentlichkeit nicht durch eine perfekte Dramaturgie drei Wochen lang für 80 Millionen Mark schwindlig machen; denn der Katzenjammer, der Überdruß an Berlin wäre damit vorprogrammiert.“

Der Fraktions-Vizechef beklagt zugleich den Mangel an Koordination innerhalb des Senats und in Richtung Parlament bei der anscheinend dilettantischen Vorbereitung dieses Jahrhundert-Ereignisses: „Es herrscht der Eindruck eines großen Bienenkorbs, in dem jeder vor sich hinsummt.“ Beispielsweise sei es „undurchsichtig, wer mit welcher Zielsetzung mit welcher Bundesbehörde verhandelt“.

Unstreitig scheinen bisher nur zwei Eckpfeiler der Eckhardt-Ideen zu sein: Berlins Selbstdarstellung im früheren Gropius-Bau an der Mauer, dem Ort der erfolgreichen „Preußen-Ausstellung“. Diese Schau soll allein 22 Millionen Mark kosten! Außerdem ist ein zentrales Volksfest im Tiergarten nahe dem Brandenburger Tor vorgesehen.

Ost-Berlin: „Weltniveau“

Der kürzlich zum ZK-Sekretär erhobene Ostberliner SED-Chef Konrad Naumann, seines barocken Lebensstils wegen bekannt, erhielt von Honecker die Sonderaufgabe gestellt, Ostberlins 750-Jahr-Feiern mit „Weltniveau“ zu gestalten. Naumann war es auch, der schon 1979 – als der damalige Regierende Bürgermeister Dietrich Stobbe (SPD) gemeinsame Feierüberlegungen vorschlug, dem Senat über die „DDR“-Medien eine brüske Absage übermitteln ließ.

„Nichts, aber auch gar nichts“ verbinde die „Hauptstadt der DDR“ mit den Feiern im Westteil der Stadt, ließ Naumann ausrichten.

Vier Jahre später gelang es Richard von Weizsäcker, in seinem vierstündigen Gespräch mit Honecker im Schloß Niederschönhausen, dieses Thema abermals ins Spiel zu bringen und Honecker eine vage Zusage abzuringen. Der Staatsratsvorsitzende sagte zu, daß die Festival-Manager beider Seiten zumindest Kontakt halten zu lassen, wenn auch keine inhaltlichen Absprachen zu treffen. Für Ost-Berlin solle der Staatssekretär im Kulturministerium, Kurt Löffler, tätig werden. Seither ließ sich die andere Seite jedoch nicht wieder vernehmen.

Auf westlicher Seite wartet der beauftragte Jubiläums-Experte seit langem auf einen Wink: Ulrich Eckhardt steht als Geschäftsführer der „Berliner Festspiele“, die auch den Bund zum Gesellschafter haben, zu Teilen eben auch in Bonner Diensten. Die Ebene „Senat/Regierung der 'DDR'“ wäre jedenfalls politisch die falsche gewesen.

Strauß unzufrieden mit Dreier-Gesprächen

„Genscher widerspricht und Kohl schweigt“

PETER SCHMALZ, Kloster Banz

Die CSU rechnet offenbar fest mit einer Umbildung des Bundeskabinetts in absehbarer Zeit. Zum Abschluß der zweitägigen Klausurtagung der CSU-Landesgruppe im oberfränkischen Kloster Banz, einem Bildungszentrum der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung, erklärte Landesgruppenchef Theo Waigel, er beteilige sich jetzt „sehr bewußt an dieser Debatte nicht“, ließ aber erkennen, daß seine Partei auf eine Neuformation im Kabinett drängen wird. „Wir werden sicher dem Bundeskanzler unsere Meinung sagen,“ meinte Waigel und fügte wörtlich hinzu: „Ich will keine Dauerdiskussion um Revirements. Er (Kohl) muß selber sich zum richtigen Zeitpunkt überlegen, wenn welcher bestmöglichen Formation das Wahljahr 87 angegangen werden kann.“

In der CSU ist die im kleinen Kreis geäußerte Absicht von Helmut Kohl bekannt, ein neues Kabinett in etwa einem Jahr vorzustellen, beim bayerischen Koalitionspartner werden jedoch Zweifel laut, ob der Kanzler mit diesem Schritt so lange warten kann. Andererseits hat die CSU kein Interesse an einer derartigen Diskussion in diesen Wochen. Es sei „unpassend und unglücklich“, meinte Waigel, jetzt darüber zu philosophieren.

Auch in Banz wurde hinter verschlossenen Türen nicht über den von der CSU gewünschten Eintritt ihres Parteivorsitzenden in die Bundesregierung beraten. Theo Waigel bat zu Beginn der Sitzung die 50 in zwei Hubschraubern aus Bonn eingeflogenen Abgeordneten, von Franz Josef Strauß darüber kein Wort zu verlangen und das Thema auch nicht anzuschneiden.

Strauß selbst, der am Montagnachmittag über drei Stunden an der Tagung teilnahm, ließ in seinem Lagebericht nicht erkennen, ob er für einen Wechsel nach Bonn bereit ist. In seiner Rede, in der er sich ausführlich mit bayerischen Belangen wie Krankenhausfinanzierung und Straßenbau befaßte, ließ er aber seine Unzufriedenheit über den Einfluß der CSU auf die Außenpolitik der Koalition erkennen. Über die letzten Dreier-Gespräche mit Kanzler Kohl und FDP-Chef Genscher berichtend, klagte Strauß, der Außenminister widerspreche dabei seinen Vorstellungen und der Kanzler schweige dazu, so daß er eine 2:1-Mehrheit gegen sich spüre.

Wie sehr ihn diese Situation ärgert, machte Strauß auf dem Weg zum Hubschrauber vor wartenden Journalisten deutlich. „Die CSU hat als Koalitionspartner das Recht,“ meinte der CSU-Vorsitzende, „auf dem Gebiet der Außenpolitik so viel Einfluß zu verlangen, wie z.B. der Koalitionspartner auf dem Gebiet der Innenpolitik.“ Er reklamierte für sich auch das Recht, am Kabinettstisch zu sitzen. Strauß wörtlich: „Dieses Recht hat niemand bestritten, auch der Bundeskanzler nicht, auch der Vorsitzende der FDP nicht. Die Frage war und ist, unter welchen Umständen, aber das ist zur Zeit nicht aktuell.“ Nach der Tagung erklärte Theo Waigel, die FDP habe die CSU mit ihrer Forderung nach einem Ministerposten für den künftigen FDP-Vorsitzenden „bewußt oder unbewußt“ in ihrem Wunsch unterstützt.

Am Rande der Tagung wurde offen über die Möglichkeit gesprochen, Außenminister Genscher könne als EG-Kommissionspräsident nach Brüssel gehen. Auf die Frage, ob er sich in diesem Fall einen Wechsel im Außenamt vorstellen könne, antwortete Strauß *sibyllinisch*: „Ich werde bestimmt *nicht ihm* den Platz in Brüssel streitig machen.“

Die FDP wurde in Banz von Waigel als ein „willkommener“ Koalitionspartner bezeichnet, der jedoch in Turbulenzen geraten ist und dessen Führungsmannschaft politisch beschädigt wurde. Ein enger Schulterschluß zwischen CDU und CSU sei deshalb notwendiger denn je. Die beiden Unionsparteien seien aufeinander angewiesen, sagte Waigel, das gelte auch für die beiden Vorsitzenden: „Wir brauchen in dieser Situation eine Konzentration der Kräfte und eine optimale Zusammenarbeit.“ CDU und CSU müßten 1987 allein eine Stimme mehr erzielen als SPD und Grüne.

Die Landesgruppe lobte die insgesamt positive Bilanz der bisherigen Regierungsarbeit, klagte aber wieder einmal über die als mangelhaft empfundene Öffentlichkeitsarbeit. Besondere Unterstützung erfuhr Innenminister Friedrich Zimmermann für seine Pläne um das bleifreie Auto.

Priester in Polen unter Anklage gestellt

AFP, Warschau

Der polnische Priester Jerzy Popieluszko ist im Rahmen des gegen ihn eingeleiteten Strafverfahrens wegen „Mißbrauch des geistlichen Amtes“ angeklagt worden. Wie informierte Kreise in Warschau bekanntgaben, muß der oppositionelle Geistliche mit einer Haftstrafe von bis zu zehn Jahren rechnen. Die Behörden hatten dem in der Warschauer Industrievorstadt Nowa Huta amtierenden Priester seine offene Parteinahme auch während der sonntäglichen Predigten für die verbotene Gewerkschaft „Solidarität“ vorgeworfen.

Im Dezember 1983 war Popieluszko vorübergehend festgenommen und zwei Tage lang verhört worden. Obwohl er seitdem unter polizeilicher Aufsicht stand und sein Amtssitz seitdem vierzehn Mal durchsucht wurde, hatte er als einziger Geistlicher des Landes am 17. Juni den Aufruf der „Solidarität“ zum Wahlboykott in seiner Predigt offen unterstützt. Mehrfach verlangte der Pater die Freilassung der politischen Häftlinge. „Wir tragen die Schuld an unserer eigenen Versklavung, wenn wir dem Bösen zustimmen und für Mechanismen zum Funktionieren des Übels votieren“, sagte er.

Putschgeneral Salan gestorben

AFP, Paris

Im Alter von 85 Jahren ist gestern in einem Pariser Militärkrankenhaus der französische General Raoul Salan gestorben. Salan hatte sich im April 1961 in Algerien an dem sogenannten „Generalsputsch“ gegen Staatspräsident Charles de Gaulle beteiligt, um die Unabhängigkeit der nordafrikanischen Besitzung zu verhindern. Der Putsch war an der Loyalität der Mehrheit der Offiziere gescheitert. Der untergetauchte Salan wurde in Abwesenheit zum Tode verurteilt und ein Jahr später als Chef der terroristischen Geheimarmee OAS in Algerien festgenommen. Das Oberste Militärgericht Frankreichs verurteilte ihn zu lebenslänglicher Haft. 1968 wurde Salan von de Gaulle begnadigt und erhielt 1982 nach dem Machtantritt der Linksregierung bei einer Amnestie wieder seinen Status als Offizier im Ruhestand.





Weizsäcker: Berlin ist die Stadt der Hoffnung

Der neue Bundespräsident im Rathaus Schöneberg

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Bundespräsident Richard von Weizsäcker bezeichnete bei seiner ersten Reise in ein deutsches Bundesland gestern Berlin als „die Stadt der Hoffnung aller Deutschen auf eine gemeinsame Zukunft in einem friedlichen Europa". Bei der feierlichen Eintragung ins Goldene Buch der Stadt grüßte er vom Rathaus Schöneberg aus „die Menschen in der ganzen Stadt". Weizsäcker sagte: „Berlin ist für mein Denken und Handeln maßgeblich." Die Stadt könne in „hervorgehobenem Maß das Licht auf einem Weg in die Zukunft weisen". Sie lehre die Deutschen, „immer wieder frischen Mut zu schöpfen und Brücken zu bauen".

Vor mehreren hundert geladenen Gästen –, darunter auffällig wenige CDU-Abgeordnete, von denen viele weiterhin über seinen Weggang verärgert sind – legte der neue Bundespräsident bereits an seinem zweiten Amtstag ein Bekenntnis zu Berlin ab: „Der Wille der Berliner, bei aller Unterschiedlichkeit im Lebensstil, gemeinsam in dieser Stadt zu leben, macht Berlin nicht nur zu einer, sondern zu der Metropole in Deutschland."

Er ging auch auf die Bemühungen während seiner Amtszeit als Regierender Bürgermeister ein, Berlins Ansehen zu mehren: „Mit größten Anstrengungen, aber auch zusammen, ist ein spürbarer Weg aufwärts beschritten worden und wird weiter beschritten." Die Blicke von außen auf die Stadt richteten sich „nicht in eine Krankenstube, sondern seien interessiert, neugierig und zustimmend".

An der Spree hätten Geist, Kunst und Wissenschaft „ihr Zentrum", betonte das Staatsoberhaupt. „Wer nach Berlin kommt, empfängt etwas für seinen Verstand und sein Herz." Hier könne man sich sowohl Silicon Valley in den USA als Ort der Zukunftstechnologie zum Vorbild nehmen, „aber gleichzeitig auch die Bedeutung des Thomanerchors in Leipzig für uns bedenken".

Seinen Weggang aus Berlin nannte er einen „Umzug vom Bezirk Wilmersdorf in den Bezirk Tiergarten". Dort lag seine Dienstvilla als „Regierender", und im Tiergarten steht sein Berliner Amtssitz, Schloß Bellevue.

Weizsäckers Nachfolger im Berliner Amt, Eberhard Diepgen, wies darauf hin, daß mit Weizsäcker „zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik der Bundespräsident ein Berliner ist. Darüber empfinden wir Freude und Stolz." Von seiner Lebensgeschichte und Einstellung her sei Weizsäcker jemand, „auf den die Menschen in Kiel ebenso hören wie die in Rostock, ein junger Facharbeiter in Bochum ebenso wie die Studentin in Dresden".

Weizsäcker und seine Frau Marianne waren trotz strömenden Regens von rund hundert Berlinern vor dem Rathaus Schöneberg erwartet und herzlich begrüßt worden. Weizsäcker sagte zur WELT: „Ich freue mich, wie direkt und warmherzig die Berliner uns willkommen heißen. Ich fühle mich so wie früher in dieser Stadt und als ein Freund von allen."

Der Bundespräsident verbindet am kommenden Sonntag mit der Teilnahme am Deutschen Katholikentag in München zugleich seine zweite Ländervisite in Bayern.

Hessens „Finanzpoker" blockiert Gespräche mit Ost-Berlin über Entsalzung von Werra und Weser

CDU in Wiesbaden will das Thema in der letzten Plenarsitzung vor der Sommerpause zur Sprache bringen

BERND HUMMEL, Eschwege

Ein „Finanzpoker" der hessischen Landesregierung in Wiesbaden verhindert derzeit die Verwirklichung der zwischen der „DDR" und der Bundesrepublik vereinbarte Entsalzung von Werra und Weser. Denn Hessen als eines von vier beteiligten Bundesländern ist nach anfänglich strikter Ablehnung jeder finanziellen Beteiligung an dem 200-Millionen-Mark-Projekt derzeit nur zur Zahlung einer Quote bereit, die im Bundesinnenministerium als zu niedrig erachtet wird. Die hessische CDU, die das Theman Werra-Entsalzung in der letzten Plenarsitzung vom 4. bis 6. Juli zur Sprache bringen wird, wirft Ministerpräsident Börner eine „unverantwortliche Blockadepolitik" vor.

Solange zwischen dem Bundesinnenministerium in Bonn und der Wiesbadener Staatskanzlei kein Einvernehmen über die hessische Beteiligung besteht, sind auch für Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann weitere Verhandlungen mit der „DDR" blockiert. Detaillierte Gespräche über Art und Umfang des Projekts ohne finanzielle Sicherheit wird es mit der „DDR" nicht geben. Im Bundesinnenministerium herrscht Einigkeit: „Das wäre nicht seriös."

Der hessische Widerstand gegen das Vorhaben ist bereits älteren Datums. Nachdem im Vorjahr nach 19 Verhandlungsrunden auf Expertenebene zwischen der „DDR" und der Bundesrepublik grundsätzlich Bereitschaft über das Vorhaben erreicht war, sperrte sich der geschäftsführende Ministerpräsident Holger Börner (SPD), der jahrezehntelang die Kalilaugenbelastung der Werra beklagt und selbst eine Pipeline von der Werra bis zur Nordsee ins Gespräch gebracht hatte, gegen eine finanzielle Beteiligung.

Nachdem die Bundesregierung eine Kostenteilung zwischen dem Bund – er wird die Hälfte der Kosten tragen – und den vier benachteiligten Bundesländern Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bremen angeboten hatte, stieg der hessische Ministerpräsident zunächst aus dem Projekt aus. Begründung: Die „DDR" als Einleiter der Kalilaugen müsse auch die Kosten für die Entsalzung tragen. Das aber bedeutet die Rückkehr zum Verursacherprinzip und damit zu einer Verhandlungsposition, die in Bonn längst aufgegeben war.

Wiesbadener Variante

Erst nachdem Bundeskanzler Helmut Kohl im Dezember vergangenen Jahres unmißverständlich deutlich machte, daß es für Hessen keine Sonderregelung geben werde, gab der hessische Regierungschef nach. Aber er rückte nun von der ursprünglich ermittelten Quote in Höhe von 20 Millionen Mark ab, die unter anderem unter dem Gesichtspunkt der Flußlänge für Hessen ermittelt worden war.

Im Wiesbadener Umweltministerium erinnerte man sich plötzlich an eine andere Variante: Nach dem sogenannten Nutzenprinzip war von den Ländern der Arbeitsgemeinschaft Weser für Hessen eine andere Quote errechnet worden, nämlich zwischen 10,8 und 13,2 Millionen Mark. Und die brachte Holger Börner nun ins Gespräch. Ein Betrag, der in Bonn als nicht ausreichend erachtet wird.

Kenner der Wiesbadener Szene glauben, daß Holger Börner damit einen offenen Konfrontationskurs gegenüber der Bundesregierung verfolgt. Unter Berufung auf ein Gespräch mit Bundesinnenminister Dr. Zimmermann erinnerte er daran, daß dieser am 12. Januar 1983 erklärt habe, der Bund werde so lange nicht mit der „DDR" über Einzelheiten verhandeln, wie die Länder zu einer finanziellen Beteiligung nicht bereit seien. Im Wiesbadener Umweltministerium leitet man heute daraus folgendes ab: „Da wir jetzt zur Beteiligung bereit sind, ist nun der Bundesinnenminister mit Verhandlungen am Zug." Erst wenn die Bundesregierung einen Vertrag mit der „DDR" vorweise, sei man bereit, über die endgültigen Quoten der Beteiligung zu reden. Originalton aus dem Umweltministerium: „Erst muß der Bundesinnenminister sein deutschlandpolitisches Gesellenstück abliefern."

Daß es den Hessen weniger um die Sache als vielmehr um innenpolitische Konfrontation geht, hat man im Bundesinnenministerium schon längst erkannt. Dort nämlich weiß man, daß Holger Börner – von Dr. Zimmermann um präzise Angaben zur hessischen Beteiligung gebeten – offiziell noch gar nichts mitgeteilt hat. Wörtlich: „Hessen ist der Hemmschuh, während die ‚DDR' auf eine Antwort wartet."

Der Stadtstaat Bremen versuchte im Wiesbaden-Bonner Finanzpoker zu schlichten und bemühte sich vermittelnd um ein Gespräch. Und die Absicht: Verständigung der vier betroffenen Bundesländer über eine endgültige Finanzierung des Länderanteils. Doch die für April geplante Verhandlungsrunde platzte. Die hessische Staatskanzlei ließ wissen, für ein solches Gespräch bestehe „kein Bedarf".

„Vertrag könnte stehen"

Auch im innerdeutschen Ministerium stößt die hessische Haltung auf wenig Verständnis. Denn der „DDR" und auch der Bundesrepublik – beide gleichermaßen an einer raschen Lösung interessiert – läuft die Zeit davon. Die abschließenden Verhandlungen mit der „DDR" sind mit sechs Monaten Dauer kalkuliert. Kommentar aus dem innerdeutschen Ministerium: „Ohne die Blockade aus Wiesbaden könnte der Vertrag schon vorliegen."

Beiderseits der Werra wissen die Experten aber auch, daß danach noch drei Jahre nötig sein werden, um entsprechende Filteranlagen – favorisiert wird das sogenannte Flotationsverfahren – in den Kaliwerken der „DDR" zu installieren. Erst dann wird die Werra, die mit einer jährlichen Salzfracht von 11 Millionen Tonnen belastet und schon längst biologisch tot ist, wieder eine Chance zur Regeneration erhalten. Eine Chance, glaubt man in Bonn, von der Holger Börner aber annimmt, sie werde zu teuer bezahlt.

Genscher zu „DDR"-Reise von Weizsäckers

BERNT CONRAD, Bonn

Vor einer Reise von Bundespräsident von Weizsäcker in die „DDR" muß nach Ansicht von Bundesaußenminister Genscher „noch einiges geschehen". Mit diesem Hinweis reagierte der FDP-Chef auf Fragen, die das neue Staatsoberhaupt mit der Ankündigung ausgelöst hatte: „Für mich hoffe ich auf eine spätere Gelegenheit, in die DDR reisen zu können, mit deren Menschen ich mich tief verbunden fühle und die ich herzlich grüße."

Bei manchen Bundestagsabgeordneten waren Zweifel an der Zweckmäßigkeit einer solchen Aussage zum jetzigen Zeitpunkt aufgetaucht. Genscher sagte dazu gestern im Süddeutschen Rundfunk, der Bundespräsident habe eine Reihe bedeutsamer Denkanstöße gegeben, das könne man nur begrüßen. „Was seinen Besuch in der DDR angeht, so hat er seine Hoffnung ausgesprochen, daß eine Entwicklung möglich gemacht werden könne, in der er dann auch die DDR besuchen kann. Das heißt, er hat damit sagen wollen: Es muß noch einiges geschehen, und das ist eine durchaus realistische Sicht."

Auf die Frage, ob Weizsäcker mit seiner Antrittsrede signalisiert habe, daß er die Bundesregierung nicht nur anregen, sondern in eine bestimmte Richtung vorwärts bringen wolle, erwiderte der Vizekanzler: „Ich glaube nicht, daß der Bundespräsident die Absicht hat, die Bundesregierung in eine bestimmte Richtung vorwärts zu bringen, weil er weiß, daß die Bundesregierung gerade in der Frage der deutsch-deutschen Beziehungen vorwärtsdrängend ist."





Auch die siebte Offensive der Sowjets im Panschirtal endete mit einer Niederlage

Die militärische Lage in Afghanistan / Propaganda und chemische Waffen / Die Kommando-Taktik der Mudjahedin

Von WALTER H. RUEB

Die militärische Machtentfaltung der Roten Armee im Panschirtal und neuerdings in der westafghanischen Provinz Herat enthüllt eindeutig die Absicht der Sowjets, den Krieg in Afghanistan mit militärischen Mitteln zu entscheiden.

Vor zwei Wochen begann in der Provinz Herat eine gigantische sowjetische Offensive. Beteiligt sind daran über 15 000 Sowjetarmisten. Sie umzingelten Herat, Afghanistans drittgrößte Stadt, und setzten dabei mehr als 300 Panzer ein. In der Stadt wurde jedes Haus systematisch nach Widerstandskämpfern abgesucht. Zur gleichen Zeit wurden die umliegenden Dörfer durch Flächenbombardements dem Erdboden gleichgemacht. Dabei kamen über 1000 Menschen ums Leben.

Der örtliche Kommandant der Guerrilla, Ismail Khan, zog sich mit seinen Kämpfern bereits vor der Offensive aus der Stadt zurück. Sie müssen sich jetzt im flachen, für den Guerrillakampf ungünstigen Gebiet rund um die Stadt der sowjetischen Angriffe erwehren. Die Mudjahedin aber sind gut bewaffnet und haben eine starke Moral.

Im Panschirtal nördlich von Kabul haben sich die Sowjets in über 40 Städten, Dörfern und strategisch wichtigen Bergstationen eingenistet und verschanzt. Sie hoffen, von den Stützpunkten aus künftig das seit Jahren hart umkämpfte Tal kontrollieren zu können.

In Kabul behauptete Babrak Karmal in einem Interview, im Panschirtal habe sich die Lage wieder normalisiert. Die afghanischen Regierungsstreitkräfte übten eine vollständige Kontrolle über das ganze Land aus. Sein Regime verfüge über genügend Feuerkraft, um selbst Berge zum Schmelzen zu bringen ... Seine Regierung ziehe es jedoch vor, davon keinen Gebrauch zu machen, weil derartige Militäroperationen unschuldige Menschen das Leben kosten könnten. Einmal mehr beschimpfte Karmal die Widerstandskämpfer als „Banditen und Unruhestifter". Für sie sei es leicht, sich im engen und zerklüfteten Panschirtal zu verstekken. Sie seien jedoch bei den jüngsten Militäroperationen erledigt worden.

Dem widersprach in der pakistanischen Grenzstadt Peshawar Guerrillaführer Burhanuddin Rabbani mit Entschiedenheit. Ihm untersteht der mittlerweile legendäre Kommandant der Freiheitskämpfer im Panschirtal, Ahmed Schah Massoud. „Im Panschirtal haben die Sowjets auch bei ihrer 7. Offensive einen beschämenden Mißerfolg gehabt", sagte Rabbani in einem Gespräch mit der WELT. „Sie erlitten hohe Verluste. Tausende ihrer Soldaten wurden getötet, mindestens 100 Panzer und zwei Dutzend Helikopter zerstört oder abgeschossen. Die Sowjets verbrannten sogar Leichen ihrer Soldaten, um sie nicht zurücklassen zu müssen. Zerstörte Panzer, Fahrzeuge und Hubschrauber sprengten sie total kaputt ... Das Panschirtal ist für uns wie ein Selbstbedienungsladen: Da können wir uns eindecken mit Waffen, Munition, mit wertvollem Gerät und vielem anderen."

Meldungen über den Tod von Massoud seien nichts als sowjetische Propaganda, fuhr Rabbani fort. „Es geht ihm gut. Er ist dabei, die ihm gestellten Aufgaben zusammen mit seinen Kämpfern zu lösen. Ich habe von ihm in den letzten Tagen mehrere Briefe bekommen. Alle enthalten gute Nachrichten."

Rabbani gab in dem Gespräch bekannt, daß die Sowjets eine neue Waffenstillstandskommission zu Massoud geschickt hätten. „Ich lehne einen Waffenstillstand nicht grundsätzlich ab", fügte Rabbani hinzu. „Ein solcher kann für den Widerstand unter Umständen von Nutzen sein. Das hat sich im Verlauf der 7. Offensive der Russen eindeutig gezeigt. Ohne die Vorbereitungen auf neue Angriffe während des 18monatigen Waffenstillstands hätten Massoud und seine Männer der 7. Offensive nicht standhalten können. Ein Waffenstillstand soll aber nur im Notfall abgeschlossen werden. Massoud entscheidet darüber übrigens nicht allein. Wenn in Peshawar einige Guerrillaführer gegen den Abschluß von Waffenstillstandsverträgen sind – bitte, das ist deren Sache. Ihre Argumentation aber ist nicht stichhaltig: Es gibt dadurch keine negativen militärischen Auswirkungen. Die Sowjets können ihre Divisionen nicht anderweitig einsetzen, denn meine Mudjahedin binden sie ja weiter. Gegenteilige Behauptungen sind sowjetische Propaganda. Die Russen wollen nur Unfrieden und Streit zwischen den Mudjahedin hervorrufen."

Rabbani sagte zur WELT, die Sowjets hätten im Panschirtal im Verlauf ihrer Offensive während einer Periode von drei Tagen chemische Waffen eingesetzt. Rabbani wörtlich: „Die Beweise dafür sind auf den Körpern von zwei unserer Brüder zu sehen."

Tatsächlich ist die Haut der beiden Freiheitskämpfer Khan Agha und Abdul Raqib fast am ganzen Körper von Blasen und Geschwüren bedeckt. Die beiden jungen Männer berichteten in Peshawar über den Einsatz chemischer Waffen durch die Sowjets. „Wir bekamen bereits vorher genaue Anweisungen, bestimmte Zonen im Panschirtal zu meiden", sagte Khan Agha. „Die Kampfhandlungen aber verliefen so, daß wir schließlich im Raum Anawa, Noch und Awlang die Spuren chemischer Waffen antrafen. Bäume, Erde und Schneeoberfläche waren mit gelber Farbe bedeckt ... Wir brauchten zwei Stunden, um das Gebiet zu passieren. Hinterher hatten wir Hautjucken und Blasen, später regelrechte Beulen am Körper. Sie schwollen immer stärker an und entzündeten sich. Sechs Mann meiner Gruppe leiden heute noch an den Wunden."

Guerrillaführer Rabbani behauptete, die Wirkung der chemischen Waffen habe sogar die regierungstreuen afghanischen Soldaten überrascht. Sie hätten sich am vierten Tag nach dem Einsatz chemischer Kampfstoffe in das verseuchte Gebiet gewagt. „Wahrscheinlich war dies zu früh ... Sie waren fast kampfunfähig und konnten deshalb die Stellungen der Mudjahedin nicht einnehmen", berichtete Rabbani. „900 Mann von der Karmal-Armee konnten so gefangengenommen werden. Sie waren fast wehrlos."

Weil die Mudjahedin nach wie vor nur wenige Boden-Luft-Raketen besitzen, konzentrieren sie ihren Kampf auf den Boden. Im Mai griffen die Mudjahedin den größten sowjetischen Luftstützpunkt bei Baghram, 50 Kilometer nördlich von Kabul und damit in der Mitte zwischen Hauptstadt und strategisch wichtigem Salangpaß und Panschirtal, mit Raketen und Granatwerfern an. 20 Hubschrauber, 12 MiGs und drei Panzer wurden zerstört, mehrere Munitionsdepots in Brand geschossen.

An Pfingsten fand ein neuer Angriff statt. Er hatte taktische Hintergründe: Die Rollbahn sollte unbrauchbar gemacht, Treibstofftanks in die Luft gejagt und Jagdflugzeuge und Helikopter zerstört werden, um die Luftangriffe zu stoppen.

Das Vorhaben gelang: Kleine Kommandos von Mudjahedin stießen bis auf 2000 Meter an das Sperrgebiet heran, schossen beim bisher größten und erfolgreichsten Überfall auf die Airbase 150 Raketen und Granaten ab und zerstörten 35 MiGs und Hubschrauber. Start- und Landebahn wurden unbrauchbar geschossen, zahlreiche Installationen für den Flugverkehr beschädigt, die Quartiere von sowjetischen und afghanischen Piloten und Offizieren in Schutt und Asche gelegt und rund 200 Personen getötet oder verwundet. Flammen und Rauch hüllten die Airbase 16 Stunden lang ein. Nach den Löscharbeiten wurde der Luftstützpunkt geschlossen. Afghanische und sowjetische Pioniere sind seither in Tag- und Nachtarbeit damit beschäftigt, die Rollbahnen zu reparieren und Quartiere, Treibstofftanks und andere Einrichtungen neu zu bauen.

Ob eine neue Taktik der Sowjets beim Kampf gegen die Guerrilla mit der Schließung des Luftstützpunktes Baghram zusammenhängt oder ob sie möglicherweise eine Hinwendung zu moderneren, doch personalintensiveren Methoden der Kriegführung ankündigt, ist bisher unklar. Sicher ist, daß die Rote Armee im Norden von Afghanistan in jüngster Zeit vermehrt Hubschrauber einsetzt, welche mittlere bis größere Ansammlungen von Widerstandskämpfern einkreisen und sie schließlich durch luftportierte Truppen angreifen und zu erledigen versuchen.

Im Kunartal erlitten die Sowjets bei derartigen Operationen Mitte Juni schwere Verluste. Die Mudjahedin machten sich das Gelände zunutze, hielten sich bis nach dem Absetzen der Sowjetarmisten bedeckt und überraschten dann die Besatzungen mehrerer Hubschrauber mit konzentriertem Feuer. Drei gepanzerte Helikopter entkamen, an der Kampfstätte aber verloren 50 Sowjetarmisten ihr Leben.

Erstmals setzten die Sowjets unweit der pakistanisch-afghanischen Grenze eine unter dem Namen „Feuerschlamm" oder „Todestropfen" bekannte Waffe ein. Guerrillaführer Pir Sayed Gilani teilte der WELT in Peshawar mit, daß die Russen Bomben mit dem verheerenden Gas-Luft-Gemisch bei Khost und Urgun abgeworfen hätten. Gilani: „Es gab viele Tote. Die Freiheitskämpfer versuchten, von Bombenresten Proben zu nehmen. Sie wußten nicht, wie gefährlich es ist. Diejenigen, die es versuchten, starben bei Explosionen."

Die neue Bombe stößt vor dem Aufschlag am Boden Klumpen und Spritzer einer teerartigen Masse aus, die ohne Schaden zu nehmen monatelang in jedem Gelände liegen bleibt. Wenn „Feuerschlamm" oder „Todestropfen" überrollt oder von Menschen berührt werden, beginnt er zu brennen und verbreitet giftigen Rauch. Oft gibt es auch starke Explosionen, die in einem Umkreis von 50 bis 80 Meter jedes Lebewesen töten.

Über die neue Waffe berichtete als erster Yossef Bodansky vom Außen- und Verteidigungsministerium der USA. Bodansky: „Die Waffe ist so gefährlich, daß die Nachschubwege des Widerstandes in Afghanistan von den Sowjets auf Monate hinaus unpassierbar gemacht werden können."

Mertes begrüßt Bereitschaft zum Dialog

Co. Bonn

Staatsminister Alois Mertes vom Auswärtigen Amt hat gestern sowohl das Interesse Moskaus an Verhandlungen mit Washington über Weltraumwaffen als auch die Bereitschaft der USA zu einem solchen Dialog begrüßt. Nach seinen Angaben sind für die Bundesregierung zwei Gesichtspunkte wichtig:

1. Durch den Aufbau eines strategischen Defensivsystems darf nicht der Eindruck entstehen, daß die nukleare Abschreckung nicht mehr so glaubhaft sei wie bisher. Auf diesen Hinweis hätten die Amerikaner erklärt: „Alles, was eure Sicherheit betrifft, betrifft auch unsere Sicherheit."

2. Sollte es zu einem Rüstungswettlauf im Weltraum kommen, wird vermutlich in einigen Jahren gefragt werden: Ist auch genügend geschehen, um das zu verhindern? Mertes: „Dies hat die Bundesregierung veranlaßt, die positive Reaktion Washingtons auf das Verhandlungsangebot Moskaus sofort zu begrüßen."

Deutsch-deutsche Bildungs-Gespräche

pp. Bonn

Der Staatssekretär aus dem Ostberliner Volksbildungsministerium, Werner Lorenz, ist zu einem Gedankenaustausch mit seinem Bonner Amtskollegen Anton Pfeifer zusammengetroffen. Gleichzeitig ließ sich eine westdeutsche Experten-Gruppe in der „DDR" über die dortige berufliche Bildung informieren. Sie hörte bei allen kritischen Fragen den typischen Satz: „Das haben wir im Griff." Es gebe z. B. auch kein Problem mit Ausbildungs-Abbrechern.

Wie Staatssekretär Pfeifer vom Bundesbildungsministerium berichtete, habe sich Lorenz vor allem für die Bewältigung der Auswirkungen moderner Technologien in der Ausbildung und für die Förderung begabter Schüler, Lehrlinge und Studenten. Er sprach darüber auch in Schulen mit Lehrern, Schülern und Eltern. Pfeifer sagte dazu, die „DDR" messe „der Begabtenförderung eine sehr große Bedeutung bei". Natürlich sei auch über den Jugendaustausch gesprochen worden, dessen Stopp Ost-Berlin mit der Erwähnung der FDJ im Verfassungsschutzbericht begründet. Die westdeutschen Gastgeber hätten aber immer wieder das Interesse an solchen Reisen deutlich gemacht.

DIE ● WELT

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden (Berlin); Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp (Bonn, verantwortlich für den Inhalt). Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 1. Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler. Verantwortlich für Anzeigen: Hans Biehl. Redaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99. Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Bonn über Abkommen Athen–Ost-Berlin besorgt

Wird eine „DDR"-Staatsbürgerschaft anerkannt?

E. ANTONAROS, Athen

Die zweitägige offizielle Reise des griechischen Ministerpräsidenten Andreas Papandreou nach Ost-Berlin könnte für die Bundesregierung mit einigen Überraschungen verlaufen. Zum Zeitpunkt von Papandreous Abreise, zunächst nach Prag vor zwei Tagen, herrschte in Athen noch völlige Unklarheit darüber, ob die Griechen ein bereits vor zwei Jahren paraphiertes und von Bonn mit Nachdruck beanstandetes bilaterales Rechtshilfe-Abkommen mit einem Auslieferungsteil in Ost-Berlin in seiner bisherigen Form unterzeichnen wollen.

Bleibt das Abkommen in seiner jetzigen Form unverändert, so würde „DDR"-Bürgern, die über Griechenland in die Bundesrepublik fliehen, die Gefahr einer Auslieferung drohen. Das Abkommen war 1982 während eines Besuchs von „DDR"-Außenminister Oskar Fischer in Athen paraphiert worden. Wegen Bonns Reaktionen hatte Athen jedoch von einer Unterzeichnung und einer Ratifizierung abgesehen. Im Herbst 1983 hatte Bundesaußenminister *Hans-Dietrich Genscher* in einem Brief an seinen griechischen Amtskollegen Yannis Charalambopoulos auf die Konsequenzen eines Inkrafttretens des Abkommens und die menschenrechtlichen Aspekte hingewiesen. Ein Gespräch ähnlichen Inhalts hatte auch der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Spranger, mit dem damaligen griechischen Innenminister Gennimatas geführt.

Eine Mitteilung der halbamtlichen Nachrichtenagentur Griechenlands ANA über Papandreous Reise nach Prag und Ost-Berlin konnte keine Klarheit über Athens Haltung verschaffen. Darin ist lediglich von der geplanten Unterzeichnung eines nicht näher erläuterten „Rechtsabkommens" die Rede gewesen. Griechische Regierungsvertreter wollten sich zum Inhalt dieses Abkommens nicht äußern.

Nach Darstellung von in Athen stationierten westlichen Diplomaten sollen die Griechen, wenn auch mit großer Verspätung, die Brisanz der Sache erkannt und die beanstandeten Bestimmungen entfernt haben. In der Praxis bleibt jedoch abzuwarten, wie ein bereits paraphiertes Abkommen modifiziert werden kann. Angesichts der Wechselhaftigkeit Papandreous sind nach Ansicht von unabhängigen Beobachtern gewisse Zweifel angebracht.

Von Bonner Seite wird besonders Artikel eins, Absatz zwei des paraphierten Abkommens beanstandet, wonach als „Staatsangehörige eines Vertragsstaates die Personen gelten, die die Staatsbürgerschaft dieses Vertragsstaates nach dessen Gesetzgebung besitzen". Durch die Formulierung „nach dessen Gesetzgebung" würde Griechenland als einziger westeuropäischer und NATO-Staat eine zweite deutsche Staatsangehörigkeit anerkennen. Dies würde gegen Artikel 116 des Grundgesetzes verstoßen, wonach nur „eine einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit" existiert.

Fluchtwillige „DDR"-Bürger haben sich in den letzten Jahren für die Flucht über Griechenland entschieden und haben in der Regel illegal die bulgarisch-griechische Grenze passiert. Von den diplomatischen Vertretungen Bonns mit einem Reisedokument ausgestattet, durften sie bisher ungehindert in die Bundesrepublik weiterreisen. Nach Angaben von deutscher Seite haben im Durchschnitt ein bis zwei „DDR"-Bürger monatlich diesen Fluchtweg gewählt.

Regierungssprecher Maroudas hatte im Herbst 1983 die Auslieferung von politischen Flüchtlingen „ausdrücklich" ausgeschlossen und auf eine Bestimmung der griechischen Verfassung hingewiesen, wonach „die Auslieferung von Ausländern verboten ist, die wegen ihres Kampfes für die Freiheit verfolgt werden". Seine Erklärung, daß politische Flüchtlinge aus der „DDR" einen Asylantrag bei den griechischen Behörden stellen sollten, hatte Bonns Befürchtungen eher verstärkt.

Die „DDR"-Behörden könnten nämlich jeden politischen Flüchtling als Straftäter abstempeln und seine Auslieferung möglicherweise mit Erfolg beantragen. Für Regimegegner wird es – im Fall eines Inkrafttretens des Abkommens in seiner bisherigen Form – schwierig sein, die politischen Gründe zu beweisen. (SAD)

Vize-Außenminister Chinas bei Gromyko

DW. Moskau

Der stellvertretende chinesische Außenminister Qian Qichen ist in Moskau vom sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko zu einer Unterredung empfangen worden. Wie aus chinesischen Kreisen in Moskau bekannt wurde, standen Fragen der Normalisierung des Verhältnisses zwischen beiden Ländern im Mittelpunkt der Begegnung. Die amtliche Nachrichtenagentur Tass meldete lediglich, es sei über internationale Angelegenheiten gesprochen worden.

Der Besuch Qians in Moskau soll nach Ansicht asiatischer Diplomaten auch dazu dienen, einen neuen Reisetermin für den stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Iwan Archipow festzulegen, der seinen geplanten China-Besuch im Mai kurzfristig abgesagt hatte.

Israel: Protest gegen Festnahme Katzirs

DW. Jerusalem

Die israelische Regierung will dagegen protestieren, daß der frühere Staatspräsident Ephraim Katzir bei einem Aufenthalt in Leningrad von Agenten des sowjetischen Geheimdienstes KGB festgenommen und verhört wurde, als er sich mit jüdischen Bürgerrechtlern treffen wollte. Da Israel keine diplomatischen Beziehungen zur UdSSR unterhalte, werde ein befreundeter dritter Staat um Übermittlung des Protests gebeten, meldete gestern Radio Jerusalem.

Katzir, Präsident von 1973 bis 1978, der in Leningrad als Gast der sowjetischen Akademie der Wissenschaften an einem internationalen Wissenschaftskongreß teilnahm, ist inzwischen auf der Weiterreise in die Vereinigten Staaten von Amerika in Paris eingetroffen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Was bedeutet Mitteleuropa?

„Ist Mitteleuropa möglich?"; WELT vom 15. Juni

Buseks Kommentar erinnert in Fragestellung und Aussage an einen jener berüchtigt schalen Radio-Eriwan-Witze: „Ist Mitteleuropa möglich? – Ist möglich, aber nur ohne die Mitte Europas!" Dies deshalb, da Busek vollkommen vergißt, daß der Begriff Mitteleuropa ohne die Einbeziehung Deutschlands und der Deutschen sowohl geographisch, als auch historisch und kulturell inhaltslos bleiben muß.

Erhard Busek, christlich-sozialer Vizebürgermeister von Wien, glaubt in die Schuhe seines berühmten, ebenfalls christlich-sozialen Vorgängers Karl Lueger zu schlüpfen, wenn er Mitteleuropa ausschließlich auf die einstigen Territorien der Donaumonarchie reduziert und „k. u. k.-Herrlichkeiten" beschwört. Dabei trifft er sich zwar mit Karol Woytila und Otto Habsburg, für die Mitteleuropa ja auch nur zwischen Wien, Krakau, Agram und Budapest liegt. Den Geist Karl Luegers wird er damit allerdings kaum beschwören, denn als dieser – vor sieben Jahrzehnten – Bürgermeister von Wien war, verstand man dort den politischen Begriff „Mitteleuropa" noch als deutsche Aufgabe und der in Wien residierende Kaiser deklarierte sich als „deutscher Fürst".

In unseren Tagen aber ist Wiens Vizebürgermeister einer jener, die da lauthals und immer wieder verkünden: „Österreich ist kein deutscher Staat".

Gerade die von Busek beschworene Donaumonarchie war aber ihrem tieferen historischen Sinn nach nichts anderes als ein wahrhaft europäisches Modell, in dem den kleineren Nationen im östlichen und südöstlichen Mitteleuropa unter dem Schirm der deutschen Nation eine gedeihliche Entwicklung im christlich-abendländischen Sinne ermöglicht wurde. Als politischer und auch tatsächlich geistiger Faktor wird jenes „engere" Mitteleuropa, von dem Busek sprach, erst dann wieder erstehen, wenn die tatsächliche Mitte Europas – Deutschland also – rekonstruiert wird.

Andreas Mölzer, Annenheim 29, Österreich

Wort des Tages

» Wenn der Mensch seiner wahren Bestimmung gerecht werden soll, muß er danach trachten, seine geistigen und schöpferischen Kräfte voll und ganz zu entfalten und sie für die Umwelt nutzbar zu machen – damit das Leben nicht ständig vom rein defensiven Daseinskampf beherrscht wird ... «

Wernher von Braun; dt. Physiker (1912–1977)

Klarstellung

„US-Computerriese in der Kritik der Europäer"; WELT vom 22. Juni

Sehr geehrte Herren,

zu einigen Punkten Ihres Artikels möchten wir eine Klarstellung geben:

Die IBM bietet weiterhin Mengenabnahmeverträge an zur Installation der Geräte innerhalb desselben Unternehmens. Dies gilt unabhängig davon, ob die gerätenutzende Firma die Maschinen über eine Leasinggesellschaft oder direkt bei der IBM kauft. Basis für die niedrigeren Preise, die wir im Rahmen von Mengenabnahmeverträgen einräumen, sind die Einsparungen von Vertriebs-, Installations- und Beratungskosten. Diese sind dann möglich, wenn eine Anzahl gleicher Geräte innerhalb eines Unternehmens installiert wird. Die Erfahrung hat gezeigt, daß in den meisten Fällen diese Einsparungen nicht zu erzielen sind, wenn ein Mengenabnahmevertrag von einem Dritten abgeschlossen wird und die Geräte bei vielen verschiedenen Firmen zu installieren sind. Hier ist ein Mengenabnahmevertrag daher nicht gerechtfertigt.

Es ist nicht richtig, „daß IBM in bestimmten Fällen vorschreibt, daß Anlagen in dem Land bezogen werden müssen, in dem sie auch zur Nutzung bestimmt sind." Es gibt keine Geschäftspolitik der IBM, die einen Kunden hindert, seine Anlagen von einem Land in ein anderes zu verbringen. Die Preise in den europäischen Ländern sind so kalkuliert, daß sie die Kosten für Installation und Gewährleistung enthalten. Die IBM stellt fast die gesamten Geräte, die sie in Europa vertreibt, in Europa her und fordert kein zusätzliches Entgelt, wenn eine Maschine in einem europäischen Land gekauft und in einem anderen installiert wird. Nur wenn IBM-Maschinen von Dritten nach Europa eingeführt werden, erhebt die IBM ein zusätzliches Entgelt, um die Mehrkosten für Installation und Wartung auszugleichen.

Dr. P. Burkert, IBM Deutschland GmbH, Stuttgart 80

ILA in Hannover

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit „Halbherzig" umschreiben Sie eine Kolumne. Dem letzten Satz ist zu widersprechen!

Meines Erachtens ist sich die Regierung in Niedersachsen über den Stellenwert der ILA, der Internationalen Luftfahrt-Ausstellung in Hannover sehr wohl einig. Hierzu sagte Niedersachsens Minister für Wirtschaft und Verkehr, Frau Birgit Breuel, am 19. Mai anläßlich der Eröffnung der ILA: „... Die niedersächsische Landesregierung wird darum das ihre tun, um die Internationale Luftfahrt-Ausstellung und den Flughafen Hannover für die berechtigten Ansprüche der Zukunft zu rüsten, um weiterhin ein Forum für Produktion, Meinungen und Ideen zu bieten ..."

Der BDLI wertet diesen Hinweis als deutlichen Hinweis darauf, daß sich die niedersächsische Landesregierung über die Stellung der ILA sehr wohl bewußt und auch einig ist.

Und der Oberbürgermeister der Stadt Hannover, Herbert Schmalstieg, hat das seine dazu gesagt: „Die ILA steht – nach der Hannover-Messe – mit an erster Stelle unter den Veranstaltungen, die den Ruf Hannovers als Messestadt und Ort bedeutender internationaler Ausstellungen begründet haben.

Arno L. Schmitz, Bonn 2

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Der Niedersachsenpreis für Publizistik, Kultur und Wissenschaft wird morgen von Ministerpräsident **Ernst Albrecht** in Cloppenburg an den Schriftsteller **Hugo Dittberner**, den Wissenschaftler und Industriellen **Fritz Sennheiser** und den Bildhauer **Emil Cimiotti** verliehen. Der Preis, der in diesem Jahr zum siebten Mal verliehen wird, ist mit jeweils 10 000 Mark dotiert.

*

Der Vorsitzende des „Freundeskreises Internationaler Begegnungen", **Carl Doehring**, ist mit dem Bundesverdienstkreuz I. Klasse ausgezeichnet worden. Die Übergabe der Auszeichnung erfolgte im Auswärtigen Amt. Doehring wurde für sein über 30jähriges starkes persönliches Engagement für die Verständigung zwischen den Völkern, für partnerschaftliche Begegnung zwischen Deutschen und Ausländern geehrt.

*

Der Vorsitzende des Deutschen Politologen-Verbandes, Diplom-Politologe **Heinz J. H. Fleischhauer**, erhielt aus der Hand des Bonner Bürgermeisters **Hans Steger** das vom Bundespräsidenten verliehene Bundesverdienstkreuz ausgehändigt. Fleischhauer, der Gründungsmitglied des Verbandes ist, wurde 1980 zum Vorsitzenden gewählt. Vorgänger war der derzeitige Bürgermeister und Innensenator von Berlin, **Heinrich Lummer**. Mit dieser Ehrung wurde auch das Engagement Fleischhauers als Vorsitzender des Studienkreis für Staatsbürgerliche Arbeit e. V. gewürdigt. Diese Organisation bemüht sich, Vereine und Verbände, die sich nicht mit staatlich-bürgerlichem Gedankengut beschäftigen, dieser Thematik näherzubringen. Die staatsbürgerlichen Quizveranstaltungen des Studienkreises fanden derart großes Echo, daß der frühere Bundespräsident **Karl Carstens** sie zum Mittelpunkt seines Jugendempfangs 1983 machte. Heinz J. H. Fleischhauer ist seit 1965 Bonner Korrespondent des Deutschlandfunks.

VERANSTALTUNG

Vera Rüdiger, Hessischer Minister für Bundesangelegenheiten und künftiger Minister für Wissenschaft und Kunst in Ministerpräsident **Holger Börners** Wiesbadener SPD-Kabinett, verabschiedete sich von Bonn mit einer „Kasseler Soiree". Aus Anlaß des 200. Geburtstages des Komponisten, Geigers, Dirigenten und Musikpädagogen **Louis Spohr**, wurden Spohr'sche Musikwerke im Gästehaus der Landesvertretung aufgeführt. Frau Rüdigers Nachfolgerin im Amt wird mit dem Titel Staatssekretär die SPD-Bundestagsabgeordnete **Christa Szempiel**.

VERNISSAGE

Anneliese Poppinga, Geschäftsführerin der Stiftung Bundeskanzler Adenauer-Haus in Rhöndorf und ehemals des ersten Bundeskanzlers Vorzimmerdame, die später im Fach Geschichte promovierte, hat für die Ausstellungsräume eine bis zum 14. August dauernde Sonderschau arrangiert. Geboten werden aus einer Riesenauswahl herausgepickte und zeitgeschichtlich besonders interessante Adenauer-Karikaturen des Münchener Architekten und Karikaturisten **Ernst Maria Lang**. Die Intention, über dieses Medium vor allem bei jüngeren Leuten Geschichtsinteresse zu wecken (bisher wurde das Adenauer-Haus von 1,3 Millionen Menschen besucht), wird durch Texte neben jedem Bild unterstützt, die auf die jeweilige Situation von Heimat und Welt verweisen. Bundestagsvizepräsident **Richard Stücklen** als Eröffnungsredner: „Ich bin ein politisches Fossil, das sich hier noch tummelt!" Neben ihm gibt es im Bundestag nur noch ein Gründungsmitglied des Hohen Hauses von 1949: den SPD-Abgeordneten **Martin Schmidt-Gellersen** aus Niedersachsen.

WAHL

Hermann Ehrenberger (45), Geschäftsführer der Deutschen Factoring Bank, Bremen, wurde auf der Jahreshauptversammlung der Factors Chain International (FCI) in Kyoto, Japan, zum Präsidenten dieses weltweit führenden Factoring-Verbandes gewählt, dessen 54 Mitgliedsinstitute 1983 einen Jahresumsatz von 52 Milliarden Mark erzielten. Ehrenberger, gleichzeitig Vorsitzender des Marketing Committee der FCI, hat maßgeblichen Anteil an der Entwicklung des „Fact System" zur schnellen computergestützten Abwicklung des Zahlungsverkehrs unter den Mitgliedern der Gruppe.

*

Siegfried Mahrun, Chefredakteur der in Essen erscheinenden „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" (WAZ), ist zum neuen Sprecher des Deutschen Presserats gewählt worden. Seine Stellvertreterin ist die Konstanzer Verlegerin Dr. **Brigitte Weyl** („Südkurier").

LEICHTATHLETIK / 10 000-m-Weltrekord

Favorit für Los Angeles will Mamede nicht sein

sid/dpa, Stockholm

Wenn es um Medaillen ging, hat Fernando Mamede bisher noch nie gewonnen. Bei den Weltmeisterschaften der Leichtathleten im letzten Jahr in Helsinki landete er über 10 000 Meter nur auf dem vierzehnten Platz. Als der schon 32 Jahre alte Portugiese am Montag abend beim Sportfest in Stockholm in 27:13,81 Minuten Weltrekord über 10 000 Meter gelaufen war und gleich zum Favoriten für die olympische Goldmedaille gemacht wurde, wehrte Mamede ab. „Nein", sagte er, „in Los Angeles wird nicht auf Tempo, sondern auf Taktik gelaufen." Und das ist nicht seine Stärke.

Trotzdem: Es war schon beeindruckend, wie der Portugiese die bisherige Bestzeit des Kenianers Henry Rono (27:22,5) vom 11. Juni 1978 in Wien um sage und schreibe 8,69 Sekunden verbesserte. Mamede erzielte bereits den zwölften Weltrekord in der Olympia-Saison und den 65. im alten Stockholmer Olympiastadion von 1912. 16 000 Zuschauer boten dem Angestellten aus Lissabon für seine Leistung stehend Ovationen.

Das Rekordrennen war durch und durch portugiesisches Machwerk. Gleich vier portugiesische Läufer bereiteten die phänomenale Endzeit als Tempomacher vor. Als vierter und letzter Tempoläufer war sich Mamedes Landsmann und Klubkamerad von Sporting Lissabon, Carlos Lopez, nicht zu schade, immerhin Vierter der Weltmeisterschaften von Helsinki. Von der vielzitierten Feindschaft zwischen Lopez und Mamede war nach dem Rennen keine Rede mehr. Lopez sagte: „Wir haben uns gegenseitig geholfen, weil wir wußten, daß wir in Rekordform sind." Mit 27:17,48 Minuten blieb auch Lopez noch deutlich unter dem alten Weltrekord von Henry Rono.

Von 1978 bis 1982 hielt der Kenianer vier Weltrekorde (10 000 m, 5000 m, 3000 m, 3000 m Hindernis). Heute sind Rono nur noch zwei geblieben, nachdem der Engländer David Moorcroft bereits vor zwei Jahren in 13:00,42 Minuten Bestzeit über 5000 Meter gelaufen war.

Als Ronos Nachfolger über 10 000 Meter hatte sich Fernando Mamede bereits am 9. Juli 1982 in Paris angemeldet, als er das bis dahin zweitschnellste Rennen gelaufen war und den Europarekord auf 27:22,95 Minuten heruntergeschraubt hatte.

Bei seinem Rennen in Stockholm war er sich schon vor dem Ende über die Klassezeit bewußt. „500 Meter vor dem Ziel wußte ich als alter 400-Meter-Läufer, daß ich Henry Ronos Weltrekord unterbieten kann", erzählt der neue Rekordhalter. Mitte des Rennens habe er Seitenstiche bekommen, sagt Mamede. „Aber das passiert öfter, wenn es so kalt ist", fährt er fort. Sonst sei das Rennen bei 15 Grad optimal gewesen. Und dann bedankt er sich bei seinen Landsleuten, vor allem bei Carlos Lopez.

Vater des Erfolges ist Maria Moniz Pereira. Der Trainer von Mamede und Lopez sagte am Abend vor dem Rennen: „Ich glaube, meine Buben sind reif für den Weltrekord. Ich weiß nur nicht, wer von beiden ihn morgen brechen wird." Das Erfolgsrezept des 54jährigen für seine Schützlinge lautet: „Im Training weniger Kilometer pro Woche zurücklegen, dafür viel Tempo laufen." Auf die Chancen seiner Langläufer bei Olympia angesprochen, gibt sich der Trainer optimistischer als Mamede. „Jetzt glaube ich, daß sie beide in Los Angeles eine Medaille holen können", sagt Pereira. Während Fernando Mamede über 10 000 Meter an den Start geht, wird Carlos Lopez sein Glück im Marathonlauf versuchen.

Vom Glanz des Weltrekordes wurden in Stockholm alle anderen Leistungen überstrahlt. So auch der Sieg von Klaus Tafelmeier im Speerwerfen, der als einziger Athlet des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV) dabei war. Der Leverkusener setzte sich mit 86,88 Meter klar gegen den Sechsten der WM, den Schweden Kenth Eldebrink (83,68) durch. Ebenso im Schatten von Mamede standen der Engländer Steve Ovett und der Amerikaner Willi Banks. Weltrekordler Ovett gewann über 1500 Meter in 3:35,65 Minuten und *Banks nahm mit 16,83 Meter im Dreisprung* an dem Polen Zdzislaw Hoffman (16,73) Revanche für die Niederlage bei der WM in Helsinki.

STAND●PUNKT / *Sanfter Druck*

Geht er nun, oder bleibt er doch noch ein Jahr bei Werder Bremen? Derzeit deutet wohl mehr daraufhin, daß Rudi Völler in der nächsten Saison nicht mehr in der Bundesliga spielen wird. Er selbst kann sich innerlich noch nicht mit diesem Gedanken vertraut machen. Zu seinem Trainer Otto Rehhagel pflegt er ein besonders intensives Verhältnis, bestimmt fürchtet er auch die Möglichkeit, der Aufgabe sportlich noch nicht gewachsen zu sein.

Die Bedenken des Rudi Völler sind mehr als verständlich. Leider aber werden solche persönlichen Anliegen im Fußball-Geschäft sehr schnell zur Seite geschoben, wenn das Geld in den Mittelpunkt rückt. Sie seien doch keine Sklavenhändler, so hat Bremens Manager Willi Lemke reagiert, der Rudi Völler müsse diese Ent*scheidung alleine fällen. Die Ent*scheidung war doch aber längst klar, denn Völler betonte immer wieder, daß er am liebsten seinen Vertrag bis 1985 in Bremen erfüllen möchte.

Doch die vielen Millionen, die bei *einem Wechsel nach Barcelona mög*lich werden, lassen die Bremer nicht so untätig zuschauen. Jetzt sagt Lemke plötzlich: „Wenn Völler aus seinem noch andauernden Vertrag aussteigen will, dann muß sich das für uns finanziell auch lohnen." Der Spieler wird also schon langsam auf den richtigen Trip gebracht. Völler gestern: „Wir sollten auf jeden Fall einmal mit Barcelona verhandeln."

In Bremen hat das Präsidium sogar schon weiter gedacht. Offiziell wurden zwar noch keine Ablösesummen genannt. Aber es sickerte durch, daß über Transferforderungen von sieben bis neun Millionen Mark gesprochen wurde. Wenn das den Spieler nicht unter Druck setzt? Mit dieser Ablösesumme wäre Bremen, noch mit zwei Millionen Mark Verbindlichkeiten belastet, auf einen Schlag aller finanziellen Sorgen ledig. Und noch eins: Geht Völler nach Ablauf seines Vertrages, beträgt die Ablösesumme maximal zwei Millionen Mark.

Jeder wirtschaftlich denkende Kaufmann wüßte eigentlich, was er zu tun hat. Und die Bremer sind als gute Kaufleute bekannt. In diesen Mechanismus kann auch Rudi Völler *nicht eingreifen, den Gesetzen der* Branche wird auch er sich beugen müssen – wenn auch mit sanftem Druck.

DW.

FUSSBALL / Heute vor 30 Jahren in Bern: Deutschland gegen Ungarn 3:2

● Am 4. Juli 1954, heute vor 30 Jahren, wurde Deutschland zum ersten Mal Fußball-Weltmeister. Die „Helden von Bern" um Mannschaftskapitän Fritz Walter und den Torschützen Helmut Rahn kennt hierzulande jeder. Was aber ist aus dem ungarischen *Wunderteam geworden, das damals 3:2 besiegt wurde?*

● Ungarns Spieler versuchten und versuchen noch heute die sportliche Vergangenheit in Memoiren zu bewältigen. Der in Ungarn geborene ARD-Fernsehjournalist Stefan Lazar berichtet darüber in der neuesten Ausgabe der Kölner „Sport-Illustrierten". Die WELT *druckt hier eine bearbeitete Fassung ab.*

Als Ferenc Puskas Liebrich beleidigte

Von STEFAN LAZAR

Bozsik, Bozsik mit csinàltàl?" Diese Frage, eine schreiende Anklage und in Worte umgesetzte Verzweiflung einer ganzen Nation, ist heute auf den Tag genau 30 Jahre alt. Am 4. *Juli 1954 schrie sie der ungarische* Radioreporter György Szepesi in Bern ins Mikrofon. Und daheim an Donau und Theiß, wo sie alle an den Radiogeräten saßen, gingen sie plötzlich in ihrer großen Enttäuschung auf die Straße. In Budapest mußte die Polizei einen Demonstrationszug auflösen.

„Bozsik, Bozsik mit csinàltàl?" (Bozsik, Bozsik, was hast Du getan?). Diese Frage dokumentiert noch heute ein Stück unbewältigte Sport-Ver*gangenheit Ungarns. Jozsef Bozsik* hatte am 4. Juli 1954 im Finale der Fußball-Weltmeisterschaft gegen Deutschland einen Fehlpaß geschlagen. Helmut Rahn nutzte ihn zum 3:2-Sieg. In diesem Moment war Ungarns Wunderteam geschlagen, eine Mannschaft gedemütigt, die am 25. November 1953 England als erste seit 90 Jahren im Wembley-Stadion besiegen konnte (6:3; Rückspiel in Budapest 7:1).

Fast alle Beteiligten von damals haben in Ungarn oder im Exil ihre eigene Geschichte über das Ereignis geschrieben. Ausgangspunkt ist immer die Frage: „Warum haben wir verloren?" Herausgekommen ist dabei eine Mischung aus gegenseitigen per*sönlichen Anklagen mit politischem* Hintergrund.

Jozsef Bozsik, später Abgeordneter des ungarischen Parlaments (gestorben 1978), berichtet, daß „sechs Spieler die Nacht vor dem Spiel nicht in ihren Betten verbrachten". Gyula Lorant, später ein erfolgreicher Trainer in der deutschen Bundesliga (gestorben 1981), wußte auch, wo sie waren: „Sie jagten im Hotel den Stubenmädchen hinterher." Zoltan Czibor, der 1956 nach dem Aufstand in Ungarn in Spanien blieb, beim FC Barcelona spielte und nach 26 Jahren Exil in die Heimat zurückkehrte, geht ins Detail: „Als ich mich hinlegte, war mein Zimmerkamerad noch nicht im Bett. Nachts wurde ich wach, das Bett war leer. *Morgens um sechs Uhr kam er* auf wackligen Beinen an." Der Zimmergenosse war Jozsef Zakarias. Er *spielte im Finale und danach nie* mehr für die Nationalmannschaft.

Schon das sind Erklärungen, die die ungarischen Funktionäre lieber unter den Teppich kehren würden. So wie es der damals allmächtige Ver*bandschef Gusztav Sebes in seinem* Buch „Freuden und Enttäuschungen" tut. Er, der als Vater des Wunderteams gilt, lenkt von den internen Querelen ab. Für ihn brach das Unglück von außen ein. Zum Beispiel durch die internationale Presse, die seine Mannschaft verunsichert habe, indem sie den Deutschen eine Chance einräumte. Oder durch eine Blaskapelle, die in der Nacht vor dem Quartier geprobt habe. Oder durch die strapaziöse Anreise zum Finale. Sebes: „Während die Deutschen bis zur Tribüne vorfahren konnten, wurde unser Bus vom Eingang weit entfernt angehalten. Zu Fuß mußten wir uns durch die Menschenmenge kämpfen. Als ich bei einem Polizisten dagegen protestierte, schlug er mich mit dem Gewehrkolben."

Sebes, der bis zum Präsidenten des Nationalen Olympischen Komitees aufstieg, heute 78 Jahre alt und Vorsitzender der Pionieraktion „Für die trainierte Jugend" ist, steht aber selbst im Mittelpunkt vieler Anklagen. Istvan Zsolt, ein bedeutender internationaler Schiedsrichter, schildert ihn so: „Seine Macht war uneingeschränkt. Er duldete in seiner engen Umgebung ausschließlich Menschen mit bescheidenen Fähigkeiten. Aber er sprach die Sprache der Spieler."

In den Memoiren dieser Spieler steckt dagegen stets ein Seitenhieb auf Sebes. Nandor Hidegkuti, heute 62 Jahre alt und einer der Berater des Ungarischen Fußball-Verbandes, schreibt: „Unsere Mannschaft, die ins Finale vordrang, war ausgezeichnet. Wieso mußte sie geändert werden? Als ich Sebes darauf ansprach, sagte er nur: weil ich es so für richtig halte." Zoltan Czibor nennt dafür Motive: „Pure Eitelkeit. Sebes wollte als genialer Feldherr, als Professor des Fußballs gefeiert werden." Karoly Sandor: „Der Sieg allein reichte ihm *nicht. Er wollte Geschichte machen* und stellte deshalb den Angriff um." Czibor, „ein geborener Linksaußen" (Sandor), *mußte auf dem rechten Flü*gel stürmen. Und selbst der damalige Trainer, Geza Kalocsay, sucht die Abrechnung mit dem mächtigen, karrieresüchtigen Mann: „Nach dem Spiel gegen Uruguay erlitt Torwart Grosics einen Nervenzusammenbruch. Er hätte gegen Deutschland nicht spielen dürfen. Aber niemand wagte es, dies Sebes zu sagen. Statt dessen fielen drei deutsche Tore nach eklatanten Fehlern von Grosics."

Und noch einer hätte nach Ansicht vieler seiner Kollegen nicht gegen Deutschland spielen dürfen: Ferenc Puskas, der Major und Mannschaftskapitän, der absolute Star im Team. Sandor Kocsis, Torschützenkönig des WM-Turniers in der Schweiz: „Wir haben verloren, weil Puskas trotz Verletzung spielen wollte und durfte. Wir alle wußten: ein Zehn-Mann-Team bestreitet das Endspiel, weil die Funktionäre darauf bestanden, daß er den Pokal entgegennimmt."

Puskas, der Ungarn 1956 ebenfalls verließ und mit Real Madrid fünfmal den Europacup der Landesmeister gewann, gilt auch als Beispiel für die Überheblichkeit der Ungarn. Der Rundfunkjournalist Szepesi verlegt die Gründe der Endspiel-Niederlage schon ins Vorrundenspiel, das die Deutschen gegen Ungarn 3:8 verloren. Beim Stande von 5:1 stellte der deutsche Bundestrainer Sepp Herberger Werner Liebrich gegen Puskas, der vorher von Jupp Posipal bewacht worden war. Szepesi in seinen Erinnerungen: „Puskas mußte der Teufel geritten haben. Er verlangte von Posipal: 'Übersetze Liebrich, ich dribble ihn aus, wann ich es will.' Der deutsche Verteidiger, der aus der *Batschka stammte, die Schule in* Ujpest besucht hatte und erst 1943 mit seinen Eltern nach Deutschland übersiedelte, wollte nicht: 'Ferenc, das ist eine Beleidigung'. Puskas bestand auf der Übersetzung. Da breitete Posipal die Arme aus und teilte Liebrich die Worte von Puskas mit. In der nächsten Sekunde trat Liebrich Puskas zum ersten Mal. Drei Minuten später wurde der Kapitän der ungarischen Mannschaft vom Platz getragen."

An Puskas ist auch die ungleiche Behandlung der Spieler innerhalb des Teams abzulesen. Im Trainingslager vor der WM bat Sportminister Hegyi jeden einzeln ins Zimmer und drückte ihm einen Briefumschlag mit den Worten in die Hand: „Damit sollst du deine Zukunft aufbauen." Zoltan Czibor schildert die sozialistische Wirklichkeit: „Ich erhielt 10 000 Forint, Budai und Kocsis ebenso. Aber mir gefiel nicht wie Puskas und Bozsik strahlten. Da habe ich auf Verdacht losgepoltert, daß man mir eigentlich auch mehr als 300 000 Forint *hätte geben müssen. Der arme Bozsik* schaute ratlos um sich, Puskas tobte: 'Was, der Czibor hat 300 000 Forint bekommen und wir nur 200 000?' So erfuhren wir, was die beiden kassiert hatten."

Der ungarische Starkult war entlarvt, spätestens seit diesem Zeitpunkt war das Wunderteam keine Mannschaft mehr. Karoly Sandor: „Wir wurden nie richtige Freunde. Meinungsverschiedenheiten endeten oft beinahe mit Handgreiflichkeiten. Die Einheit der Elf war nur ein Mythos."

Die deutsche Mannschaft war eine Einheit, ihre Spieler wurden heute vor 30 Jahren zu den „Helden von Bern". Die Ungarn versuchen, ihre Enttäuschung immer noch in Memoiren zu bewältigen . . .

*

Die WELT schrieb in ihrer Ausgabe vom 5. Juli 1954: „Ein Sieg Deutschlands, auf den wir stolz sein können. Wenn der sportliche Wettkampf unter den Völkern einen Sinn haben soll, so sollen sich diese Völker auch an ihren Siegen freuen und über ihre Niederlagen trauern."

● **Zur Erinnerung**, so spielten sie am 4. Juli 1954 in Bern (in Klammern das heutige Alter der Spieler): **Deutschland:** Turek († Mai 1984) – Posipal (57), Kohlmeyer († 1974) – Eckel (52), Liebrich (57), Mai (55) – Rahn (54), Morlock (59), Ottmar Walter (60), Fritz Walter (63), Schäfer (56) – **Ungarn:** Grosics (58) – Buzansky (59), Lantos (56) – Bozsik († 1978), Lorant († 1981), Zakarias († 1971) – Czibor (55), Kocsis († 1980/Selbstmord), Hidegkuti (62), Puskas (57), Toth (56). – **So fielen die Tore:** 0:1 Puskas (6.), 0:2 Czibor (9.), 1:2 Morlock (10.), 2:2 Rahn (18.) 3:2 Rahn (84.).

TENNIS / Steffi Graf weinte nach der Niederlage bittere Tränen, aber die Experten sind sich einig:

„Da geht der Champion der nächsten Jahre"

CLAUS GEISSMAR, **London**

Auf dem grünen Rasen des Centre Courts von Wimbledon lag ein roter Teppich. Die 17 Damen, die einen Hofknicks vor der Herzogin von Kent machen mußten, hatten keine Tennisschuhe an. Der Teppich hatte nicht nur dekorativen Charakter. Er sollte jenen Rasen vor hohen Absätzen schützen, den Tennisspieler manchmal sogar als heilig bezeichnen. Die Parade der 17 noch lebenden Wimbledon-Siegerinnen dieses Jahrhunderts war der Auftakt zu einem Match, das mit Beifallsovationen endete. Aber die Spielerin, der diese Ovationen galten, ging mit Tränen vom Platz. Das bisher größte Spiel der kleinen Steffi Graf endete mit einer Niederlage. Die 17 Heldinnen *der Tennisgeschichte, die den Kampf* zwischen Steffi Graf und Englands Nummer eins, Jo Durie, in der königlichen Loge verfolgt hatten, lächelten über die Tränen des Teenagers aus Deutschland. Und die älteste von ihnen, Kathleen (Kitty) Godfree, sprach aus, was die meisten dachten: „Hier geht der Champion der kommenden Jahre vom Platz."

Virginia Wade, Wimbledon-Siegerin des Jahres 1977, murmelte noch etwas anderes. Als Steffi Graf den ersten Satz mit 6:3 gewonnen hatte, fragte sie: „Woher hat Steffi nur diese spielerische Reife? Sie ist doch erst 15." Jo Durie, die Ende dieses Monats 24 wird, ist nicht nur neun Jahre älter, sondern außerdem einen Kopf größer und 12 Kilogramm schwerer. Aber selbst ein kraftvolles Tennis half der großen Engländerin nicht. Wenn sie immer wieder nach vorn stürmte, reagierte Steffi Graf mit Passierschlägen. Jo Durie konnte sich nur noch umdrehen, um die Bälle ihrer deutschen Gegnerin zentimetergenau vor der Grundlinie aufspringen zu sehen. 3:1 führte Steffi Graf schließlich im dritten und letzten Satz, und auch bei 7:6 sah es noch einmal nach einem Sieg für die jüngste Teilnehmerin des diesjährigen Wimbledon-Turniers aus. Virginia Wade begann über medizinische Fragen nachzudenken: „Hat man mit 15 noch keine Nerven? Jetzt muß sie doch nervös werden."

Aber selbst die beiden ersten Matchbälle wertet der deutsche Teenager mit einer Routine ab, die den ausverkauften Centre Court fassungslos machte. Erst als das Match mit 9:7 im dritten Satz verloren war, zeigte Steffi das, worauf soviele Engländer solange gewartet hatten: Sie konnte ihre Emotionen nicht mehr verbergen. Es kamen die Tränen. Im Keller-Interviewraum unter dem Centre Court gestand sie Minuten später, was die Tränen ausgelöst hatten: „Ich bin einem Sieg doch so nahe gekommen."

Journalisten aus der ganzen Welt bedrängten das Mädchen aus dem badischen Brühl mit Fragen. Bei einer Frage mußte Steffi wieder lächeln: „Willst du hier mal Champion werden?" Die Antwort der 15jährigen kam ohne Zögern: „Na klar." Und wie lange wird das noch dauern? Auch darauf wußte Steffi Graf schon eine Antwort: „Wahrscheinlich in zwei oder drei Jahren." Steffi ahnte nicht, daß die 88jährige Kathleen Godfree *fast im selben Augenblick genau die*selbe Frage in einem Fernsehinterview beantworten mußte. „Misses Godfree, wie hat Ihnen das Match von Steffi Graf gefallen?", fragte der BBC-Reporter. Die älteste lebende Wimbledon-Siegerin antwortete: „Es wird nur noch zwei oder drei Jahre dauern, bis Steffi Graf die neue Nummer eins ist."

NACHRICHTEN

Müllers neuer Klub

Como (sid) – Der frühere deutsche Fußball-Nationalspieler Hansi Müller von Inter Mailand wechselt zum italienischen Aufsteiger AC Como. Für eine Ablösesumme von rund 1,5 Millionen Mark hatte Como zuvor Dan Corneliusson vom VfB Stuttgart unter Vertrag genommen.

Entscheidung im Stechen

Ratingen (GAB) – Günter Kessler (Georghausen) gewann in Ratingen den „Naumann-Stahl-Preis", ein Ranglisten-Turnier der deutschen Berufs-Golfspieler. Kessler brauchte mit 73+70+72+70=285 Schlägen ebenso viel wie der Wegberger Edger Theeuwen (69+73+75+69). Doch im Stechen auf dem zweiten Extra-Loch sicherte sich Kessler den Sieg.

Kein Boykott-Aufruf

Lausanne (dpa) – Das Internationale Olympische Komitee (IOC) hat dementiert, daß der Oberste Afrikanische Sportrat (ASSC) die Mitgliedsstaaten der Organisation Afrikanischer Einheit (OAU) zum Boykott der Olympischen Spiele in Los Angeles aufgerufen hat. Radio Addis Abeba hatte gemeldet, daß sich der Sportrat für einen Boykott ausgesprochen habe, weil an den Spielen auch Länder teilnehmen, die das Apartheid-Regime in Südafrika unterstützen.

ZAHLEN

TENNIS

Wimbledon-Turnier in London, Herreneinzel, Achtelfinale: McEnroe – Scanlon (beide USA) 6:3, 6:3, 6:1, Annacone – Kriek (beide USA) 6:3, 6:2, 6:4, Smid (CSSR) – Arias (USA) 7:5, 6:4, 6:3, Connors – Mayotte (beide USA) 6:7, 6:2, 6:0, 6:3, Sadri – Gerulaitis (beide USA) 6:3, 7:5, 6:7, 4:6, 6:3, Lendl (CSSR) – Davis (USA) 4:6, 6:4, 6:4, 5:7, 7:5, Cash (Australien) – Curren (Südafrika) 4:6, 6:2, 7:6, 6:1, Gomez (Ekuador) – Moor (USA) 6:0, 6:1, 7:6. – **Dameneinzel, Achtelfinale**: Durie (England) – Graf (Deutschland) 3:6, 6:3, 9:7, Maleeva (Bulgarien) – Hobbs (England) 6:2, 3:6, *6:3, Karlsson (Schweden) – Temesvari* (Ungarn) 6:4, 7:5, Jordan (USA) – Turnbull (Australien) 6:2, 6:3, Shriver – Potter (beide USA) 6:4, 6:3, Mandlikova – Sukova (beide CSSR) 6:4, 6:1, Navratilova (USA) – Sayers (Australien) 6:0, Sayers aufgegeben.

RADSPORT

71. Tour de France, 4. Etappe von Valenciennes nach Bethune (83 Kilometer): 1. van den Haute 2:19:03 Std. (minus 30 Sek. Gutschrift), 2. de Jonkheere (beide Belgien) 2:20:04 (minus 20 Sek.), 3. van der Poel (Holland) gleiche Zeit (minus 10 Sek.) ... 35. Dietzen (Deutschland) 2:20:05. – Gesamtwertung: 1. van der Poel 13:58:22 Std., 2. Anderson (Australien) 0:08 Min. zurück, ... 111. Dietzen 3:12.

CSU hinter Zimmermanns Forderung

ms. Bonn

Vor den Beratungen des Bundeskabinetts über den Bundeshaushalt 1985 ist es gestern zu einem Dreiergespräch zwischen Bundeskanzler Kohl, Bundesinnenminister Zimmermann und Bundesfinanzminister Stoltenberg gekommen. Es ging dabei um die Streitfrage, ob für den Kauf abgasarmer Autos von 1986 an ein finanzieller Anreiz geboten werden soll. Zimmermann ist dafür und hat 1500 Mark vorgeschlagen, aber er wäre auch schon mit einer niedrigeren Summe zufrieden. Stoltenberg ist aus ordnungspolitischen Gründen dagegen.

Finanziert werden sollen diese Kaufanreize durch eine Erhöhung der Mineralölsteuer um zwei Pfennig. Die Entscheidung, ob es zu diesem Finanzanreiz kommt oder nicht, hat politische Dimension erreicht. Die CSU-Landesgruppe unterstützte auf ihrer Klausurtagung in Kloster Banz einstimmig den Bundesinnenminister. Auch Bundesverkehrsminister Dollinger (CSU), der bisher auf der Seite Stoltenbergs war, votierte jetzt dafür. In Regierungskreisen hieß es, auch der neue Bundeswirtschaftsminister Bangemann (FDP) habe keine grundlegenden Einwände gegen ein solches Verfahren. Zimmermann hat im Vorfeld der Kabinettsberatungen angedeutet, er werde notfalls im Kabinett eine „namentliche" Abstimmung beantragen. Dadurch würde dann deutlich gemacht, welcher Minister wie votiert habe.

*

DW. Kloster Banz

Der Wandel in der Haltung Dollingers wurde vom Parlamentarischen Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Wolfgang Bötsch, nicht begründet. Zimmermann äußerte sich überzeugt, daß er sich bei der Sitzung im Bundeskabinett durchsetzen werde. Dort sollte auch über Kaufanreize über die Kfz- und die Mineralölsteuer entschieden werden. Dabei ist noch zu klären, ob die Kfz-Steuer-Befreiung je nach Größe des Pkw drei, vier und fünf Jahre oder fünf, sechs und sieben Jahre lang gelten und die Mineralölsteuer für bleihaltiges Benzin um zwei oder um vier Pfennig erhöht werden soll.

Die CSU will den erst für 1988 geplanten zweiten Schritt der anstehenden Steuerreform möglicherweise doch noch auf 1986 vorziehen.

Situation bei Metall weiter entspannt

Urabstimmung in Hessen: Knapperes Votum für Kompromiß?

DW. Frankfurt

Mit Beginn der Urabstimmung in Hessen, der Wiederaufnahme der Tarifverhandlungen in mehreren anderen Gebieten sowie dem Arbeitsbeginn in Nordwürttemberg / Nordbaden hat sich die Situation in der deutschen Metallindustrie nach siebenwöchigem Arbeitskampf weiter entspannt. Nach der Zustimmung der IG Metall-Mitglieder in Südwestdeutschland wird auch in Hessen mit einer Billigung des in Stuttgart erzielten Kompromisses gerechnet, so daß der schwerste Metall-Arbeitskampf in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland endgültig zu Ende wäre.

Die Befragung in Hessen geht heute zu Ende, mit einem ersten Ergebnis ist am frühen Abend zu rechnen. In Gewerkschaftskreisen wurde nicht ausgeschlossen, daß in Hessen die Zustimmung knapper ausfallen könnte als im Südwesten, wo 54,5 Prozent für den Kompromiß gestimmt hatten.

Die „Nein"-Stimmen bei der Urabstimmung der IG Metall in Nordwürttemberg / Nordbaden (32,3 Prozent) sind nach Ansicht des wirtschaftspolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion, Wolfgang Roth, ein deutliches Signal der Gewerkschaftsmitglieder, daß die Verkürzung der Wochenarbeitszeit „nicht vom Tisch" ist. In einem Gespräch mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung" sagte Roth, das Ergebnis der Urabstimmung über den Einigungsvorschlag von Georg Leber müsse vor allem die Unternehmer im Hinblick auf künftige Tarifabschlüsse nachdenklich stimmen.

Das Abstimmungsresultat zeige, daß die Forderung nach einer deutlichen Arbeitszeitverringerung bei den Arbeitnehmern deutlicher verankert sei als „angebliche Meinungsumfragen" ergeben hätten. Daher sei das Votum der IG Metall-Mitglieder auch eine „schwere Niederlage für die Bundesregierung", die sich einseitig gegen die 35-Stunden-Woche engagiert habe, sagte Roth weiter.

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wird heute nicht wie ursprünglich angekündigt über den Antrag der Metallarbeitgeber verhandeln, die Entscheidungen der Landessozialgerichte von Hessen und Bremen über die Zahlung von Kurzarbeitergeld an indirekt vom Arbeitskampf betroffene Arbeitnehmer durch eine einstweilige Anordnung auszusetzen. Die bestätigte gestern der Vorsitzende des zuständigen Ersten Senats, Professor Roman Herzog. Er ließ erkennen, daß nach der Einigung der Tarifparteien vom Senat kein dringendes Bedürfnis für eine einstweilige Anordnung mehr gesehen werde.

Kritik an Pfarrern

Früherer „DDR"-Bischof: Oft fehlt es an Sachverstand

idea, Marburg

Gegen kirchliche Stellungnahmen zu politischen Fragen hat sich der frühere Görlitzer Bischof Hans-Joachim Fränkel gewandt. Was sich manche Pfarrer hier „bei fehlendem Sachverstand an Dilettantismus leisten, ist ein Skandal", sagte der evangelische Kirchenführer, der nach 16 Jahren Bischofsamt in der „DDR" 1979 nach Marburg übersiedelte. Geistliche hätten die Bibel auszulegen und das Wort Gottes zu verkündigen, Lösungen für politische Einzelfragen müßten sie den Politikern überlassen. So könne die Kirche zwar die „Ausplünderung unseres Planeten" kritisieren. Es sei aber illegitim, wenn sie bestimmte Methoden des Umweltschutzes als die einzig richtige bezeichne.

Auch könne die Kirche keine bindende Entscheidung in der Frage des Wehrdienstes und der Wehrdienstverweigerung treffen, sondern müsse die „Last verschiedener Entscheidungen" ihrer Mitglieder tragen. Dagegen forderte Fränkel einen „entschlossenen Widerspruch" der Kirche, wo einige Gruppen, darunter auch christliche, „ausgerechnet in der Bundesrepublik Deutschland" ein Recht zum Widerstand gegen politische Entscheidungen wie etwa die Nachrüstung propagierten.

Schily wirbt im „Vorwärts" für Bündnis

PETER PHILIPPS, Bonn

Der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Otto Schily, hat in der SPD-Zeitung „Vorwärts" die Sozialdemokraten zu einem „rot / grünen Bündnis" aufgefordert. Die SPD müsse sich entscheiden zwischen rot-grünem Bündnis oder einer großen Koalition. „Meine Erwartung ist da ganz einfach: Sie soll sich auf ein rot-grünes Bündnis einlassen", allerdings nicht „in der Form der politischen Eingemeindung, was ja die Tendenz bei vielen SPD-Leuten zu sein scheint". Dies werde wahrscheinlich zwar „eine Zerreißprobe bei uns" geben und „eine Zerreißprobe bei der SPD", aber „wenn wir unsere eigenen programmatischen Forderungen ernst nehmen, dann sage ich bei allen Mängeln, die die SPD hat, wer soll denn eigentlich sonst unser Bündnispartner sein". Als Bundeskanzler einer solchen rot-grünen Koalition wäre Oskar Lafontaine, der saarländische SPD-Vorsitzende, schon ein Name.

Nach Ansicht Schilys, der vor kurzem noch einer der Sprecher seiner Fraktion war, ist für die Grünen auf die Dauer „dieser Spagat: ein bißchen Regierungsbeteiligung / ein bißchen Opposition" nicht durchzuhalten. Das Modell Hessen sei kein bundesweites Vorbild. „Wenn man wirklich etwas zustande bringen will, sollte man eine Mitverantwortung in der Regierung, eine Koalition, durchaus anstreben". Aber die Fristen, die den Grünen noch zur Verfügung stünden, seien „nicht allzu geräumig".

Nachdem jetzt auch ein anderes grünes Aushängeschild, Petra Kelly, über ihr weiteres Verbleiben in dieser Gruppierung nachdenkt, weil sie zur Mandats-Rotation gezwungen werden soll, mahnt Schily die Grünen: „Eine gewisse persönliche Kontinuität in der parlamentarischen Vertretung des Bundestages ist dringend erforderlich und unverzichtbar." Die Partei werde keinen „stabilen Stand für eine Regierungsbeteiligung oder auch nur eine Tolerierung einer Minderheitsregierung" erreichen können, wenn sie sich nicht „auf eine bestimmte personelle Kontinuität" einlasse. Die Grünen werden „nicht vermeiden können, eine richtige Partei zu werden". Noch sei die Struktur zu „unübersichtlich, molluskenhaft", erforderlich sei eine „Verstetigung in Struktur, Programm und personeller Repräsentanz".

„Scharfe Töne aus Moskau sind nicht letztes Wort des Kreml"

Botschaft Reagans an Tschernenko / USA zu Wiener Abrüstungsgespräch entschlossen

TH. KIELINGER, Washington

Der sowjetische Botschafter in Washington, Anatolij Dobrynin, wird Ende dieser Woche zur Berichterstattung nach Moskau fahren und dabei eine Botschaft Präsident Reagans für die Kreml-Führung mitbringen. Reagan, der dieses Faktum selber im Weißen Haus bekanntgab, wollte sich aber nicht weiter zum Inhalt seiner Note an Moskau äußern. Informierte Kreise sind jedoch davon überzeugt, daß der amerikanische Präsident in dieser Mitteilung noch einmal den Wunsch seiner Regierung bekräftigen wird, im September mit den Sowjets in neue Gespräche über die Abrüstung einzutreten.

Im Weißen Haus hält man die ablehnenden Kommentare, wie sie die Nachrichtenagentur Tass in den vergangenen Tagen verbreitet hatte, nicht für das letzte Wort des Kreml. Auch die scharfe antiamerikanische Rede, die Gromyko am Montag während eines Empfangs für den britischen Außenminister Sir Geoffrey Howe vortrug, wird eher als sowjetische Pflichtübung denn als bindende Antwort auf die Frage angesehen, ob Moskau wirklich im September bei den vorgesehenen Gesprächen über die Weltraum-Abrüstung erscheinen werde.

Nach wie vor argumentieren die Präsidentenberater, daß sie die Tagesordnung für dieses am vergangenen Freitag von den Sowjets selber angeregte Treffen in Wien keineswegs präjudizieren wollten durch den Hinweis, Washington werde nicht nur über die Weltraumwaffen, sondern auch über die ballistischen Raketen und deren Abrüstung sprechen wollen. Vielmehr ist die Administration fest entschlossen, in Wien zu erscheinen und einfach auszuloten, in welchem Rahmen eine neue Abrüstungsrunde über Weltraumwaffen stattfinden könne.

Dieser Eifer verrät, wie sehr das Weiße Haus nach Mitteln und Wegen sucht, den abgebrochenen Dialog über Abrüstungsfragen mit den Sowjets wieder in Gang zu bringen. Washington hat damit, da auch die Weltraumwaffen zur Diskussion gestellt werden sollen, nach Meinung politischer Beobachter einen signifikanten Schritt nach vorn getan. Gromykos Tischrede vom Montag stellte diese Tatsache auf den Kopf, zum Beispiel als der Außenminister sagte: „In Wahrheit will Washington keine Gespräche, es meidet sie und häuft zu diesem Zweck Vorbedingungen auf." Umgekehrt, so heißt es in der amerikanischen Hauptstadt, wird ein Schuh daraus: Die Sowjets haben seit Monaten die Abrüstungsgespräche gemieden und machen ihre Wiederaufnahme vom Abzug der westlichen Nachrüstungswaffen aus Europa abhängig.

Inzwischen fragen sich Kenner der Lage, ob der am Freitag gemachte sowjetische Vorschlag zum Beginn neuer Abrüstungsgespräche über die Weltraumwaffen wirklich ernstgemeint war oder nur als Vorwand dienen sollte, von der fortgesetzten Weigerung Moskaus abzulenken, die Gespräche über die ballistische Abrüstung wieder aufzunehmen. Im Kreml muß die Annahme vorgeherrscht haben, Washington werde diesen Bereich seiner sehr vielversprechenden Forschung nicht in Abrüstungsgespräche einbringen wollen. Dann hätte Moskau den Amerikanern den Schwarzen Peter der Nichtbereitschaft zuspielen können.

Die qualifiziert positive Reaktion des Weißen Hauses scheint den Kreml in die Defensive getrieben zu haben: Wieder könnte nach Meinung von Beobachtern das alte Ziel an die erste Stelle rücken, dem amerikanischen Präsidenten auf keinen Fall bei seiner Wiederwahl zu helfen – wie es durch neue Abrüstungsgespräche, und seien sie noch so vorläufig, geschehen könnte. Andererseits kostet dieses „Katz-und Maus-Spiel", wie es ein Beamter nannte, Moskau wichtige Punkte. Man könnte bei Reagan vor der Wahl mehr erreichen und womöglich weiterkommen als nach dem 6. November, wenn er vielleicht mit großer Mehrheit wiedergewählt ist.

Kommandeur der Fernost-Truppen befördert

DW. Bonn

Der sowjetische Armee-General Wladimir Goworow, dem als Befehlshaber des Wehrkreises Fernost die operative Verantwortung für den Abschuß des südkoreanischen Linienflugzeuges im vergangenen Jahr unterstand, ist zum stellvertretenden Verteidigungsminister der UdSSR ernannt worden. Wie das Frankfurter Institut für Sowjet-Studien erfuhr, ist die Ernennung bereits am 27. Juni 1984 ausgesprochen worden.

Der 60jährige General, der von 1969 bis 1971 stellvertretender Oberbefehlshaber der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) gewesen war, ist Mitglied des ZK der KPdSU und des Obersten Sowjets. Sein Name als Verantwortlicher für den Abschußbefehl war bekannt geworden, als das sowjetische Fernsehen den beteiligten Piloten interviewte.

Die Beförderung Goworows reiht sich ein in die Rechtfertigungen und Belobigungen, die die sowjetische Führung nach dem weltweit verurteilten Abschuß für die unmittelbar Beteiligten ausgesprochen hat. So soll der Pilot mit der höchsten sowjetischen Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet worden sein. Anfang April 1984 hatte die „Prawda" den Abschuß als „beispielhaft" bezeichnet.

Pentagon: UdSSR verfügt über Killersatelliten

AFP/DW. Washington

Die Sowjetunion verfügt nach Angaben aus dem US-Verteidigungsministerium über mindestens ein einsatzfähiges System zur Zerstörung fremder Satelliten. Die Waffe stehe den Sowjets seit 1971 zur Verfügung und vernichte ihr Ziel durch Selbstexplosion, wobei Stahlkugeln das gegnerische Objekt treffen. Ein Nachteil der sowjetischen Waffe sei, daß sie erst eine Erdumkreisung vollführen muß, bevor sie sich in günstiger Position befindet. Die maximale Einsatzhöhe betrage 5000 Kilometer, die Zielgenauigkeit sei jedoch am höchsten bei Raketen, die zwischen 180 und 550 Kilometer fliegen.

Die USA verfügen derzeit über ein in der Testphase befindliches System, das von einem F-15-Düsenjäger aus abgeschossen wird. Diese zweistufige Rakete erreicht Höhen bis 16 000 Kilometer, kann aber, mit einer dritten Stufe versehen, ihre Leistung verdoppeln.

Die Sowjetunion hat kürzlich den USA erneut Gespräche zur Verhütung einer sogenannten Militarisierung des Weltraums vorgeschlagen. Die Antwort der USA, dieses Thema zugleich mit Verhandlungen über eine Reduzierung von Atomraketen zu verbinden, wurde inzwischen von der Sowjetunion zurückgewiesen.

In Sarajevo begann Prozeß gegen Dozenten

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Vor einem jugoslawischen Gericht in Sarajevo hat der Prozeß gegen den Universitätsdozenten der Soziologie, Vojislav Seselj, begonnen. Seselj wird der „feindlichen Propaganda" und „staatsfeindlicher Umtriebe" angeklagt, weil er sich in Artikeln kritisch über das jugoslawische Regime geäußert haben soll. Seselj war auch einer der Teilnehmer des von der Polizei durch eine Massenverhaftung aufgelösten Karfreitag-Treffens in einer Privatwohnung in Belgrad. Zahlreiche Abgeordnete der Sozialistischen Partei (SPÖ) im österreichischen Parlament sowie Gewerkschaftsfunktionäre haben inzwischen in Protestresolutionen die Freilassung Seseljs und vier anderer in Belgrad verhafteter Intellektueller gefordert.

Seselj, der sich seit 22. Mai in Untersuchungshaft befindet und dort einen Hungerstreik begonnen hat, erschien körperlich geschwächt im Gerichtssaal. Er erklärte, daß die gegen ihn vorgebrachte Anklage wegen staatsfeindlicher Aktivitäten „fabriziert" worden sei. Auch die ihm zur Last gelegte Behauptung, er habe den verstorbenen Marschall Tito als „Feudalherrscher" charakterisiert, der den Ölscheichs des Nahen Ostens ähnlich gewesen sei, wies Seselj als eine Fälschung zurück.

Kreml verschweigt Howes Kritik

Gromyko lehnt Wiederaufnahme der Genfer Gespräche ab / Kein Thatcher-Besuch in Aussicht

DW. Moskau/London

Kritische Bemerkungen des britischen Außenministers Sir Geoffrey Howe zur sowjetischen Politik sind der Zensur zum Opfer gefallen: Diejenigen Passagen seiner Kreml-Rede, in denen Howe am Montag abend zum Ost-West-Verhältnis, zu Afghanistan und den Menschenrechten Stellung genommen hatte, erschienen am Dienstag nicht in der sowjetischen Presse. Dem britischen Außenminister erging es damit ebenso wie jüngst Bundesaußenminister Genscher und dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand.

Die von der „Prawda" fortgelassene Passage zum Ost-West-Gegensatz lautete: „Mehr denn je betrifft die Art und Weise, wie jedes Land seine eigene Sicherheit sucht, auch die Sicherheit der anderen. Wie in der Vergangenheit kann auch heute kein Land und keine Allianz die absolute Sicherheit erreichen. Die absolute Sicherheit für ein Land bedeutet die absolute Unsicherheit für ein anderes." Howes Erklärung zum Afghanistan-Konflikt tat die Parteizeitung mit der Bemerkung ab, es handele sich dabei „um die gewohnte Position des Westens zum angeblichen Afghanistan-Problem".

Howe hatte am Montag mit Außenminister Gromyko über den sowjetischen Vorschlag zur Aufnahme von Verhandlungen über ein Verbot von Weltraumwaffen gesprochen. Auf seine Anregung, auch die Rüstungskontrollverhandlungen über einen Abbau von Atomwaffen wieder aufzunehmen, erhielt er jedoch nach britischen Angaben einen „frostigen Bescheid". Gromyko erklärte seinem britischen Kollegen, er halte die Annahme des Moskauer Vorschlags durch die amerikanische Regierung für nichts weiter als ein „Spiel mit Worten" und ein „Wahlmanöver von US-Präsident Ronald Reagan". Die Antwort aus Washington bedeute in Wirklichkeit, daß die USA keine Verhandlungen wünschten. Er hoffe jedoch, daß Washington doch noch „in einer seriöseren und verantwortlicheren Weise reagieren" werde, „ohne derartige Gespräche durch Vorbedingungen zu blockieren".

Außenminister Howe hat Gromyko nach britischen Regierungsangaben erklärt, daß er diese Interpretation zurückweise. Der BBC gegenüber nannte Howe die sowjetische Haltung „sehr negativ und völlig unlogisch". Er vertrat die Ansicht, die „Politik des leeren Stuhls" durch den Kreml sei der falsche Weg. Die Möglichkeit eines baldigen Treffens zwichen Premierministerin Thatcher und Staats- und Parteichef Tschernenko, von der man in britischen Regierungskreisen bisher ausgegangen war, schloß Howe mit den Worten aus: „Hierfür gibt es derzeit keine Pläne."

Neues „Paket" mit Ost-Berlin?

● Fortsetzung von Seite 1

Eine Senkung der Zwangsumtauschsätze durch die „DDR" wird in Bonn deshalb für möglich gehalten, weil Ost-Berlin immer wieder argumentiert hat, dies sei für sie vorrangig eine „wirtschaftliche Frage". Begründung der „DDR": Sie subventioniere mit Steuermitteln die einfache Lebenshaltung ihrer Bewohner, und davon profitierten Besucher. Die politische Absicht des Zwangsumtauschs war freilich, die Zahl der Besucher zu drosseln. Bonn wird hier argumentieren, ein neuer Kredit verschaffe wirtschaftliche Erleichterung, so daß die „DDR" den Zwangsumtausch zumindest ein Stück zurücknehmen könne.

Eine Herabsetzung des Reisealters für Frauen, so heißt es bei der Bundesregierung, würde der „DDR" offenkundig „weniger schwer fallen": Die Kalkulation geht dahin, daß nur wenige Frauen, vor allem wenn sie Familie haben, im Westen bleiben würden.

Rehlinger und Rechtsanwalt Vogel, Bevollmächtigter Erich Honeckers in humanitären Angelegenheiten, haben auch über die Möglichkeit gesprochen, noch in diesem Jahr weiteren 5 000 Menschen die Ausreise zu genehmigen. Bereits jetzt sind 30 000 „DDR"-Bewohner mit Genehmigung Ost-Berlins in den Westen ausgereist.

Das ist ein absoluter Höchststand, gemessen am Schnitt zurückliegender Jahre. Die Ereignisse in der Ständigen Vertretung haben aber Gespräche über weitere Ausreisegenehmigungen behindert. In Regierungskreisen herrscht Verbitterung über diese Vorkommnisse. Der Freikauf der 55 Zufluchtsuchenden, die nach einer Übergangsfrist von wenigen Monaten in den Westen kommen werden – zumindest hat die „DDR" dies zugesagt – wird Bonn rund fünf Millionen Mark kosten. Die „DDR" verlange hier das „fünfzehnfache" an Geld, gemessen an dem Betrag, der üblicherweise für einen „normalen" Ausreisefall gezahlt werde, heißt es. Bereits jetzt gehen von betroffenen Menschen in Mitteldeutschland Protestbriefe bei Bonner Behörden ein. Es handelt sich dabei um Bewohner der „DDR", die sich zum Teil seit Jahren um eine Ausreisegenehmigung bemühen und die deshalb von „DDR"-Behörden schikaniert werden. In vielen Fällen haben die Väter den Arbeitsplatz verloren und den Kindern wird ein Studium verweigert. Diese Menschen fühlen sich jetzt durch die Zufluchtsuchenden in der Ständigen Vertretung und die damit zusammenhängende Sonderregelung brüskiert. Die Bundesregierung stehe hier vor einem „sehr schwierigen Abwägungsprozeß", heißt es bei den Verantwortlichen.

Bloße Spekulation?

dos. – Langweilig war es nie auf den Hauptversammlungen des hannoverschen Reifenherstellers Continental Gummi-Werke. Miserable Jahresabschlüsse, geplatzte und vollzogene Übernahmeverhandlungen oder der im letzten Jahr bekanntgewordene Ausstieg der drei Großaktionäre Deutsche Bank, Bayer und Münchner Rück sorgten für Gesprächsstoff. Dieser Tradition dürfte auch die Veranstaltung am Freitag gerecht werden. Dann nämlich geht es darum, herauszufinden, wer denn wohl hinter dem ominösen Verkaufsangebot eines Conti-Aktienpakets an den US-Branchenriesen Goodyear steht.

Bei Conti-Gummi gibt man sich gelassen. Der Vorstand glaubt nicht, daß sich bereits ein neuer Großaktionär etabliert hat. Dies wiederum läßt die Interpretation zu, daß Spekulanten am Werke sind. Hier regt sich Widerspruch aus Branchenkreisen. Beobachter verweisen darauf, daß das Aktienkapital des Unternehmens an der Börse 1983 nahezu viermal umgesetzt wurde. Die Kursentwicklung im bisherigen Verlauf des Jahres 1984 läßt darauf schließen, daß diese Tendenz angehalten hat. Mit der wirtschaftlichen Besserung des Unternehmens und dem ohne Zweifel gewonnenen Technologiefortschritt allein läßt sich das Interesse der Anleger nicht begründen.

Inzwischen werden Namen gehandelt, vor allem Konkurrenten auf dem Weltmarkt, die am Einstieg bei Conti interessiert sein könnten. Einer davon ist die US-Firma Uniroyal, der zu Conti-Gummi nicht erst seit dem Verkauf der europäischen Reifen-Aktivitäten ein besonders Verhältnis nachgesagt wird.

Lager-Bier

fu (London) – Mit der Veränderung des britischen Biergeschmacks weg vom traditionellen Ale und dafür hin zum sogenannten „Lager", das hellem Export-Bier entspricht, hat sich in Großbritannien ein höchst lukrativer Markt für ausländische Brauereien aufgetan. Nicht nur in den Pubs dominieren inzwischen die Bier-Angebote deutscher, dänischer, holländischer und französischer Brauhäuser. Selbst die Australier haben sich mit Erfolg an der Invasion des britischen Biermarktes beteiligt. Doch die größte Schlacht am Lager-Markt, so scheint es, steht jetzt bevor. Am Mittwoch wird nämlich auch Budweiser, das bestverkaufte amerikanische Bier aus dem Hause Anheuser-Busch in St. Louis, am britischen Markt eingeführt. Wie nicht anders zu erwarten, geht diese Initiative einher mit dem bislang größten Werbeaufwand der am britischen Biermarkt jemals betrieben wurde. Man darf gespannt sein, ob die traditionelle kontinentaleuropäische Braukunst ihre Wertschätzung beim britischen Biertrinker trotzdem weiterhin behält.

Zins-Sorgen

Von PETER GILLIES

Wenn es irgendwo auf diesem Erdenball eine wirtschaftliche Malaise zu beklagen gibt, ist der Schuldige rasch ausgemacht: die amerikanische Hochzinspolitik. Vor allem in Politikerzirkeln und auf Gipfelkonferenzen ist diese Verkürzung eines sehr viel komplizierteren Sachverhalts in Mode. Die jüngste Erhöhung der Prime Rate (des Zinses für Kredite an allerbeste Industriekunden) in den USA auf 13 Prozent dürfte dieser Betrachtungsweise Vorschub leisten.

Unbestritten ist der Zinsauftrieb in den Vereinigten Staaten besorgniserregend. Eine seiner Hauptursachen, das hohe Budget-Defizit, raubt manchem Teilnehmer am internationalen Kapitalmarkt den Nachtschlaf. Die Gewinner melden sich selten. Prophetien von Gurus, die noch Schlimmeres vorhersagen, verbreiten Schrecken, obgleich ihre Trefferquote der von Wetterprognosen entspricht. Ist es tatsächlich so, daß die Vereinigten Staaten unter Mißachtung aller ihrer globalen Verantwortung die Weltwirtschaft in einen Strudel reißen?

Für die hochverschuldeten Länder war die Zinsentwicklung bisher schon ein schwerer Schlag, die jüngste Korrektur trifft sie wiederum. Jeder Zinspunkt erhöht ihren Schuldenberg um weitere Milliarden. Das ist schlimm, aber vor allem eine Herausforderung für das internationale Schuldenmanagement.

Indes bieten die Vereinigten Staaten der Weltwirtschaft auch andere Seiten. Ihre Konjunktur, deren Aufschwung noch immer phänomenal genannt werden muß, erweist sich als eine unter kräftigem Dampf stehende Lokomotive für die gesamte Weltwirtschaft. Der Boom hat die Hochzinsen ignoriert. Das Land ist den ständigen Mahnern, es möge doch endlich seine Inflation dämpfen, gefolgt. Und es hat Erfolge erzielt. Von den Millionen neu geschaffener Arbeitsplätze in den Staaten können Westeuropäer nur träumen.

Nun sind die Defizite eines Landes stets die Überschüsse eines anderen. So kann die Weltwirtschaft den Leistungs- und Handelsbilanzdefiziten der USA durchaus erfreuliche Akzente abgewinnen. Der anhaltende deutsche Exportboom ist wesentlich begünstigt durch einen Dollar, den viele für überbewertet halten, an dem Außenhändler aber ihren Wohlgefallen haben. Schließlich sichert das bei uns und in den anderen westlichen Industrieländern Arbeitsplätze. Von einem schicksalhaften Ausgeliefertsein an die hohen Zinsen kann bei den Deutschen nicht die Rede sein. Das hiesige Zinsniveau liegt rund fünf Prozentpunkte unter dem amerikanischen. Dennoch gibt es kaum Nettokapitalabflüsse.

Die Abkoppelung, die man früher mit dirigistischen Mitteln herbeizuführen gedachte, hat sich auf marktwirtschaftlichem Wege herstellen lassen. Die Bundesregierung trug mit ihrer erstaunlichen Haushaltskonsolidierung entscheidend dazu bei, daß jenes Vertrauen entstand, das trotz des Zinsgefälles die heimischen Märkte nicht austrocknen ließ.

Die Regel, daß das Kapital stets zum besten Wirt geht, kann man nicht dadurch entkräften, daß man die Wege zu diesem Wirt vermauert, sondern nur dadurch, daß man dem Kapital zu Hause gleich gute oder bessere Bedingungen bietet. So spiegeln die großen Zinsunterschiede kein Versagen der Märkte wider, sondern im Gegenteil ihre Effizienz und Sensibilität. Das transatlantische Lamentieren der Europäer zeigt deswegen eigenes Unvermögen.

Die inneramerikanische These, daß hohe Zinsen mit den riesigen Budgetdefiziten nichts zu tun hätten, wird in Europa zu Recht nicht geteilt. Das darf aber nicht zur Einäugigkeit verführen, die die ungemein wohltuenden Wirkungen einer überschäumenden Hochkonjunktur in der mächtigsten Volkswirtschaft der Welt überhaupt nicht zur Kenntnis nimmt. Gewiß, der Gleichgewichtszustand bleibt erstrebenswert, aber jedes Ungleichgewicht hat eben Licht- wie Schattenseiten. Man muß stets beide Gesichter des Januskopfes sehen.

Nun sollen die Gefahren eines weiteren Zinsanstiegs keineswegs verharmlost werden. Aber Bundesbankpräsident Pöhl hat eben auch recht, wenn er feststellt, daß die amerikanische Wirtschaftslokomotive in voller Fahrt ist und auch nicht durch hohe Zinsen zu bremsen war. Das mag man beklagen, man könnte dem aber auch gute Seiten abgewinnen. Die gibt es nämlich. Die oft unterlegten antiamerikanischen Ressentiments verführen zu falschen wirtschaftlichen Schlüssen. Ein Aufschwung, ein Boom gar, bleibt – wo immer er auch stattfindet – in diesen Jahren ein begehrtes und ersehntes Ereignis. Er ist nie ohne Gefahren. Aber man darf sich auch über ihn freuen.

BILDSCHIRMTEXT / Von 1986 an kann eine Million Teilnehmer versorgt werden

Die Bundespost erwartet den großen Durchbruch in den Jahren nach 1988

GISELA REINERS, Bonn

Bildschirmtext, der neue Fernmeldedienst der Bundespost, ist mit einjähriger Verzögerung eingeführt worden. Ohne große Publizität hat die Deutsche Bundespost Ende der vergangenen Woche die Leitungen freigegeben. Die letzten umfangreichen Tests sind zufriedenstellend verlaufen. Von 1986 an kann eine Million Teilnehmer versorgt werden, zur Zeit sind etwa dreitausend Anbieter und zehntausend Benutzer an dem neuen Service beteiligt.

Die Verzögerung war zustande gekommen, weil IBM den Computer für die Bildschirmtext-Leitzentrale in Ulm nicht rechtzeitig (im Sommer 1983) hatte liefern können. Deshalb war nach der Inbetriebnahme des Dienstes auf der Funkausstellung im September 1983 die Teilnehmerzahl begrenzt geblieben.

Zunächst sind nur fünf weitere Vermittlungsstellen geschaltet; bis Ende 1984 werden es 21 sein. Dann können rund 95 Prozent der Bundesbürger zum Telefon-Ortstarif am Bildschirmtext-Dienst teilnehmen.

Die 700 Millionen Mark Investitionsvolumen bis Ende 1986 verteilen sich mit 500 Millionen auf die Bildschirmtexteinrichtungen und zu 200 Millionen auf die Zugangstechnik im Telefonnetz. Nach Angaben der Bundespost entstehen ihr durch die Verzögerung von fast einem Jahr keine schwereren Einbußen. IBM erhalte sein Geld entsprechend der Lieferverzögerung erst später und auch die Telefon-Investitionen seien aufgeschoben worden. Eine große Werbekampagne, die sich vor allem an private Nutzer richten soll, ist von der Bundespost für die HiFi-Ausstellug vom 24. bis 30. 8. in Düsseldorf geplant.

Zur Zeit bestehen nach Angaben des für Bildschirmtext zuständigen Post-Experten Eric Danke keine Wartelisten auf Seiten der Teilnehmer. Die Bundespost rechnet jedoch damit, daß die Nutzerzahlen von 1988 an rapide zunehmen werden bis auf etwa drei Millionen im Jahr 1997. Von etwa einer Million Teilnehmer an wird erwartet, daß die laufenden Kosten von den laufenden Einnahmen gedeckt werden. Von 1990 an wird mit dem Erreichen der Gewinnzone gerechnet. Dies wird zu weiten Teilen davon abhängen, ob auch genügend private Nutzer an Bildschirmtext herangeführt werden können. Deshalb wird auch erwartet, daß die Preise der Bildschirmtext-fähigen Fernseh- ud Zusatzgeräte für die Marktentwicklung von Bedeutung sein werden. Auf der HiFi-Ausstellug werden nach den schon klassischen Anbietern Loewe Opta und Blaupunkt auch preiswerte Geräte von ITT erscheinen. Diese Geräte sollen etwa zwischen 1900 und 2400 Mark kosten. Geräte für gewerbliche Nutzer sind zur Zeit für etwa 3500 Mark im Handel zu haben. Um den neuen Post-Service für Private interessant zu machen, ist auch noch einmal die Gebührenerhebung hinausgeschoben worden. Auf seiner letzten Sitzung hat der Postverwaltungsrat am 25. Juni beschlossen, erst vom 1. Januar 1986 an Gebühren von den Nutzern zu erheben und dies für das erste halbe Jahr auch nur zur Hälfte. Damit wird auch der Verzögerung in der technischen Einführung Rechnung getragen.

Bildschirmtext – in der Kurzfassung Btx – ist ein Dienst, kombiniert aus Telefon und Fernsehen. Mit seiner Hilfe kann sich der Nutzer Zugang verschaffen zu Informationen wie den neuesten Nachrichten und Sportergebnissen, Sonderangeboten des Einzelhandels, Fahrplänen usw. Er kann per Knopfdruck auch seinen Kontostand abfragen, Überweisungsaufträge erteilen, Eintrittskarten bestellen, Reisen buchen etc.

Gewerbliche Nutzer können mit Btx ein firmeneigenes Informationssystem aufbauen, das zum Beispiel weitauseinanderliegenden Filialen Zugang zum zentralen Firmencomputer verschafft. Auf diesem Wege können zum Beispiel Ersatzteilbestände, Liefertermine oder Zahlungskonditionen abgerufen und ausgetauscht werden.

Bei der Bundespost ist man der Meinung, daß die gewerblichen Anbieter die Vorteile von Btx schon erkannt haben. Deshalb gilt nun das Interesse vorwiegend den Privaten

AUF EIN WORT



„Im Gegensatz zur deutschen Stahlindustrie, die - vom Sonderfall Saar abgesehen - bisher ohne öffentliche Gelder auskam, erhielten unsere EG-Wettbewerber vom Staat Zuschüse von etwa 25 Prozent der Verkaufserlöse. Daß die deutsche Stahlindustrie einen derart ruinösen Wettbewerb solange ohne Hilfen durchgehalten hat, spricht für ihre Leistungsfähigkeit."

Kurt Stähler, Vorstandsvorsitzender der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG.
FOTO: DIE WELT

Bundesanleihe bringt 8,21 Prozent

VWD, Frankfurt

Die Deutsche Bundesbank begibt eine Anleihe der Bundesrepublik Deutschland in Höhe von zwei Milliarden Mark. Der Ausgabekurs beträgt 100,25 Prozent. Bei einer Verzinsung von 8,25 Prozent liegt die Rendite bei 8,21 Prozent. Auch die letzte Bundesanleihe brachte eine Rendite von 8,21 Prozent. Die Laufzeit der Anleihe beträgt zehn Jahre. Zinstermin ist jeweils der 20. Juli. Die Verkaufsfrist läuft von 4. bis 6. Juli. Ein Bankenkonsortium übernimmt Papiere im Volumen von 1,5 Milliarden Mark. 500 Millionen Mark bleiben zur Kurspflege bei der Deutschen Bundesbank. Die Börseneinführung erfolgt voraussichtlich am 7. Juli, teilt die Bundesbank weiter mit.

FINANZMÄRKTE

Dollar-Höhenflug setzt sich fort, deutsche Aktien schwach

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die internationalen Finanzmärkte, vor allem die deutsche Aktienbörse, präsentierten sich gestern in einer unfreundlichen Stimmung. Der Dollar setzte seinen Höhenflug fort. Nach einer amtlichen Notierung mit 2,7971 DM am Montag kletterte sein Kurs gestern zeitweilig bis auf 2,8115 DM, bevor er zum Fixing in Frankfurt auf 2,8077 DM zurückging. Hintergrund des Kursanstiegs ist das neuerliche Anziehen der kurzfristigen Zinssätze in den USA, wo Federal Funds, also Bankentagesgeld, am Montag zum Schluß mit 13½ Prozent gehandelt wurden. Man befürchtet nach wie vor, daß die Zinsen noch weiter steigen werden.

Jetzt zeigt sich immer deutlicher, daß die Streiks in der Bundesrepublik offenbar nur einen geringen Einfluß auf die internationale Bewertung der D-Mark hatten. Jedenfalls hat sich die Mark gegenüber dem Dollar nicht erholt. Sie tendierte allerdings auch gestern ein wenig fester gegenüber dem Schweizerfranken, der gegenüber dem amtlichen Vortagskurs (119,35 DM) bis mittags leicht auf 119,22 DM abbröckelte.

Auch am deutschen Aktienmarkt hat das Streikende in der Metallindustrie nicht die erhoffte Erholung gebracht. Gestern war die Tendenz sogar ausgesprochen schwach. Zum Börsenbeginn verloren viele Standardwerte zwei bis zehn Mark oder bis zu drei Prozent ihres Kurswertes. Erst im Verlauf setzte eine leichte Erholung ein. Die Kulisse, die in der letzten Woche in Erwartung einer Beendigung des Arbeitskampfes Meinungskäufe getätigt hatte, trennte sich gestern wieder von einem Teil ihrer Bestände, weil statt Kauforders aus dem Ausland, auf die man gehofft hatte, Angebot an den Markt kam. Auch die Rentenkurse gaben etwas nach.

FORSCHUNG

Subventionen nur für eine Kohle-Verflüssigungsanlage

HEINZ HECK, Bonn

Frühestens Mitte 1985 wird die Bundesregierung über den Bau einer Steinkohleverflüssigungsanlage entscheiden. Das erklärte Forschungsminister Heinz Riesenhuber bei der Erläuterung seines Etats 1985. Er machte zugleich deutlich, daß der Bund – wenn überhaupt – nur eine Anlage subventionieren wird.

Wegen des gewaltigen Zuschußbedarfs steht und fällt der Bau einer solchen großtechnischen Demonstrationsanlage mit der Bonner Entscheidung. Riesenhuber schätzt die erforderlichen Zuschüsse über etwa 20 Jahre auf mindestens 4,5 Milliarden Mark zu Preisen von 1981. Da dieser Schätzung bestimmte Annahmen über die Entwicklung des Ölpreises zugrunde lägen, komme ein erheblicher Risikofaktor hinzu. Verflüssigung sei zudem kein Einsatzfaktor für deutsche Steinkohle von Dauer und Bedeutung, stellte Riesenhuber klar, sondern ziele auf den späteren Anlagenexport in Länder mit billiger Kohle. Die Braunkohleveredelung sei dagegen „an der Grenze der Wirtschaftlichkeit".

Der Minister sieht im Forschungsetat 1985 von knapp 7,3 Milliarden Mark „ein gutes Ergebnis". In den nächsten Jahren gehe es vor allem darum, die Wirksamkeit der Forschungsförderung zu erhöhen und die Anwendung der Forschungsergebnisse in der Wirtschaft, bei Umwelt und Umweltvorsorge sowie Maßnahmen der staatlichen Daseinsvorsorge zu beschleunigen. Riesenhuber machte die veränderten Prioritäten unter anderem an zwei Beispielen deutlich: Die indirekte Forschungsförderung wird massiv erhöht (Anteil an den zivilen Forschungsausgaben des Bundes von 8,4 Prozent 1982 auf schätzungsweise 23 Prozent 1985), ebenso die Grundlagenforschung (Anteil am Forschungsetat von 28,7 Prozent 1982 auf fast 33 Prozent 1985).

BUNDESETAT 1985

Stoltenberg ist weiter auf Sparkurs – Staatsquote sinkt

HEINZ HECK, Bonn

Mit diesem Haushaltsentwurf 1985 (siehe Tabelle) ist Finanzminister Gerhard Stoltenberg gestern in die abschließende Kabinettsberatung gegangen. Nach Beendigung der „Chefgespräche", die Stoltenberg mit den Ressortkollegen geführt hat, gibt es im Entwurf selbst nur noch unbedeutende strittige Punkte.

Damit dürfte es dem Finanzminister auch im dritten Jahr seiner Amtsführung gelingen, auf Sparkurs zu bleiben und einen nachhaltigen Beitrag zur Senkung der Staatsquote (Anteil der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt) zu leisten, wenngleich künftige Haushaltsrisiken nie auszuschließen sind.

Der Zuwachs gegenüber dem Haushaltssoll 1984 beträgt 1,2 Prozent. Da jedoch der Vollzug des Etats 1984 mit etwa 254 um rund drei Milliarden Mark unter dem Ansatz bleiben dürfte (die Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit werden voraussichtlich um etwa 1,5 und die Zinsausgaben um 0,5 Milliarden Mark niedriger ausfallen als veranschlagt), liegt die tatsächliche Steigerungsrate für 1985 bei etwa 2,4 Prozent und fällt damit im langfristigen Vergleich immer noch sehr bescheiden aus.

Stoltenbergs Ehrgeiz wird es allerdings auch 1985 sein, die Ausgaben unter dem Haushaltssoll zu halten und damit für die 1986 zu erwartenden Belastungen – vor allem die erste Stufe der Steuerreform und höhere Zahlungen an die EG-Kasse – zusätzlichen Spielraum zu gewinnen.

Es fällt auf, daß der Etat des Arbeitsministeriums – mit über 57 Milliarden Mark der größte Einzelposten – um 3,1 Prozent niedriger liegt als im Vorjahr. Dies ist vor allem Ausdruck der allmählichen Besserung auf dem Arbeitsmarkt und das Ergebnis der in den Vorjahren getroffenen Sparmaßnahmen.

Entwurf Bundeshaushalt 1985

Einzelplanübersicht – Ausgaben

	Einzelplan	Soll 1984	Entwurf 1985	Veränderung geg. Vorjahr
		– in Mill. DM –		– in % –
01	Bundespräsidialamt	17,1	17,6	+ 2,9
02	Bundestag	390,7	403,9	+ 3,4
03	Bundesrat	10,4	11,0	+ 5,8
04	Bundeskanzleramt	463,0	475,2	+ 2,6
05	Auswärtiges Amt	2 319,8	2 396,7	+ 3,3
06	Inneres	3 563,6	3 634,8	+ 2,7[1]
07	Justiz	370,5	377,3	+ 1,8
08	Finanzen	3 849,4	3 760,7	- 1,4[1]
09	Wirtschaft	5 623,7	5 051,1	- 10,2
10	Ernährung, Landwirtschaft	6 104,4	6 432,0	+ 5,4
11	Arbeit und Soziales	59 454,4	57 598,5	- 3,1
12	Verkehr	24 651,5	25 140,1	+ 2,0[1]
13	Post- und Fernmeldewesen	9,9	15,0	+ 51,5
14	Verteidigung	47 846,0	49 300,0	+ 3,7[1]
15	Jugend, Familie, Gesundheit	16 598,6	16 073,7	- 3,2
19	Bundesverfassungsgericht	12,5	12,8	+ 2,4
20	Bundesrechnungshof	43,1	42,7	- 0,9
23	Wirtschaftl. Zusammenarbeit	6 417,1	6 630,0	+ 3,3
25	Raumordnung, Bauwesen	5 301,1	5 271,7	- 0,6
27	Innerdeutsche Beziehungen	595,2	615,3	+ 3,4
30	Forschung und Technologie	7 048,8	7 260,0	+ 3,0
31	Bildung und Wissenschaft	4 003,4	3 974,1	- 0,7
32	Bundesschuld	32 718,9	33 835,2	+ 3,4
33	Versorgung	10 265,5	10 015,7	- 2,4
35	Verteidigungslasten	1 618,8	1 709,0	+ 5,6
36	Zivile Verteidigung	808,4	827,8	+ 2,4
60	Allgem. Finanzverwaltung	17 037,1	19 317,9	+ 13,4
	Gesamtsumme	257 143,0	260 200,0	+ 1,2[2]

[1] Unter Berücksichtigung der Personalverstärkungsmittel
[2] Gegenüber voraussichtlichem Ist 1984 = + 2,4 vH.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Teuerung bei 2,8 Prozent

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Preisanstieg in der Bundesrepublik hat im Juni (wie im Mai) bei 2,8 Prozent im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat gelegen. Nach einer Vorausschätzung des Statistischen Amtes stieg der Preisindex für die Lebenshaltung der privaten Haushalte von Mai bis Juni um 0,4 Prozent.

Gehe zu 130 DM

Frankfurt (Wb.) – Die Konditionen für die Plazierung von 8,4 Mill. DM Aktien der Pharmagroßhandlung Gehe AG, München, liegen jetzt fest. Vom 4. Juli an sollen die neuen Aktien zum Preis von 130 DM je 50-DM-Anteil verkauft werden; den Altaktionären wird der Bezug im Verhältnis 2:1 zugesichert. Die Großaktionärin Franz Haniel & Cie. GmbH bleibt mit rund drei Vierteln am Grundkapital von 40,5 Mill. DM beteiligt.

Billigere Weltbank-Kredite

Washington (rtr) – Die Weltbank berechnet für Kredite an Entwicklungsländer in der zweiten Hälfte dieses Jahres erneut etwas geringere Zinsen. Die Weltbank senkt den Zins in der seit 1. Juli laufenden Sechsmonatsperiode von 10,08 Prozent auf 9,89 Prozent.

Einzelhandel mit Einbuße

Köln (VWD) – Nach einem Plus im April haben die deutschen Einzelhandelsfachgeschäfte im Mai wieder eine Absatzeinbuße hinnehmen müssen. Nach Angaben des Kölner Instituts für Handelsforschung setzten die Geschäfte (außer Warenhäusern, Filialbetrieben, Konsumgenossenschaften und Versandhandel) ein Prozent und real rund drei Prozent weniger um als im gleichen Vorjahresmonat, der zudem noch einen Verkaufstag weniger hatte.

Höhere US-Zinsen

Washington (Sbt.) – An Glaubwürdigkeit verlieren die optimistischen Zinsvoraussagen der Reagan-Administration. Das „Wall Street Journal" hat jezt 24 bekannte amerikanische Analysten befragt: Sie alle rechnen in den kommenden sechs Monaten und auch im ersten Halbjahr 1985 mit steigenden Geldpreisen.

BBC-Genußscheine

Frankfurt (DW) – Ein unter Führung der Dresdner Bank AG stehendes Bankenkonsortium bietet den BBC-Aktionären 31,2 Mill. DM Genuß-Scheine der BBC zu Pari zum Bezug an, die mit einem attraktiven Ausschüttungsanspruch ausgestattet sind. Auf je 100 DM Genuß-Schein-Grundbetrag beträgt die jährliche Ausschüttung das 1,6fache der Dividende auf eine BBC-Aktie im Nennbetrag von 50 DM, mit mindestens 5 Prozent p. a.

Produktion gesunken

Brüssel (VWD) – Die industrielle Produktion in der EG ist im April gegenüber März saisonbereinigt um durchschnittlich 1,2 Prozent gesunken.

ILLINOIS-BANK

Probleme noch nicht überwunden

VWD, New York

Continental Illinois hat innerhalb der vergangenen 60 Tage Aktiva im Wert von fast fünf Mrd. Dollar veräußert. Dies macht deutlich, daß das in staatlicher Regie bereitgestellte Hilfspaket von 7,5 Mrd. Dollar nicht ausgereicht hat, den Abgang der Einlagen auszugleichen. Seitdem die Bank Anfang Mai ins Gerede gekommen war, haben deren Kunden über zehn Mrd. Dollar abgezogen. Gegenwärtig spreche alles dafür, daß sich die Probleme bei Continental Illinois verschärfen, heißt es weiter. Die mit der Sanierung der Bank befaßten Experten hatten gehofft, die Probleme durch eine Fusion zu lösen, ehe die Zweitquartalsergebnisse veröffentlicht werden. Dies wird in etwa drei Wochen geschehen.

Wie weiter bekannt wird, muß das Institut täglich auf die ihr eingeräumte Kreditlinie ziehen. Das sind rund zwei Mrd. Dollar mehr, als bisher angenommen worden war. Im Juni nahm das Institut durchschnittlich 4,1 der 5,5 Mrd. Dollar Bankenkreditlinie in Anspruch.

Ein Vertreter des FED wird mit der Äußerung zitiert, Continental Illinois könnte schließlich doch noch zusammenbrechen, falls es so weiter läuft wie im Moment. Die veräußerten Aktiva seien solche recht liquider Natur gewesen, verlautet aus Bankenkreisen. Das bedeutet zwar einerseits, daß Continental sie leicht und ohne größere Verluste veräußern konnte. Andererseits hat sich die Position der Bank dadurch bedeutend verschlechtert, denn u. a. machen jetzt die Problemkredite einen größeren Teil der Aktiva aus – abgesehen davon natürlich, daß die Gefahr größerer Illiquidität droht.

Zu Beginn des zweiten Quartals hatte Continental Aktiva von 41,5 Mrd. Dollar, jetzt sind sind es nur noch knapp 37 Mrd. Dollar. Die staatlichen Hilfsmaßnahmen und die Kreditgarantie der Einlagenversicherungs-Behörde FDIC haben zwar bisher das Allerschlimmste verhindert, doch nicht ausgereicht, das Vertrauen in die Großbank völlig wiederherzustellen. Der Aufschlag von ¼ bis ein Prozentpunkt, den Continental gegenwärtig auf Einlagen gewährt, wird vom Publikum nicht als hinreichender Risikoausgleich angesehen.

ARGENTINIEN / Präsident Alfonsin korrigiert den Kurs der Konfrontation mit dem Währungsfonds

Keine Sanierung ohne die Unterstützung des IWF

WERNER THOMAS, Buenos Aires

Die Nachricht, daß Argentinien doch noch die am 30. Juni fälligen Zinsen von 350 Millionen Dollar gezahlt und zur Entspannung der Schuldenkrise beigetragen hat, erregte viel Aufsehen. Sie dominierte die Schlagzeilen der Zeitungen und die Informationssendungen der Fernseh- und Rundfunkanstalten. In keinem anderen Land Lateinamerikas werden wirtschaftliche Entwicklungen so aufmerksam und gebannt verfolgt. So wird der überforderte Wirtschaftsminister Bernardo Grinspun häufiger in den Medien erwähnt als der Fußballstar Diego Maradona.

Nirgendwo auf dem Subkontinent herrschen allerdings auch explosivere wirtschaftliche Verhältnisse. Die Inflation erreichte die Jahresrate von 568 Prozent, ein Weltrekord. Der Schuldenberg wuchs auf fast 45 Milliarden Dollar. In diesem Jahr soll das Land Zinsen in Höhe von sechs Milliarden Dollar zahlen. Die Exportüberschüsse dürften jedoch nur 3,5 Mrd. Dollar betragen. Hauptaufgabe des demokratischen Präsidenten Raul Alfonsin, seit sieben Monaten im Amt, ist die eines Krisenmanagers.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) ist zur Buhmann-Rolle verurteilt. Vorletzte Woche marschierten 50 000 Jugendliche durch die Straßen von Buenos Aires und schmähten in Sprechchören und auf Transparenten die Behörde. Die Alfonsin-Regierung hat den Konflikt mit dem Währungsfonds gewagt, indem sie die vom IWF geforderten Auflagen nicht erfüllte und stattdessen Gegenvorschläge unterbreitete, die bisher ignoriert wurden.

Es geht besonders um die geplante Erhöhung der Reallöhne um sechs bis acht Prozent, die in Washington auf Ablehnung stößt, weil damit ein weiterer Inflationsschub verbunden wäre. Alfonsin fürchtet jedoch die militanten peronistischen Gewerkschaften, die bereits pausenlos Warnstreiks durchführen und diese Aktionen eskalieren wollen. Auf der anderen Seite braucht er die Zustimmung des IWF für ein dringend notwendiges Kreditpaket von 3,5 Milliarden Dollar.

Der Präsident scheint deshalb eine Kurskorrektur beschlossen zu haben, er tritt dem Währungsfonds nicht mehr so renitent entgegen. Bei einer Fernsehansprache in der vergangenen Woche verlangte Alfonsin von seinen Landsleuten eine Opfer-Bereitschaft und appellierte an das Solidaritätsbewußtsein. „Die Einigkeit ist der einzige Weg zum Erfolg." Aus Regierungskreisen verlautete, daß die Lohnerhöhungen zunächst lediglich den untersten Einkommensschichten zugute kommen sollen.

Die Alfonsin-Regierung war bisher in zwei Lager gespalten. Die Technokraten des Planungsministeriums empfahlen eine Kooperation mit dem IWF, während Wirtschaftsminister Grinspun und seine Berater dem Währungsfonds paroli bieten wollten. Sie sahen die Lösung der Probleme in einem Wachstum der Wirtschaft, nicht in einer Austerity-Politik. Grinspun scheint jedoch letzte Woche von seinen Gesprächen in Washington mit der Überzeugung zurückgekehrt zu sein, daß Argentinien nicht ohne den Währungsfonds seine Verhältnisse ordnen kann. (SAD)

Glatter Wechsel

J. G. – Den einen erwischt es vor der Zeit im Zenit der Macht. Der andere sieht die glatt gedachte Amtsnachfolge in Grabenkämpfe der nächsten Führungsgeneration gezerrt. Der dritte will selbst im hohen Alter das Mitregieren nicht lassen. Für jede Kategorie disharmonischen Wechsels im Vorstandsvorsitz deutscher Großunternehmen gibt es neuerdings Beispiele, die Schlagzeilen machten. Wobei das öffentliche Aufsehen stets zu recht auch der Gefahr galt, daß die Leistungskraft eines Unterehmens zum Nachteil seiner Beschäftigten und seiner Aktionäre Schaden leidet.

Grund genug, aus der Mehrzahl der Positiv-Fälle das jüngste Ereignis hervorzuheben. In schon traditioneller Harmonie hat die Bayer AG, im Aktienkapital die größte deutsche Publikumsgesellschaft, in der letzten Woche auch den neuen Führungswechsel absolviert: Vorstandsvorsitzender Prof. Grünewald löst seinen Amtsvorgänger Prof. Hansen im Aufsichtsratsvorsitz ab.

Mit dem Kaufmann Strenger rückt erstmals ein „Nicht-Akademiker" an die Vorstandsspitze. Abschied und Einstand feierten die Bayer-Leute mit der Presse, routiniert und mit Symbolgehalt: Der scheidende Chef überreichte dem Nachfolger ein Staffelholz als Zeichen des „immerwährenden Stafettenlaufs", bei dem jeder Vorsitzende nur seine Teilstrecke nach bestem Können zu absolvieren hat. Dahinter steckt eine konsequent praktizierte Überzeugung. Der jeweilige Vorsitzende des Weltkonzerns, seit eh und je aus dem eigenen Haus rekrutiert, soll nicht mehr als zwei Fünfjahres-Amtsperioden an der Spitze stehen. Sonst präge er zu Lasten des auf Kollegialität ausgerichteten Führungsstils das Unternehmen zu stark.

Das Risiko, daß dabei auch einmal ein Management-Genie zu kurze Zeit genutzt wird, schätzt man bei Bayer geringer ein als die Gefahr, mit einem über Jahrzehnte und über seinen Leistungsgipfel hinaus amtierenden Konzernchef in die Starrheit zu geraten. Eine weise Selbstbeschränkung der Mächtigen. Vielleicht ist es auch nicht der Weisheit letzter Schluß. Aber Kontinuität in der Führung und Harmonie beim Generationswechsel sichert es allemal. Und schon das ist, wie wir aus jüngster Zeit aus schlechteren Beispielen erfuhren, nicht zu verachten.

PFEIFER & LANGEN / Von den Beteiligungen mit besseren Erträgen profitiert

Trübe Aussichten im Zucker-Bereich

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Der erfreuliche Jahresabschluß dürfe nicht darüber täuschen, daß es derzeit weltweit nicht gut um die Zuckerwirtschaft stehe. Überproduktion drückt die Preise. Mit diesem Mollton kommentiert die Kölner Pfeifer & Langen KG den bei flauem Geschäft 1983 verbesserten Ertrag. Das 114 Jahre alte Familienunternehmen, Nummer zwei in dem von Südzucker, Mannheim, angeführten Dreigestirn der größten deutschen Zuckerproduzenten und hier als einziger ohne Kapitalbeteiligung der Rübenbauern, erlebte 1983 einen scharfen Rückgang seiner Zuckerproduktion um weitere 26 (6) Prozent auf 259 000 t. Im Rahmen des um 5 Prozent gesunkenen deutschen Zuckerverbrauchs habe man jedoch das eigene Absatzziel erreicht.

Nebst Nebengeschäften wird ein auf 877 (836) Mill. DM erhöhter Umsatz ausgewiesen. Der Jahresüberschuß besserte sich auf 16,5 (14,6) Mill. DM, wovon unverändert 7,8 Mill. DM an die Eigentümer ausgeschüttet werden. Der größere Rest stärkt das Eigenkapital auf 198 (189) Mill. DM. Nebst der Hälfte von 41,9 (38,8) Mill. DM Rücklagen-Sonderposten (fast nur Preissteigerungsrücklage) überdecken die Eigenmittel reichlich das Anlagevermögen und finanzieren zu ansehnlichen 34 (32) Prozent das Bilanzvolumen, in dem es traditionell keine langfristigen Schulden gibt.

Passend zu den weniger „zuckersüßen" Zeiten ihres Hauptgeschäfts profitiert die Firma verstärkt von ihren Schritten in die „zuckernahe" Diversifikation. Das Beteiligungskonto von 34,4 (34,6) Mill. DM brachte weiter verbesserte Erträge von 8,5 (7,6) Mill. DM und damit wiederum (wie erstmals 1982) mehr als die Hälfte vom Jahresüberschuß. Glanzlichter blieben da 1983 mit 172 (165) Mill. DM Umsatz das in Paritätspartnerschaft mit dem Münchner Pfanni-Werk betriebene (Convent-) Knabbergebäck-Geschäft und die Instant-Granulate produzierende Beteiligung Krüger in Bergisch Gladbach. Sie wuchs abermals rasant auf nun 89 (65) Mill. DM Umsatz. Die Ende 1980 erworbene Frankfurter Meßmer-Teefirma schaffte gegen verschärften Wettbewerb aus 52 (45) Mill. DM Umsatz noch keinen befriedigenden Ertrag.

Programmgemäß hat Pfeifer & Langen 1983 die Investitionen auf 26,9 (42,5) Mill. DM reduziert und damit erstmals seit 1979 wieder unter die Abschreibungen von 34,5 (32,8) Mill. DM gebracht. Die Ertragskraft reichte auch aus, um die Pensionsrückstellungen um 7,6 (0,2) auf 53,7 Mill. DM zu erhöhen. Nur dadurch stieg der Personalaufwand für die jahresdurchschnittlich 1419 (1421) Beschäftigten stärker als der Umsatz auf 91,7 (82,8) Mill. DM.

ALLBANK

Fusion gut bewältigt

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die mehrheitlich zur Berliner Bank AG gehörende Allgemeine Privatkundenbank AG (Allbank), Hannover, verzeichnet in den letzten Wochen eine deutliche Abschwächung des Geschäfts. Vorstandssprecher Hans-Dieter Meyer führt diese Entwicklung auf den Tarifkonflikt in der Metall- und Druckindustrie zurück. Vor der Hauptversammlung erklärte Meyer, die bis dahin gute Kreditnachfrage sei ab Mitte Mai abrupt zurückgegangen. Bei Konsumentenkrediten, dem Hauptbetätigungsfeld, ergab sich ein Minus von 20 bis 25 Prozent. Stagnierende Tendenz zeige auch das Einlagengeschäft.

Verengt hat sich nach den Worten Meyers die Zinsmarge. Dadurch lag auch das Betriebsergebnis in den ersten fünf Monaten 1984 unter dem Niveau der gleichen Vorjahreszeit. Vor diesem Hintergrund lasse sich die weitere Entwicklung nur schwer prognostizieren. Meyer geht aber davon aus, daß wieder eine Dividende von 10 Prozent ausgeschüttet werden kann.

Für 1983 hatte die Allbank, die erst im Herbst aus der Fusion der NKK Bank AG, Hannover, der WKV Kredit-Bank GmbH, Frankfurt und der WKV Waren-Kredit-Bank GmbH, Hannover, hervorging, zusätzlich einen Bonus von 2 Prozent auf das Aktienkapital von 28 Mill. DM gezahlt. Die aus der Fusion erwachsenen Probleme habe man mittlerweile gut in den Griff bekommen. Um die Produktpalette zu verbreitern und neue Kunden anzusprechen, hat die Allbank vor kurzem auch das Wertpapier- und Depotgeschäft aufgenommen.

Im Geschäftsjahr 1983 erhöhte sich das Kreditvolumen der Allbank, vergleichbar gemacht, nur geringfügig um 1,6 Mill. DM auf 1,01 Mrd. DM. Dagegen nahm das Einlagengeschäft um 11 Prozent auf gut 1 Mrd. DM zu. Die Bilanzsumme erreichte 1,29 Mrd. DM (plus 2 Prozent). Der Jahresüberschuß wird mit 3,36 (1,4) Mill. DM ausgewiesen. Weil die Allbank ihr Kreditgeschäft im wesentlichen aus dem eigenen Einlagengeschäft finanziert, rechnet Meyer nicht mit Konsequenzen aus der jüngsten Diskonterhöhung.

DEUTSCHE ICI / Gewinnsturz verkraftet

Erleichtert ins neue Jahr

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die Deutsche ICI GmbH, Frankfurt, hofft in diesem Jahr wieder das Ertragsniveau von 1982 zu erreichen. Im vergangenen Jahr mußte der Ableger des britischen Chemiekonzerns ICI einen Gewinnsturz von 75 Mill. DM auf 6 Mill. DM verkraften. Der rasante Rückgang beruhte freilich fast ganz auf Produktionsabnahmeverträge mit den PVC-Werken in Wilhelmshaven, durch die deren Verluste erstmals vollständig in die GmbH-Rechnung eingingen.

Diese Verluste sollen allerdings 1984 – gestützt von der Marktentwicklung – deutlich geringer ausfallen. Denn zur Steigerung der Umsätze in der deutschen Gruppe (5300 Mitarbeiter) um 20 Prozent auf 1,4 Mrd. DM im ersten Halbjahr haben die Kunststoffe wesentlich beigetragen: Ihr Umsatz stieg im ersten Quartal um 39 Prozent (auf niedriger Vorjahresbasis), im zweiten immer noch um 26 Prozent. Preiserhöhungen waren an diesen Steigerungen etwa zu einem Drittel beteiligt. Allerdings liegen die PVC-Preise immer noch unter der Gewinnschwelle. Entlastung auch im Farben- und Lackegeschäft: Nachdem 1983 noch 8,5 Mill. DM Reorganisations-Kosten für rote Zahlen bei der Tochter Hermann Wiederhold sorgten, brachte das erste Quartal 1984 hier ein deutlich positives Ergebnis. Der Streik in der Autoindustrie hat die weiteren Erwartungen aber gedämpft.

Daß die deutsche ICI-Gruppe 1983 mit ihrer Umsatzsteigerung um 23 Prozent auf 2,47 (2) Mrd. DM so deutlich über dem Branchenplus von 8 Prozent lag, hatte seine Ursache nicht zuletzt in einer Reihe von Akquisitionen, die ein Volumen von 200 Mill. DM mitbrachten. Am Gesamtumsatz waren die Exporte mit 36 Prozent beteiligt, sie kamen auf eine Zuwachsrate von 31 Prozent.

Die Investitionen des vergangenen Jahres von rund 40 Mill. DM flossen überwiegend in die Verbesserung der Produktionsanlagen für Fasern und Lacke. Auch von den 45 bis 50 Mill. DM, die für 1984 geplant sind, sollen runde 50 Prozent auf die Modernisierung des Faserbereichs entfallen.

KARTELLKONFERENZ / Berliner Bedenken gegen Gemeinschaftsforschung

Für Wettbewerb um Innovationen

HANNA GIESKES, Berlin

„Wir alle müssen uns den Herausforderungen der vierten industriellen Revolution stellen." Wolfgang Kartte, Präsident des Bundeskartellamtes, hält es für gefährlich der technischen Entwicklung durch Subventionierung überholter Strukturen und damit Abschottung nationaler Märkte begegnen zu wollen. Ein Land, das solche Maßnahmen ergreife, „klingt sich aus der internationalen Arbeitsteilung aus, mit allen negativen Folgen für Wachstum und Wohlfahrt", sagte Kartte während der Internationalen Kartellkonferenz 1984 gestern in Berlin.

Besonders kleine und mittlere Unternehmen seien jedoch oftmals überfordert, wenn sie diese Bürde allein tragen müßten, sagte der Präsident weiter. Das insgesamt große Innovationskapital gerade dieser Unternehmen könne nur ausgeschöpft werden, wenn die Wirtschaftspolitik rechtliche Möglichkeiten für eine nationale und internationale Kooperation bei Forschung und Entwicklung schaffe.

Kartte machte jedoch deutlich, „daß für den Kartellbeamten die Alarmglocken dann zu läuten beginnen, wenn Unternehmen eine Gemeinschaftsforschung verabreden, obwohl sie das Projekt auch allein realisieren können". Es gehe nicht an, daß solche Zusammenarbeit zur Monopolisierung von Märkten mißbraucht werde, die das Kartellamt beispielsweise beim inzwischen untersagten Glasfaserprojekt vermutet.

Rudolf Sprung, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundeswirtschaftsminister, unterstrich, daß der „Wettbewerb um Innovationsvorsprünge" nicht beeinträchtigt werden dürfe: „Wenn mehrere Unternehmen ihre Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten zusammenfassen, dann entfällt dieser Wettbewerb." Auf der anderen Seite dürfe das Entstehen leistungsfähiger Unternehmenseinheiten durch Kooperationen nicht behindert werden, betonte der Staatssekretär.

Den Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland bescheinigte Sprung „eine nach wie vor hohe Konkurrenzfähigkeit, wenngleich sich nicht in allen technologischen Feldern ein einheitlich günstiges Bild ergibt". Eine staatliche Förderung von Forschung und Entwicklung lehnt Sprung ab, denn der Staat hätte normalerweise keine besseren Informationen über zukünftige Entwicklungen als die Marktteilnehmer.

„Wenn der Staat Forschung fördere, dann solle dies indirekt geschehen, etwa über Erleichterungen bei Abschreibung, forderte Heinz Nixdorf, Vorsitzender des Vorstands der Nixdorf Computer AG. Er räumte zwar ein, daß das dem „Gießkannenprinzip" entspreche, aber es sei allemal besser als Beamte darüber nachdenken zu lassen, welches Projekt wo zu fördern sei. Den Veranstaltern der Konferenz gab Nixdorf zu bedenken, daß sich auf den Weltmärkten riesige Unternehmen ungehindert etablieren könnten, „während man sich hier darüber unterhält, welche Grenzen das Wettbewerbsrecht der Kooperation in der Forschung setzt".

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bochum: Nachl. d. Erna Dorothea Rüger; Günter Klees; **Düsseldorf:** G.M.A. Ges. f. Material-Abnahme mbH; G.M.A. Ges. f. Material-Abnahme mbH & Co. KG; **Frankfurt:** Nachl. d. Claudio Nicolino Virginio Cortellini; **Fritzlar:** Liane Möller geb. Ottowski, Kauffrau, Zwesten; **Herford:** S + B Särge Produktions- u. Vertriebsges. mbH, Enger; **Karlsruhe:** Nachl. d. Gottlieb Görnnert; **Kassel:** Holger Behn, Installateurmeister; **Mainz:** Anna Maria Kornstädt geb. Natterer; **Mönchengladbach:** Bierbaum & Riedel Estriche GmbH, Jüchen; **Rosenheim:** Nachl. d. Burkhard Hoppe; **Soest:** Reinhold H. Lehmann GmbH, Lippetal-Oestinghausen; Josef Hölscher, Rüthen. **Wiesbaden:** Nachl. d. Klaus Gustav Leonhardt.

Anschlußkonkurs eröffnet: Flensburg: Ulrich Lewerenz; **Stuttgart-Bad Cannstatt:** Krahn GmbH & Co. Bauunternehmen.

Vergleich beantragt: Betzdorf: Robert Klein, Kaufmann, Helmenzen/Oberölfen; **Crailsheim:** Speer & Gscheidel; Speer & Gscheidel Bau GmbH; **Deggendorf:** Eduard Hödl, Bauunternehmer, Kirchberg; **Düsseldorf:** EMG Energie-Maschinen-GmbH; **Geilenkirchen:** ELO GmbH Radio Fernseh Elektronik Groß- u. Einzelhandel; **Karlsruhe:** Bakurec Kunststoffhandel u. -recycling GmbH; **Trier:** Kurt Schon, Konz-Könen.

AKTIENBÖRSEN

Börse	Aktie	3.7.	2.7.
H	Aach.M.Beteil. 9	975 G	990 G
H	Ach. M. Vers. 4+1	310 bB	310 G
D	Aach. Rück. 9	977 exD	920 G
D	Aktab *4	308 exD	285 T
M	Ack-Gögg. 0	112,5	112
H	Adca 0	116	115,5 G
D	Adler 6	298 G	298 G
F	Adt AG	126	130
F	AEG-Telef. 0	95	96
D	AEG-Kabel 8	94,2	260 B
S	Asko-Isp. 8	510	509,5
F	AGAB 5	120	124
D	Agrippina 7	610 G	610
M	Aigner 0	220 bB	230
M	dgl. Vz. 0	211	218,5
M	[illegible]	276 bG	272
M	Alt. Kaufh. *18	1400 B	1430
H	Alg. 9	310	513,5
H	Albingia 7	576 G	576 G
D	Alexanderw. 0	315 T	315
Hn	Allerthal *0	180 G	187 G
S	A.Ro. **6,5+1,75	1650 G	1660
S	dgl. **6,5+1,75	1180	1180 G
S	d. 55% E 5,5+1,75	2060	2110 bB
D	Allianz Leb. 9	4050	4050 bG
D	Allianz V. 10	774	793
S	Allweiler St. 8	315 G	315 exD
S	dgl. Vz. 9	230 TG	225 exD
F	Ankopo 10	305	306,8
F	Andreae-N.Z. 8	150	155,2
H	Audi NSU 0	260 B	260 G
M	Augsburger Kg. 0	99,5	100 G
S	Badenwerk 6	129	130,5ex
F	Bd Württ.Bk. 9+1	409 G	407,5 G
D	Balcke-Dürr 0	185	186
F	Bärlag. v. 1899 *12	425 G	425 G
D	Banning ** 20	930 G	930 G
H	BASF 7	154,7	157,5ex
H	Bavaria 3	185	186 G
D	Bayer 7	159,7	163
F	B. Br. Sch-J 6	280 G	380 G
M	Bayer. Hdlb. 10	285 G	275 bG
M	Bayer. Hamm. *12	1250 G	1250 G
M	Bayer. Hypo 9	276 bG	277
M	Bayer. Lloyd 0	288 B	290 B
H	BMW 10	380	401
M	Bayer. Vbk. 10	316	320
H	Beiersdorf 8,5	340	343
F	BHF-Bank 9+1,5	248	252,5
B	Berl. Kindl 4,5	119	118
B	Bekula 5+1	95	92
D	Berthold 0	275	275 bG
S	Bill +Berg 10	214	215
F	Binding 7	219	219
M	[illegible] 9,5	1085 B	1085 B
D	Boch.Ges. St. 0	275 T	280 T
D	Bonner Zement 7	210 B	210 B
F	Brau AG 3	182 bG	182 T
M	Brhs. Amb. *5+5	830 G	830 G
F	Braun Vz. 15,2	450 G	450 G
H	Br.H Hypo 10	315 G	315 G
Hn	Brisch Julg *0	98 G	92 G
H	Brehlens. C. *28	540 G	– B
H	Br.-Strabo. *0	410 T	410 T
H	Br. Vulkan 0	65,5	66,5
F	Br. Wollk. 5	126,5	126,5
F	BBC 6	217,5	224
S	BSU Textil *4 20	1250 G	1250 G
D	Buckau-W. 0	141 bG	157 G
D	Buderus *12	430 G	430 D
M	Bgl.Br.Ing. *11+1	740 G	740 G
S	Bgl.Brh.Rav. *0	375 G	370 G
S	Cahn D. **18	805 G	805
F	Cassella 10	410	415
F	Coag 0	115	112 G
F	Chem. Vw. *0	285,1	285,7
D	Colonia 5	310 G	310 exD
D	Commerzb. 0	154,8	157
D	Cobl. Rosta RM	10,9 T	10,9
D	Conc. Chem. *7+8	250 bG	250 G
B	Conc. Sp. *0	370 T	370 T
D	Contigas 7,5	368	375
D	Conti Gummi 0	176	178
D	[illegible] St. 6,875	264	265,8
D	dgl. Vz. 12,9	445 bG	445 G
S	Daimler 10,5+1	545,1	575
M	Deckel AG 0	125 bB	125,5
D	Dt. Atl. Tel. 9	370 G	370 G
H	Deag 0	316	310
D	Dt. Babcock St. 0	152,5	154
D	dgl. Vz. 0	151,5	155
F	Dt. Bank 11	340,8	344,2
D	Dt. Centrb. 12	490 G	490 G
D	Dt. Conti Rück 8	3500 T	3500 G
D	dgl. NA 0	1100 T	1140 G
F	Dt. Eff.+Wbk. 8	331 G	331
F	Degussa 9	389	388
H	Dt. Hyp. H.-Bln. 9	236 G	239
H	Dt.Hyp.F.-Br 10-2,5	395 G	394
S	DLW 10	280	286
Hn	Dt. Spezialgl. 8	215 G	213 G
F	Dt. Steinz *6	250 T	234 B
H	DoTeWe 6,9	405 T	410
F	Dt. Texaco 7,7	274 exD	230 T
B	Dt. Eisenb. *0	155 G	155 G
M	Diamalt 0	96 bB	95
D	Didier 5,5	166	171,8
F	Dt.bl-Quellen 7,5	250 G	250 G
D	Dierig Hold. 0	178 G	178
D	Dittm. & N **60	3940 G	3940exD
D	DAB 5	117,9	117,8
D	Dm. Ritter 7,7	280 G	250 G
D	DUB-Schultn. 7	244,5	247
D	Ducomag 4	118	118
D	Dresdn. Bank 6	154	154,5
D	Dyckerh. Z 5	232 G	254 G
D	dgl. Vz. 5	230	232
F	Dywidag 8	186	179,5
D	Edelst. Witten + 0	220 B	220 G
F	Eichbaum-Br. 5	170 G	170 G
D	Elsb. Verk. 10	252 G	252
M	Ekatit-Ried. 5	7,6	7,6
H	Elbschloß 5,5	390 G	390 G
M	En. Obrfr.N 4,5	275 B	275 B
M	En. Ostb. 5+1	270 B	270 B
M	Eukraft 0	39	39
B	Engelhardt 7	235 G	235 G
D	Enka 6,67	160	159 exD
M	Erlus 10	505 bG	505 TB
M	Ersta Kulmb. 8	1000	1000 G
S	espi *0	17,5	16,5 G
S	Essl. Masch. *6	245 G	245
M	Esterer **16	–	510
D	Farb. Liqu. RM 0	8,35	8,35
F	Flachglas 8	245 T	248 T
D	Ford 0	1060 T	1100 T
B	Forst. Ebn. *4	2300 B	2250 B
M	Fr. Oberl. Wk. 5	375 G	372 bG
F	Frankf. Hypo 12	510 G	510
F	Frankona R. 5	340 G	340 G
F	dgl. NA 5	275 G	275 G
F	dgl. 50 % E. 2,5	220 T	230 T
H	Geestm. Bk. 3	– G	160 B
M	Gehe *10	282	285
D	Gelsenwasser 6+0,5	154	152,5
D	Gerresh. Gl. 0	137,1	138,5
F	Gestra	152	153,8
D	Gildem. 0	65	66
D	Girmes 0	159,8	165
D	Glas & Sp. *11	240 bG	240 G
D	Goldschm. 4	169	172
M	Gkw. Frk. *7	265 B	265 B
F	Grünzw. H 4	128,5	128,4ex
H	Guano *0	450 G	430 G
D	GHH St. 5	138,5	143,5
D	GHH Vz. 5	133,5	135,5
M	Hacker-Pschr. 25,3	1285 G	1285 G
H	Hagada 0	112 G	112 G
D	Hagen Batterie	129 T	131,5
H	Hah.-Meurer *0	140 G	140
D	Hamborner 7	246	248 G
H	Hbg.Hochb. *4,64	93	90 G
H	HEW 5	89,1	87
H	Hdl. Lub. 8	299	290 G
H	Harmstorf 5	112 G	112 G
D	Harpener 9	292,5bB	304,5
F	Hartm. & B.St.N 3	445 G	445
F	dgl. Vz. 3	350 G	350 G
M	Hasen-Bräu 9	1055 G	1056 G
S	Heidelb. Zem. 6,5	465	472
M	Heilit & W 5	304	297 G
D	Hein. Lehm. *0	195 G	195 G
D	Heinr. Ind. *8+2	394	395
H	Hemmoor 12,3	270 G	260 G
F	Henninger 0	118,7	118,5
B	Herlitz 8	241,5	243,5
B	dgl. Vz. 9	238,5	244
B	Hermes 4	350 G	330 T
S	Hessor *14,5	385 G	385 bB
D	Hindr. Aufl. *5	185 T	180 G
D	Hochtief 9+7	580	581
D	Hoechst 7	163	166
D	Hoesch 0	109,5	113,5
M	Hofbr. Cbg. 7	655 TB	645 bB
D	Hoffm. St. 0	185	182 T
S	Hohner *0	270,5bG	275 TB
H	Holsten-Br. 6+1	265	262
F	Holzmann 10	440,5	440,5
D	Horten 0	165	170 T
B	Hw. Kayser *12	251 G	251 G
D	Hussel 7	250	253
D	Hula Hagerfeld 0	69	69 bB
M	Hutschenr. 9	258 bG	269
H	Hypo Hbg. 10+2,5	420 G	425 G
D	IKB 7	169	169
S	IWKA 0	229,5	235
M	Isar-Amper 6	290	290 bG
D	Isenbeck *9,5	320 G	320 G
H	Jacobsen *8	615 G	615 G
H	Jute Bremen 3	177 G	177
D	Kabelmetal 2,5	146	147
D	Kali Chemie 10	313	315 G
D	Kali u. Salz 4	210	214
D	Karstadt 6	225	243
D	Kaufhof 6,5	216	218
B	Kempinski 3,5	201	208
D	Koramag 0	160	161
F	KSB 4	165	166 T
F	dgl. Vz. 5	150	152
Hn	KWS 6	350	350
D	KHD 7,5	228	230,5
D	Klöckner-Wk. 0	60,2	62
D	Kochs-Adler *14	365	358
D	Köln-Düssd. *15	355 T	355 T
D	Köln. Rück. *18	800 G	805 bB
B	Kötitzer *0	195 B	195
S	Kolb & Sch. 0	140,2	138
S	Kolbenschmidt	161	164,1 G
F	Kr. Rheinf. 6,5+1	200 G	200
S	Kraft Ahw. *14	520 bG	520 G
M	Krauss-Maffei *15	1850 G	1850 B
D	Kromschr. 7,5	161 bG	164 B
D	Krupp-Stahl *0	78,1	78,5
H	Kühltr. *8	800 G	800 T
D	Küppersb. *0	257 G	257 G
D	KKB 10	460	470 T
F	Kupferberg *16	700 B	700 B
F	Lahmeyer 10	339	345 G
D	Langenbr. 10	1380	1375 G
D	dgl. Vz 10,5	1375 G	1375 G
F	Lech Elektr. 7,5	290 G	290 G
D	Leffers 11	244	245
B	Lehmann 0	72 G	72 G
M	Leon. Drahtw. 10	316	324 bB
F	Linde 9	370	373
Hn	Lind. Gildem. *13	503 G	503
M	Löwenbräu 16+3	1450 G	1450 G
D	Lufthansa 2,5	144	144,5
D	dgl. Vz. 2,5	142	143 bG
D	Magd. Feuer 7,5	610 T	600 T
H	Maihak 3	147	150 B
F	Mainkraft *15	500 bB	495 T
F	MAB 6,5	375 B	375 B
F	dgl. Vz. 6,5	–	–
D	Mannesmann 6	140,5	140,5
F	Mannh. Vers. 8	490	490
H	Markt & K. 10+2	310 G	324 G
F	MAN St. 4	139	141
F	dgl. Vz. 4	140	142,5
F	MAN-Rol. 16+4,7	356 G	355 G
S	M.Müll.Weing. *8	258	257,8 G
D	Mauser 0	89 bB	90 bB
F	Mercedes 10,5+1	474	484
F	Metallges. 0	220,1	275
S	Mer. u. Lack 0	138	139 B
S	Muag 6,5+1	367,5 G	367,5 G
F	Moenus 0	70,8	72,5
F	Monachia 5	–	–
Hn	Mühl. Rün. 4	159 G	159 G
M	Mü. Rück. Inhab. 9	1050 bB	1085
M	dgl. 50% E. 9	696	700
M	NAK Stoffe 0	71 bG	70,5
S	Neckarw. Essl. 7	255	250 exD
F	Neckermann 0	81,2	84,5 bB
M	N. Bw. Hof 8	230 bB	229
M	Niedermayr *4	230 bG	217 G
D	Nixdorf	469,9bG	477
H	Nordcement 2,5	163 G	163 G
H	Nord Steing. 0	92,7	93
D	Nordstern A. *10	765 T	765 T
D	dgl. NA *5 *10	735 G	735 G
B	Nordst. Leb. *16	3500 T	3340 bG
H	NWK St. 9,375	196	195
H	dgl. Vz. 9,375	166,5	167
H	Old. Ldbk. 8	250	250 G
D	O & K *0	192	194
H	Otavi 3	97 B	96 B
F	PWA 0	93,5	95
F	Parkbräu *14	410 B	420 B
M	Patrizier-Br. 0	247 G	247 G
M	Paulaner 34	1800 G	1800 G
D	Pegulan 7	245 G	245 bG
D	dgl. Vz. 8	245 G	245 G
F	Pfälz. HypoF 10+2,5	485 G	485 G
F	Pfaff 5	164 bB	162
D	Philips Kom. 5	417	430
H	Phoenix G 3,5	128	129,6
F	Pittler Masch. 0	59	59,5
D	Pongs & Z. 0	–	–
S	Porsche	981	991
M	Porz. Walds. 0	175 G	175 B
H	Preussag 8	259	265
S	Progress 8	240	238 TG
M	Rathgeber *8	390 G	390 G
D	Rav. Spinne 0	220 bG	210 G
F	Reichelbräu 7,5	400 G	400 G
H	Reichelt 0	–	123 T
S	Rheinel. 10	484 G	488 G
F	Rhein. Hypo 9	440 G	442
D	Rhein. Textil *6	390 T	390 T
D	Rhein. Boden 6	156 bB	156 bG
D	RWE St. 8	159,8	160
D	dgl. Vz. 8	156,7	159,2
D	RWK 0	280	280
D	Rheinmetall 6	288	294
D	Rhenag 7	295 T	290 T
Hn	Rhd. d. H. *11	435	427
H	Rind Sth A **0	800 B	815 B
H	dgl. Ut. B **0	600 B	615 B
F	Rosenthal 8,5	–	238,5
H	Ruberoid 5,5	750 G	–
D	Rütgers 7,5	315	325 exD
S	Salamander 7,5	166	167 bG
H	Scheidem. *5,1	138 T	138 T
D	Schering 10,5	339	344
D	Schiess 4	116 bG	115
M	Schlenk 4	185 G	185 G
F	Schloßqu.H. *14	–	–
D	Schub. & Salz 0	93,8	97 bG
S	Schw. Zellst. *0	272,5	266 bG
H	Securitas *0	420 T	420 T
F	Seitz Enz. N. 5	190	190
S	SEL 10,5	382	397,5
S	Sekt Wach. *16	795 G	795 G
H	Siemens 8	387	393,5
F	Sinalco *15	475 G	472,1 G
F	Sinner 12	295 G	295 G
H	Sloman Nept. *0	115 T	115 T
M	Sp. Kolbm. *14	800	794 bG
S	Sp. Pfersee *16	750 bG	740
D	St. Bochum *6	190 T	190 T
H	P & S *8	155 B	155
F	Steigerb. *12	1460 G	1460 G
F	Stempel 4	147	149 G
D	Stern-Br. 0	175 bG	177
D	Stinnes 18	585 G	585 G
B	Stock 1,92	388 G	390 T
D	Stöhr 0	97	97
D	Stollb. Zink 20	880 G	880 G
D	Stollwerck 7+2	425	430
D	Strabag 10	185	185
M	Stumpf 0	121	122 bG
M	dgl. Vz. 0	127 B	129 B
M	Stürtz **80	4435 G	4435 G
S	St. Bäckerm. *0	250 B	250 B
S	St. Hofbräu 7,5+4	[illegible]	730
S	dgl. Vz. 8,5+4	550 bG	530
M	Süd-Chemie 10,5	369 B	369 B
M	Südboden 10	358	358
S	Südz 10	316 G	316 G
B	Temp. Feld. *4	600 G	600 G
B	Terr. Rud. **9	2000 G	2000 G
Hn	Teut. C. Vz. 3+3	152 G	157 G
D	Thür. Gas 7,5	335 G	335
F	Thuringia 10	765 G	770 G
D	Thyssen 2	80,1	82,2
D	Thyssen Ind. 1,2	64,5	66
H	Triton-Belco 4	124	127 G
M	Triumph-Adler 0	425	430
M	Oberl. Ufr. 5	325 G	325 G
H	Ostra Hann. V 1	115 T	115 T
F	Varta 6	175,8	173,5
D	Veba 7,5	166,5	168,2
F	Veith-Pirelli 7,5	190 G	190 G
M	Ver. Aach.-Bln. *13	1320 TG	1300 TG
M	dgl. N.A. *13	1270 TG	1270 TG
S	IV Alt.u. Str. *0	160 B	160 B
F	VDM 6,666	–	–
D	V. Dt. Nickel *0	118	121
D	VEW 6	117	117
S	Ver. Filz *0	147 G	141 bG
F	VGT 7	138,5 B	140
H	V. Kammgarn 0	26,5	27
M	V. Kunstm. 5	158 G	158 G
D	V. Rumpus *0	144 G	144 T
D	V. Seidenw. St. 0	112	112
H	V. Werkst. 0	115 T	115 T
H	Vereins-Westb. 10	297	294
M	Vbk.-Nürnbg. 10	355 G	358
D	Vict. Leben *16	3900 T	3950 T
D	dgl. 50% E. *8	3190	3190
F	Vogele 5	132 bB	134
M	Vogtl. Bwsp. 8	180 B	182 bB
D	VW 0	186,5	191,5
M	Wanderer *8+1	306	295 bG
D	Wedag 5	160 G	160 G
F	Wella	442	459
D	Westag & Get. 0	78 T	80 T
F	Wickrath *6	400 bG	400 G
Hn	Wilke *0	9 B	9 T
S	Wolld. Weil 0	143 G	143 G
S	Württ. Cattun 10	350 G	350 G
S	Württ. El. 9	410 G	410 G
S	Württ. Feuer 9	565	565
S	Württ. Hypo 10+1	485 G	485 G
S	Württ. Lein. *16	1600 G	1600 G
S	WMF 0	158 bG	162,8
S	dgl. Vz. 3	158	158
S	Württ. Bd. *18	1350	1400 TB
M	Würzb. Hofb. *0	346	350 B
M	Zahnr. Renk. 7	332 TB	334 G
D	Zanders	182,5	183,5
S	Zeag Zement 8	331	325 TG
S	Zeiss Ikon *10	240 TG	240 TG
M	Zucker & Co *0	390 B	390 B
S	ZWL Gr. & Bau. 8	670 TG	665

Freiverkehr

Börse	Aktie	3.7.	2.7.
Br	AG Weser *0	84 bG	90 T
Hn	Allbank 5+1	214,5	215,5 G
F	Alldephi G.*7,875	120,4	120,6
F	Asko 6	875 T	879
H	Audi Gen. **0,16	0,40	0,40
H	Autania 10	445 G	445 G
F	Bad Salzschl. *0	480 G	480 G
Br	Bkv. Bremen 5	210 G	212
D	Bw. Gronau **0	405 G	410 G
H	Bau-V.Hbg *2,56	390 G	382 G
H	Behrens J.F 0	93	96
B	Bergmann 7	307 G	308 G
S	Br. Cluss 5	700	635
Hn	Br. Feldschl. **66	4900 G	4900
F	Br. Moninger 0	135 B	134 G
Hn	Brschw.M. 3	104 G	104 G
Br	Brem. Lager 4	90 G	91 bB
Br	Brem. H.Ex **0	6200 G	6200 G
D	Babcock BSH *0	350 G	350 G
Hn	Ch. Oker *16	– G	– G
B	Chem. Brockh. 7+1	266 G	266 G
H	Dölme 4	165 G	165 G
S	Dinkelacker 7,5	1500 TB	1640
D	Dor.-Basalt *10	318 G	318 G
D	Dorst. Masch. *0	500 G	500 G
H	Drägerw. Vz. 7	229	228
H	dgl. Gen.	130	130
Hn	Einb. Br. 10+1,5	470 G	470
D	Eisen u. Hütt. *8+6	233 bG	235
M	Electronic 2000 20	535 bG	530 bB
Br	Elekt. Worth 0	117	107,5bG
B	Eschweil. Berg *0	100 B	100 B
D	Gemn AG *2,56	320 T	320 T
M	Gemn. B.W. *3,84	115,1	115
B	Gruschwitz *4	345 T	345 T
B	Gunther *0	300 B	300 B
H	Haake-B. *16	175 B	180 G
H	Hbg. Getr. 6	120	120
H	dgl. Vz. 6	112	114
H	Hann. Papier 4	124	128
H	Hapag-Lloyd 0	67	67,3
Hn	Hbrt. Wolt. *12	550 G	550 G
F	Hornschuch 9	129	132
F	Katz Werke 0	135	135 G
M	Kerkerbachb. 25+5	278 bB	280 bG
S	Knoeckel 2,50	126 B	126
M	Knorr-Mech. 6	140 bGr	138 bGr
F	Koepp 3,5	117	117
M	Kraftw. Haag *17	995 TG	995 TG
H	Kuhlhaus *0	400 G	420 G
F	KKK St. 8+2	285 G	282 G
F	dgl. Vz. 10,625	280	280
D	Lohnkering 7	226 G	226 G
Hn	Meinecke *24+6	560 G	560 G
H	NY H. Gummi 0	52 B	56 B
H	Nordd. Hypo 5	150 B	151 B
H	Oelmühle 10	207	207
Hn	Phywe *6	170 B	170
B	Pomm. Zucker 15	830 G	830 G
F	Riebeck M **1,13	285	298
D	Rösler 5	280 G	280 G
D	Rückforth 17	235	238
H	Schichau Uw. 0	110 G	106 G
S	Schloßg. St. 22+2	1550 G	1540exD
D	[illegible] *15+3	400 T	400 T
S	Schwabenverl. *6	261 G	261 G
F	Schwolf 0	60 G	68 B
M	Solenhofer *12	1400 G	1400 G
B	Spinne Z. **60,9	1420 G	1420 G
S	Swd. Salzw. 5	280	280 G
M	Triumph Int. 7,5	136 B	136
M	dgl. Gen. 3,75	65,5 TB	67 bBr
M	Triumph-Inv. *10	205 G	205 G
D	VA Verm. *0	385 G	389 G
M	VFS Verm. *20	700 B	700 B
Hn	V. Schmirgel *12	815 G	815 G
D	Vict. Feuer *16+2	1850 G	1850 G
D	Walther 13,5	425 T	425 T
D	Wasag *8	370 T	375 T
D	WY Kupfer *7	–	–
D	dgl. Vz. *9	620 T	620 T
D	W. Zellstoff 0	144 bB	140 T
Br	Wilkens *18	405 T	406 G

Ungeregelt. Freiverkehr

Börse	Aktie	3.7.	2.7.
M	A. Alpenm. 14%	380 TB	380 bBr
F	Allgussa *16	950 G	950 G
F	Alte Lepz.B**7	468 G	468 G
F	dgl. 50% NA *5	449 G	449 G
M	BCT	175 bG	176 bG
F	Berl. AG Ind. *4	220 G	220 G
D	Berl. Leben 9	–	–
M	Bomard **78+7	3150	3150
F	Bibl. Institut 5	525 G	525 G
F	Bürst. Kränzl *0	330 G	330 G
D	Dochz. Idunah *0	650 T	650 T
F	Deero Lonz *6	173 G	173 exD
F	Diskusw. 0	70	70 G
F	DM Hansa 5,55	210 G	210 G
D	Garbe, Lahm. 0	170 bB	178 bB
F	Gas. K'laut 7,5	350 B	325 B
F	Georg A. 6,5	177 B	177 exD
F	Gerling **50	1385 G	1385 G
F	dgl. NA 5	137,5 G	137,5 G
F	dgl. Vz. 5	138	136 G
D	Germ. Epe 0	75	75
F	Grossm. *13	260 B	260 B
F	Hohlw. Obero *0	130 B	130 B
D	Koenig & B. 5+2,5	195 G	190 bG
D	dgl. NA 5+2,5	180 T	180 T
D	Koln Verw. 3,5	–	–
F	Kort Stahl 0	9,6	10
F	Longbein-Pf. 0	74 G	73
F	M. Fahr *10	505	505
S	Min. Oberk. 8	429,5	429,5
Hn	Nwd. Hele *11	440 G	440 G
Hn	Osn. Bierbr. *0	265 G	265 G
F	Papier Weiss 0	155	155 T
F	Sarona V. 8,25	225	225
D	Schott *0	–	–
F	Schwab 5	350 B	350 B
M	SM Software	330 G	330 G
M	Tewidata	146,5	150,2
F	Tonw. Wiesl. *10	820	840
F	Vorilas G. 3	400 B	400 B
F	Westdr. Vict. 0	100	103 G
F	Wibau 4	7	7

Unnotierte Werte

Börse	Aktie	3.7.	2.7.
F	Global Nat **0	14,40	15,2
F	Henninger Can	2,5	2,4
F	Properties Int	–	–
F	Lac **0	–	1,01

D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, B = Berlin, Br = Bremen, M = München, S = Stuttgart. * Stücke in 100 DM, ** abweichende Stückelung, kein Zeichen = Stücke in 50 DM. (Kurse ohne Gewähr)

Berufshandel baute ab

Enttäuscht darüber, daß es nach Ende des Streiks in der Metallindustrie bei den Aktien nicht zu der vielfach erwarteten Kaufwelle gekommen ist, löste sich der Berufshandel von Positionen, die er in der vergangenen Woche in den meisten Standardaktien aufgebaut hatte. Erst gegen Börsenschluß zeigte sich auf der deutlich ermäßigten Basis einige Widerstandskraft. Am meisten von der Schwäche betroffen waren erneut Autoaktien. Unter Druck blieben aber auch die Warenhauswerte, insbesondere Karstadt.

Irritiert durch den steigenden Dollarkurs gaben die öffentlichen Emissionen trotz eingreifender kurspflegenden Stellen weiter nach.

Wegen der Streikaktionen der IG Druck und Papier ist es der Redaktion leider nicht möglich, außer den deutschen Kursen auch die Notizen der Auslandsbörsen zu veröffentlichen. Wir bitten um Ihr Verständnis.

FINANZANZEIGEN

Die WELT ist in 8.000 Orten der gesamten Bundesrepublik einschließlich West-Berlin verbreitet, sowie mit etwa 5% ihrer Auflage in 137 Ländern aller Erdteile. W 3517

Deutsche Texaco AG, Hamburg



Jahresabschluß zum 31. Dezember 1983 (Kurzfassung) – in Tausend DM –

Teilkonzern-Bilanz

AKTIVA	1983	1982
Sachanlagen	680 918	618 466
Finanzanlagen	272 827	273 352
Vorräte	895 556	985 661
Flüssige Mittel	241 832	132 529
Wertpapiere	102 519	102 519
Forderungen	651 932	1 280 812
Rechnungsabgrenzungsposten	9 575	10 003
	2 855 159	3 393 342

PASSIVA	1983	1982
Grundkapital	500 000	500 000
Rücklagen	191 630	191 630
Ausgleichsposten aus der Konsolidierung und für Anteile in Fremdbesitz	1 064	1 062
Sonderposten mit Rücklageanteil	381 099	492 407
Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	16 039	18 010
Rückstellungen	937 632	886 408
Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren	8 097	13 508
Andere Verbindlichkeiten	775 807	1 240 484
Rechnungsabgrenzungsposten	1.117	788
Konzerngewinn	42 674	48.047
	2 855 159	3 393 342

Teilkonzern-Gewinn- und Verlustrechnung

	1983	1983	1982	1982
Umsatzerlöse				
Bruttoumsatzerlöse	10 670 483		11 196 302	
darin enthaltene MwSt	1 070 624	9 599 859	1 075 381	10 120 921
Veränderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		2 524		108 773
Andere aktivierte Eigenleistungen		23 237		31 380
Gesamtleistung		9 620 572		10 043 528
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren		6 445 242		6 852 656
Rohertrag		3 175 330		3 190 872
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen und aus Beteiligungen an nicht in den Konzern-Abschluß einbezogenen Unternehmen	20 024		29 565	
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	33 882		57 897	
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	129 073		157 765	
Übrige Erträge	148 903	331 882	213 227	458 454
Übertrag		3 507 213		3 649 326

	1983	1983	1982	1982
Übertrag		3 507 213		3 649 326
Personalaufwendungen	393 277		360 930	
Abschreibungen	178 194		180 354	
Steuern[1]	2 444 467		2 572 746	
Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	17 765		39 442	
Übrige Aufwendungen	402 881	3 436 584	428 723	3 582 195
Jahresüberschuß		70 629		67 131
Verlustvortrag einbezogener Konzernunternehmen		27 953		18 057
		42 676		49 074
Einstellungen aus dem Jahresüberschuß in offene Rücklagen[2]		2		27
Konzerngewinn		42 674		49 047

Bilanz der Deutsche Texaco AG

AKTIVA	1983	1982
Sachanlagen	677 859	613 862
Finanzanlagen	278 417	278 833
Vorräte	890 323	982 354
Flüssige Mittel	234 889	115 217
Wertpapiere	102 519	102 519
Forderungen	673 639	1 302 939
Rechnungsabgrenzungsposten	6 931	7 931
	2 864 776	3 403 655

PASSIVA	1983	1982
Grundkapital	500 000	500 000
Rücklagen	191 630	191 630
Sonderposten mit Rücklageanteil	380 699	491 976
Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	15 591	17 618
Rückstellungen	922 316	866 863
Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren	8 097	13 507
Andere Verbindlichkeiten	776 333	1 244 287
Rechnungsabgrenzungsposten	1 110	774
Bilanzgewinn	69 000	77 000
	2 864 776	3 403 655

Gewinn- und Verlustrechnung der Deutsche Texaco AG

	1983	1983	1982	1982
Umsatzerlöse				
Bruttoumsatzerlöse	10 608 998		11 154 151	
darin enthaltene MwSt	1 056 788	9 552 210	1 066 726	10 087 425
Veränderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		5 351		109 227
Andere aktivierte Eigenleistungen		17 001		18 678
Gesamtleistung		9 563 860		9 996 876
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren		6 420 811		6 783 665
Rohertrag		3 143 049		3 213 211
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen und aus Beteiligungen	27 577		37 940	
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	33 783		57 566	
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	129 042		157 765	
Übrige Erträge	140 624	331 026	212 210	465 481
Übertrag		3 474 075		3 678 692

	1983	1983	1982	1982
Übertrag		3 474 075		3 678 692
Personalaufwendungen	370 375		340 463	
Abschreibungen	178 020		179 501	
Steuern[1]	2 443 621		2 572 375	
Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	17 765		39 043	
Übrige Aufwendungen	396 294	3 405 075	470 312	3 601 694
Jahresüberschuß		69 000		76 998
Gewinnvortrag		–		2
Bilanzgewinn		69 000		77 000

Hamburg, im März 1984

[1] davon im Rahmen von Lohnverarbeitungskosten an uns weiterberechnete Mineralölsteuer T-DM 445 668 (i. Vj. T-DM 806 146)
[2] davon im Ausgleichsposten verrechnet T-DM 2 (i. Vj. T-DM 27)

Der vollständige Jahresabschluß und der Teilkonzern-Abschluß tragen die uneingeschränkten Prüfungsvermerke der Abschlußprüfer und sind dem Bundesanzeiger zur Veröffentlichung eingereicht.

Verwendung des Bilanzgewinns

Die Hauptversammlung vom 2. Juli 1984 hat beschlossen, den Bilanzgewinn der Deutschen Texaco AG von DM 69 000 000 zur Ausschüttung einer Dividende von DM 6,90 je Aktie im Nennbetrag von DM 50,– zu verwenden.
Die Dividende wird ab sofort gegen Einreichung des Dividendenscheins Nr. 3 unserer Aktien unter Abzug von 25% Kapitalertragsteuer bei einer der folgenden Banken ausgezahlt

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Bank für Handel und Industrie AG
Berliner Commerzbank AG
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Commerzbank AG
Delbrück & Co
Dresdner Bank AG
Sal. Oppenheim jr. & Cie
Trinkaus & Burkhardt
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co
Westfalenbank AG
Commerz-Credit-Bank AG Europartner
Deutsche Bank Saar AG
Deutsche Länderbank AG

in Hamburg, Berlin, Bochum, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hannover, Köln, Mannheim, München, Saarbrücken, Stuttgart

Mit der Ausschüttung ist für unbeschränkt steuerpflichtige inländische Aktionäre ein Steuerguthaben von 9/16 der Dividende verbunden, das auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuer angerechnet bzw. vergütet wird.

Aufsichtsrat
Dr. Alfred Herrhausen, Vorsitzender; Hans Hörmann, stellv. Vorsitzender; Wolfgang Baumhöver, Adolf Braesch, Wilhelm Brenneke, Dr. Walter Cipa, Dr. Christoph von der Decken, Hans-Georg Goethe, Paul B. Hicks, Jr. Werner Karstens, Wilhelm Kuch, Robert C. McCay

Vorstand
Dr. Armin Schram, Vorsitzender; Dr. Peter Koch, stellv. Vorsitzender; Dr. Dieter Dräger, Claus Groth, Ernst-Helmut Ladebeck, Hans-Joachim Schmincke

Hamburg, im Juli 1984 Der Vorstand

VEBA

VEBA Aktiengesellschaft
Bonn und Berlin · Verwaltungssitz 4000 Düsseldorf 30 · Karl-Arnold-Platz 3 · Postfach 30 10 51
Wertpapier-Kenn-Nummern: 761 440/761 441

EINLADUNG

Hiermit laden wir die Aktionäre unserer Gesellschaft ein zur ordentlichen Hauptversammlung am Donnerstag, dem 23. August 1984, 10.00 Uhr in Düsseldorf, Stadthalle, Eingang Fischerstraße

Tagesordnung der Hauptversammlung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 1983 mit dem Geschäftsbericht des Vorstandes und dem Bericht des Aufsichtsrates sowie Vorlage des Konzernabschlusses mit dem Konzerngeschäftsbericht

2. Verwendung des Bilanzgewinns aus dem Geschäftsjahr 1983
Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, für das Geschäftsjahr 1983 auf das dividendenberechtigte Grundkapital von DM 1684787200,– eine Dividende von DM 7,50 je Aktie im Nennwert von DM 50,– an die Aktionäre auszuschütten und den Restbetrag von DM 567434,95 auf neue Rechnung vorzutragen.
Einschließlich des Steuerguthabens von rd. DM 4,22 beträgt der Gesamtertrag je Aktie im Nennwert von DM 50,– für die anrechnungsberechtigten Aktionäre damit rd. DM 11,72.

3. Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1983
Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, Entlastung zu erteilen.

4. Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 1983
Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, Entlastung zu erteilen.

5. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1984
Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Treuarbeit AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Düsseldorf, zum Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1984 zu wählen.

Anträge und Wahlvorschläge von Aktionären
Der Vorstand wird etwaige Anträge und Wahlvorschläge von Aktionären gemäß §§ 125 ff AktG nur mitteilen, wenn die Aktionärseigenschaft nachgewiesen wird.
Der vollständige Wortlaut der Einberufung dieser Hauptversammlung ist im Bundesanzeiger Nr. 121 vom 3. Juli 1984 veröffentlicht.

VEBA-Aktionärsversammlungen

Die VEBA wird auch in diesem Jahr wieder in drei Städten Aktionärsversammlungen durchführen, um über den Geschäftsverlauf des Konzerns und der Gesellschaft zu berichten und die Fragen ihrer Aktionäre zu beantworten.

Die Aktionärsversammlungen finden in folgenden Städten statt:

Hamburg Dienstag, 31. Juli 1984, 18.00 Uhr, Congress Centrum Hamburg, Festsaal (Saal 3), Am Dammtor

Berlin Donnerstag, 2. August 1984, 18.00 Uhr, Prälat Schöneberg, Großer Festsaal und Marmorsaal

München Dienstag, 7. August 1984, 18.00 Uhr, Schwabingerbräu, Großer Festsaal, Leopoldstraße, Eingang Feilitzschstraße

Der Besuch dieser Veranstaltungen ist im Gegensatz zur Hauptversammlung ohne besondere Einlaßkarten möglich.

Gäste sind herzlich willkommen!

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE LANDSCHAFT IN KIEL

– Bekanntmachung –

Gemäß den Anleihebedingungen werden
zum 1. 7. 84 die Schleswig-Holsteinischen landschaftlichen Pfandbriefe
7,75 % Serie 40 – 325 339 – 1. 7. gzj.
zum 15. 8. 84 die Schleswig-Holsteinischen landschaftlichen Kommunalschuldverschreibungen
11 % Serie 130 – 325 429 – 15. 8. gzj.
zum 16. 8. 84 die Schleswig-Holsteinischen landschaftlichen Kommunalschuldverschreibungen
12 % Serie 134 – 325 433 – 16. 8. gzj.
zum 3. 9. 84 die Schleswig-Holsteinischen landschaftlichen Kommunalschuldverschreibungen
5,75 % Serie 239 – 325 638 – 3. 9. gzj.
zum 1. 10. 84 die Schleswig-Holsteinischen landschaftlichen Pfandbriefe
9,5 % Reihe 40 – 325 039 – A/O
und die 8 % Reihe 95 – 325 094 – 1. 10. gzj.
und die Schleswig-Holsteinischen landschaftlichen Kommunalschuldverschreibungen
7,75 % Serie 41 – 325 340 – 1. 10. gzj.
und die 7,75 % Serie 45 – 325 344 – 1. 10. gzj.
und die 7,75 % Serie 47 – 325 346 – 1. 10. gzj.
und die 7,75 % Serie 49 – 325 348 – 1. 10. gzj.
11 % Serie 131 – 325 430 – 1. 10. gzj.
und die 11 % Serie 137 – 325 436 – 1. 10. gzj.
und die 6 % Serie 244 – 325 643 – 1. 10. gzj.
zum Nennwert zur Rückzahlung fällig.
Die Norddeutscher Kassenverein AG, Hamburg, wird ihren Kontoinhabern die fälligen Kapitalbeträge gutschreiben.
Kiel, im Juni 1984 **Die Schleswig-Holsteinische Generallandschaftsdirektion**

PHOENIX

PHOENIX AKTIENGESELLSCHAFT Hamburg-Harburg

Bilanz zum 31. Dezember 1983 (Kurzfassung) (in 1000 DM)

Aktiva	
Sachanlagen	89 328
Finanzanlagen	4 230
	93 558
Vorräte	85 424
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	61 623
Flüssige Mittel	16 418
Sonstige Forderungen einschl. Rechnungsabgrenzung	6 231
	263 254

Passiva	
Grundkapital	50 000
Offene Rücklagen einschl. Sonderposten mit Rücklageanteil	44 602
Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	5 257
Pensionsrückstellungen	43 192
Rückstellung für unterlassene Instandhaltung	1 900
Andere Rückstellungen	37 264
Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren	39 674
Andere Verbindlichkeiten	37 479
Bilanzgewinn	3 886
	263 254

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 1983 bis 31. Dezember 1983 (Kurzfassung) (in 1000 DM)

Umsatzerlöse	614 849
Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	–2 820
	612 029
Andere aktivierte Eigenleistungen	2 308
Gesamtleistung	614 337
Materialeinsatz	233 219
Rohertrag	381 118
Sonstige Erträge	19 518
	400 636
Personalaufwendungen	256 509
Abschreibungen auf Wertberichtigungen	47 756
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4 091
Steuern	8 376
Sonstige Aufwendungen	77 494
Jahresüberschuß	6 410
Gewinnvortrag	976
	2 386
Einstellung in die freie Rücklage	3 500
Bilanzgewinn	3 886

Der vollständige Jahresabschluß mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Deutsche Warentreuhand- und Kontinentale Treuhand-Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Hamburg, wird im Bundesanzeiger Ende Juni 1984 veröffentlicht.

Hamburg-Harburg, 6. Juni 1984

Der Vorstand



Aktion Saubere Landschaft e. V.
Godesberger Straße 17, 5300 Bonn

Royal Dutch

N. V. Koninklijke Nederlandsche Petroleum Maatschappij
Den Haag, Niederlande

Bilanz zum 31. Dezember

	1982 hfl. Tausend	1983 hfl. Tausend
Beteiligungen an Gesellschaften der Royal Dutch/Shell-Gruppe	43 038 404	52 241 362
Umlaufvermögen		
Dividendenforderungen an Gesellschaften der Royal Dutch/Shell-Gruppe	1 206 167	1 447 400
Sonstige Forderungen	6 358	4 236
Kurzfristige Bankeinlagen	146 800	117 000
Kassenbestand	7 971	3 964
	1 367 306	1 572 600
Kurzfristige Verbindlichkeiten		
Verschiedene Verbindlichkeiten	3 479	3 634
Nicht geltend gemachte Ansprüche auf Dividenden	10 263	10 836
Vorgeschlagene Schlußdividende	1 246 373	1 447 400
	1 260 115	1 461 870
Überschuß des Umlaufvermögens über die kurzfristigen Verbindlichkeiten	107 191	110 730
Nettovermögen	43 145 595	52 352 092
Aktienkapital		
Stammaktien	2 680 370	2 680 370
Prioritätsaktien	1 500	1 500
	2 681 870	2 681 870
Rücklagen		
Agio aus Aktienemissionen	1 552	1 552
Rücklage aus Beteiligungen	32 486 262	41 689 220
Sonstige Rücklagen	7 806 893	7 806 893
	40 294 707	49 497 665
Einbehaltene Gewinne	169 018	172 557
Eigenkapital	43 145 595	52 352 092

Ergebnisrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember

	1982 hfl. Tausend	1983 hfl. Tausend
Anteil am Ergebnis der Gesellschaften der Royal Dutch/Shell-Gruppe	5 672 292	7 338 808
Zinserträge	23 460	15 935
	5 695 752	7 354 743
Abzüglich Verwaltungs- und sonstige Aufwendungen	12 332	12 804
Jahresüberschuß	5 683 420	7 341 939

Entwicklung der einbehaltenen Gewinne

	1982 hfl. Tausend	1983 hfl. Tausend
Jahresüberschuß	5 683 420	7 341 939
Zuführung zur Rücklage aus Beteiligungen	3 608 407	4 966 680
	2 075 013	2 375 259
Einbehaltene Gewinne am Jahresbeginn	197 725	169 018
Verjährte Ansprüche auf Dividenden	431	468
	2 273 169	2 544 745
Abzüglich: Gesamtdividenden gemäß § 35 der Satzung (einschl. der vorgeschlagenen Schlußdividende):		
Prioritätsaktien (4%ig kumulativ)	60	60
Stammaktien	2 104 091	2 372 128
	2 104 151	2 372 188
Einbehaltene Gewinne am Jahresende	169 018	172 557

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL

7¾% Deutsche Mark-Anleihe von 1976 – WKN 469 501/5 –

Auslosung

Bei der am 13. Juni 1984 unter notarieller Aufsicht vorgenommenen Auslosung sind die Teilschuldverschreibungen der
Serie 5 – WKN 469 505 –
mit den Stücknummern
40 001–50 000 zu je DM 1000,–
54 001–55 000 zu je DM 5000,–
im Nennbetrag von DM 15 000 000,– gezogen worden.

Die Einlösung der ausgelosten Teilschuldverschreibungen erfolgt vom 1. Oktober 1984 an zum Nennbetrag gegen Vorlage der Mäntel mit Zinsscheinen per 1. 10. 1985 uff. bei folgenden Kreditinstituten sowie bei deren in Deutschland gelegenen Niederlassungen:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
Merck, Finck & Co
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Simonbank Aktiengesellschaft
J. H. Stein
Trinkaus & Burkhardt
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westfalenbank Aktiengesellschaft

Die Verzinsung der ausgelosten Teilschuldverschreibungen endet am 30. September 1984.

Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Rückzahlungsbetrag abgezogen.

Die zum 1. Oktober 1984 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den bisher ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serien 2 und 3 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung eingereicht worden.

Frankfurt am Main, im Juni 1984

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL
Kommission der Europäischen Gemeinschaften

INTER-AMERICAN DEVELOPMENT BANK

– Inter-Amerikanische Entwicklungsbank –
Washington D.C.

8½% Deutsche Mark-Anleihe von 1970 – WKN 458 641/50 –

Auslosung

Gemäß § 3 der Anleihebedingungen fand am 14. Juni 1984 in Anwesenheit eines Notars die Auslosung der noch umlaufenden Teilschuldverschreibungen von zwei Serien zur Rückzahlung zum 1. September 1984 statt.

Gezogen wurde die Serie 2 – WKN 458 642
Serie 4 – WKN 458 644

mit den Stücknummern
10 001–20 000
30 001–40 000 zu je DM 1000,–

im Nennbetrag von insgesamt DM 11 217 000,–

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 3. September 1984 an zum Nennbetrag gegen Einreichung der Mäntel mit Zinsscheinen per 1. März 1985 uff. bei den inländischen Niederlassungen der nachstehend genannten Banken eingelöst.

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
ADCA-BANK Aktiengesellschaft Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Bankhaus H. Aufhäuser
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Commerzbank Aktiengesellschaft
Delbrück & Co
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
Deutsch-Südamerikanische Bank Aktiengesellschaft
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Georg Hauck & Sohn Bankiers Kommanditgesellschaft auf Aktien
Merck, Finck & Co
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.
Trinkaus & Burkhardt
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg, Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank Aktiengesellschaft

Die Verzinsung der ausgelosten Stücke endet mit Ablauf des 31. August 1984. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Rückzahlungsbetrag abgezogen.

Die zum 1. September 1984 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den Teilschuldverschreibungen der bereits früher ausgelosten Serien 3, 6 und 7 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Washington, im Juni 1984

INTER-AMERICAN DEVELOPMENT BANK

EUROFIMA

Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial, Basel
Société européenne pour le financement de matériel ferroviaire, Bâle
Società europea per il finanziamento di materiale ferroviario, Basilea

8% Deutsche Mark-Teilschuldverschreibungen von 1973 – WKN 460 101/12 –

Auslosung

Die Auslosung der zum 1. Oktober 1984 fälligen Tilgungsrate ist am 14. Juni 1984 in Anwesenheit eines Notars erfolgt.
Es wurde die
Serie 5 – WKN 460 105 –
mit den Stücknummern
16 601 – 20 750 zu je DM 1000,–
im Gesamtbetrag von DM 4 150 000,– gezogen.

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 1. Oktober 1984 an zum Nennbetrag gegen Einreichung der Mäntel und Zinsscheine per 1. Oktober 1985 uff. bei den nachstehend genannten Banken und deren inländischen Niederlassungen eingelöst:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
ADCA-BANK Aktiengesellschaft Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Bayerische Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Commerzbank Aktiengesellschaft
Delbrück & Co.
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Georg Hauck & Sohn Bankiers Kommanditgesellschaft auf Aktien
Bankhaus Hermann Lampe Kommanditgesellschaft
B. Metzler seel. Sohn & Co
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Schwäbische Bank Aktiengesellschaft
Trinkaus & Burkhardt
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank Aktiengesellschaft
Württembergische Kommunale Landesbank – Girozentrale –

Die Verzinsung der ausgelosten Teilschuldverschreibungen endet mit Ablauf des 30. September 1984. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Rückzahlungsbetrag gekürzt.

Die am 1. Oktober 1984 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den bisher ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serien 1, 2, 3, 4, 7 und 11 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Basel, im Juni 1984

EUROFIMA
Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial

---

MAHLE / Arbeitskampf zehrt Wachstum auf

Vor neuer Rationalisierung

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Der direkt durch siebenwöchigen Schwerpunktstreik betroffenen Mahle GmbH, Stuttgart-Bad Cannstatt, fällt es schwer, für das Gesamtjahr 1984 eine Umsatz- und Ergebnisprognose abzugeben. Fest steht nach Angaben von Gerhard Kopp, dem Vorsitzenden der Geschäftsführung, vorerst nur daß die von Januar bis Mai beim Stammhaus und den Töchtern erzielten Steigerungsraten, die zwischen 20 und 30 Prozent lagen, infolge des Arbeitskampfes wieder aufgezehrt worden sind.

Das Unternehmen, das Motorkolben, Filter, Zylinder und Motorblökke, Kompressoren und Installationsböden produziert, sehe sich – so Kopp – im Interesse einer langfristigen Absicherung gezwungen, „die als Ergebnis der Tarifverhandlungen zu erwartenden Kostensteigerungen durch verstärkte Rationalisierungsanstrengungen und durch weitere Verlegungen an kostengünstigere ausländische Produktionsstandorte auszugleichen".

Im Geschäftsjahr 1983 hatte sich die Beschäftigungslage nach unzureichender Kapazitätsauslastung zu Jahresbeginn im weiteren Verlauf verbessert. Beim Mahle-Konzern lag der Umsatz mit 1,16 Mrd. DM um 0,3 Prozent über dem Vorjahr, beim Stammhaus blieb er mit 829 Mill. DM um 0,5 Prozent darunter. Hier vergrößerte sich der Auslandsanteil auf 44,6 (40,9) Prozent. Das Betriebsergebnis hat sich, wie Kopp erläutert, um etwa 10 Prozent verringert. Wenn dennoch der Jahresüberschuß kräftig auf 28,8 (11,6) Mill. DM geklettert ist, so geht dies auf außerordentliche und aperiodische Sondereinflüsse zurück. Ausgeschüttet werden auf das überwiegend im Besitz der Familienstiftung Mahle befindliche Stammkapital von 121,8 Mill. DM 3 (2,5) Mill. DM.

Investiert wurden im Berichtsjahr im Konzern 79 (78) Mill. DM bei insgesamt 72 (67) Mill. DM Abschreibungen. Für 1984 sind in der Mahle-Gruppe insgesamt Investitionen von 85 bis 90 Mill. DM eingeplant. Die Eigenkapitalquote des mit soliden Bilanzrelationen ausstaffierten Konzerns hat sich auf 42 (40) Prozent verbessert. Beschäftigt werden 10 348 (10 329) Mitarbeiter.

DYNAMIT NOBEL / Gemeinsam mit dem Grace-Konzern wird eine Siliziumfabrik in den USA gebaut

Reinigungskur bei Schwachstellen vor Abschluß

J. GEHLHOFF, Troisdorf

Aus nur mäßig gestiegenem Weltumsatz von 3,23 (3,16) Mrd. DM hat das zum Flick-Konzern gehörende Chemieunternehmen Dynamit Nobel AG (DN), Troisdorf, 1983 eine beträchtliche Ertragsbesserung erzielt. Sie wurde mit gut 50 Mill. DM zur inneren Stärkung benutzt, darunter allein 30 Mill. DM „Wiederauffüllung der Kasse" für die US-Tochter, die nach hohen Verlusten im aufgegebenen Deko-Folienbereich mit 149 (153) Mill. Dollar Umsatz endlich knapp die roten Zahlen verließ und 1984 prächtig läuft. Die Konzernmutter, die zuletzt für 1979 (bei damals 145 Mill. DM Cash-flow im DN-Inlandskonzern) von 8,9 Mill. DM Jahresüberschuß 6,6 Mill. DM in ihre Kasse abzog, verzichtet weiterhin auf eine Gewinnabführung.

Das werde ab 1984 anders, versichert Vorstandsvorsitzender Ernst Grosch, und ab 1985 werde man das Renditeniveau vergleichbarer deutscher Chemiefirmen wieder erreichen. Seine Zuversicht, im ersten Halbjahr 1984 trotz Umsatzausfalls von 7 Mill. DM aus dem Metallstreik von 14,6 Prozent Umsatzplus und „hervorragender" Ertragsentwicklung im Inlandskonzern begleitet, stützt sich gleichermaßen auf die nun zu Ende gehende Bereinigung von Schwachstellen („da haben wir schon 1983 bewußt auf Umsätze verzichtet") wie auch auf den konsequenten Ausbau von starken Feldern in der breiten Produktpalette.

Eher beiläufig nannte Grosch dazu den jüngsten Investitionsentschluß, der auch das unlängst heiß diskutierte Thema der angeblich zu Unrecht gewährten Buchgewinn-Steuerneutralität für die große Beteiligung der Konzernmutter am US-Konzern Grace in neuem Licht erscheinen läßt: Mit 30prozentiger Grace-Beteiligung wird die DN-Gruppe in North Carolina eine Fabrik für Silizium-Wafers bauen. Sie kostet in der ersten Ausbaustufe (bis Frühjahr 1986) 35 Mill. Dollar und stärkt das jüngste Arbeitsgebiet der Gruppe, die Herstellung von Reinst-Silizium für die Halbleiterindustrie.

Auf diesem Feld, das auf viele Jahre hinaus noch Wachstumsraten zwischen 15 und 20 Prozent erwarten lasse, ist DN bisher schon einer der wenigen Anbieter in der Welt, der über eine durchgehende Fertigungslinie vom Ausgangssstoff Trichlorsilan bis zum Endprodukt, der Reinstsilizium-Scheibe („wafer"), verfügt. Aus dem deutschen Werk Rheinfelden und aus der nun kräftig aufblühenden Italien-Tochter rechnet DN für seine gesamte Siliziumchemie in 1984 bereits mit 250 Mill. DM Umsatz, bei guter Rendite.

Bei den Schwachstellen bekommt DN nun auch die ärgste Verlustquelle in den Griff, die im Pachtbetrieb Merkenich bei Köln (Wacker-Chemie) betriebene PVC-Kunststoffproduktion. Sie brachte 1983 noch 12 (35) Mill. DM Verlust, der vor allem dank Preiserholung bis Ende 1984 verschwunden sein soll. Weiteres herausragendes Beispiel der Reinigungskur: Das seit Jahren verlustreiche Teppichbodenwerk Hersfeld (320 Leute) wird jetzt geschlossen, das notwendige Komplementär-Angebot zum eigenen Kunststoffboden-Programm auf Handelsware umgestellt.

Nur daraus und aus der Konzentration der gleichfalls unter „mörderischem Wettbewerb" stehenden Kunststoff-Fensterproduktion auf das Stammwerk Troisdorf erwartet Grosch auch für 1984 noch einen weiteren Belegschaftsrückgang um etwa 400 Personen. Auf den übrigen Arbeitsgebieten der Gruppe sei die Beschäftigungstendenz eher steigend. Anstiegstendenz zeigen auch die Investitionen, die für 1984 weltweit mit 150 (135) Mill. und beim Inlandskonzern mit 110 Mill. DM geplant sind.

Dynamit Nobel [1]	1983	±%
Umsatz (Mill. DM)	2872	+ 2,1
dav. Chemikalien	1415	- 0,4
Kunststoffe	868	+ 9,7
Sprengmittel	589	- 1,3
Exportanteil (%)	44,5	(42,5)
Belegschaft [2]	13 811	- 4,1
Personalaufwand	740	+ 4,9
Gesamtinvestitionen	105	- 7,1
Cash flow	150	+ 36,4
Jahresüberschuß	0,3	(12,0)

[1] Inlandskonzern; [2] Jahresdurchschnitt

CONTI-GUMMI

Spekulation um Aktienpaket

dos. Hannover

Die Continental Gummi-Werke AG, Hannover, bestätigt Meldungen, nach denen von dritter Seite dem größten Reifenhersteller der Welt, dem US-Unternehmen Goodyear, ein Aktienpaket der hannoverschen Gesellschaft angeboten wurde. Conti-Gummi sei von diesem Vorgang sofort unterrichtet worden und kenne auch die Hintergründe der Aktion. Einzelheiten dazu will der Vorstand vorerst aber nicht bekanntgeben. Nach vorliegenden Informationen handele es sich um ein „nicht unbeträchtliches" Aktienvolumen. Der Conti-Vorstand geht dennoch unverändert davon aus, daß es keinen neuen Großaktionär gibt.

Ob sich diese Einschätzung bewahrheitet, dürfte auf der am Freitag stattfindenden Hauptversammlung erkennbar werden. Auf der Tagesordnung nämlich steht der Vorschlag, das Stimmrecht auf 5 Prozent des Aktienkapitals zu beschränken. Gegen den Willen eines Besitzers einer Schachtelbeteiligung wäre dies nicht zu realisieren.

WERNER & PFLEIDERER / Lange Talfahrt beendet

Streik dämpft Erwartungen

MANFRED FUCHS, Stuttgart

Nach dreijähriger Talfahrt der Branche verzeichnete auch der Maschinen- und Anlagenbauer Werner & Pfleiderer 1984 mit einem verbesserten Auftragseingang eine Trendwende. Allerdings läßt sich wegen des Arbeitskampfes in der Metallindustrie im Südwesten der realisierbare Umsatz des Jahres 1984 noch nicht übersehen. Bis April dieses Jahres, so der Vorsitzende der WP-Geschäftsführung, Helmut J. Kinz, wuchs der Auftragseingang gegenüber dem niedrigen Vorjahresniveau um 40 Prozent, flachte aber im Mai ab.

Für das Gesamtjahr 1984 wird eine Steigerung des Auftragseingangs um 15 Przent auf etwa 470 Mill. DM erwartet. Das Unternehmen, das Spezialmaschinen und Großanlagen für Bäckereien und Brotfabriken, für Oberflächentechnik sowie für die Gummi-, Kunststoff- und Chemieindustrie herstellt, will bei den anstehenden Neubauten der Reifenhersteller in den Jahren 1985 und 1986 mit neuen Anlagen dabei sein.

1983 wurde bewußt auf renditeschwache und risikoreiche Aufträge verzichtet, so daß der Auftragseingang im Stammhaus um 10 Prozent auf 398 Mill. DM und der Umsatz um 6 Prozent auf 441 Mill. DM zurückging. Durch Kapazitätsanpassung und Personalabbau um 10 Prozent auf 2669 Mitarbeiter in Stuttgart konnte nach negativen Ergebnissen in den Vorjahren 1983 ein ausgeglichenes Ergebnis erreicht werden.

Die WP-Gruppe, zu der drei inländische, fünf ausländische Produktionsgesellschaften sowie 13 Vertriebs- und Engineeringfirmen gehören, erzielte trotz eines Umsatzrückgangs um 10 Prozent auf 630 Mill. DM einen Jahresüberschuß, der „weit über den Erwartungen" lag. Weltweit wurde die WP-Mitarbeiterzahl auf 3995 (4370) abgebaut.

Am Kapital von Werner & Pfleiderer KG ist mit rund 27 Prozent der Wettbewerber Baker Perkins, Peterborough/Großbritannien, beteiligt. Die Mehrheit halten die Familien Fahr und Werner.

FELDMÜHLE / Die Papierkonjunktur treibt auch die Preise hoch – Kapazitäten der Branche voll ausgelastet

Geschäft profitiert vom ungewöhnlichen Boom

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Mit dem gleichzeitigen Eintreffen der Spitzen von Konjunkturzyklus, Saisonzyklus und Lagerzyklus erlebe die Papierindustrie derzeit überall einen ungewöhnlichen Boom. Die im europäischen Durchschnitt der Branche eher zu reichlich bemessenen Kapazitäten „sind voll ausgelastet und können mit der überschäumenden Nachfrage kaum Schritt halten". Hartwig Geginat, Vorstandsvorsitzender der zum Flick-Konzern gehörenden Feldmühle AG, Düsseldorf, sieht den Höhenflug dieses stets besonders konjunkturreagiblen Industriezweiges (der allerdings im Zusammentreffen der drei Zyklen auch Sturzflüge bis zu 25 Prozent Nachfrageschwund erleben könnte) zumindest für den Rest von 1984 gesichert.

Der bei Papier und Karton Mitte letzten Jahres einsetzende Aufschwung bescherte dem Feldmühle-Inlandskonzern 1983 erstmals einen Produktionsanstieg über die Millionen-Tonnen-Schwelle. Bei zunächst noch unzulänglichen Preisen besserte sich der zuvor magere Gewinn immerhin schon deutlich, wovon die Konzernmutter 22,9 (18,3) Mill. DM in ihre Kasse zog.

Nebst Auslandsbeteiligungen ab 50 Prozent wurden 2,71 (2,57) Mrd. DM Gruppenumsatz erzielt. Rechnet man die großen Beteiligungen unter 50 Prozent in Belgien, Kanada und Schweden (1,66 Mrd. DM Gesamtumsatz) anteilig mit, so hat die Feldmühle mit etwa 3,2 (3) Mrd. DM Weltumsatz ihre Position als Europas größter Papierkonzern gut behauptet.

In 1984 wird das schöne Bild noch glänzender. In der ersten Jahreshälfte hat der Inlandskonzern den Absatz um 10 Prozent und den Umsatz um 18 Prozent weiter gesteigert. Zunehmend gelingt es nun, aufgestaute Kostensteigerungen in den Produktpreisen weiterzugeben. Das ist auch überfällig. Denn beim großen Kostenblock Zellstoff hat sich der Einstandspreis, die Dollarkurssteigerung mitgerechnet, seit Anfang 1983 schon um 52 Prozent erhöht, – mit der Aussicht auf eine weitere Teuerungsrunde noch in diesem Jahr.

Selbst langjährige Problemprodukte der Branche wie die besonders unter Überkapazitäten leidenden Faltschachtelkartons (wo die Feldmühle ein Drittel der deutschen Produktion stellt) und Hygienepapiere erleben nun „ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage", wie Geginat vornehm die auch hier begonnene (und noch nicht beendete) Preiserholungstendenz umschreibt.

Insgesamt erwartet die Feldmühle daraus für 1984 eine weitere Rentabilitätsverbesserung.

Diese Erwartung wird offensichtlich noch nicht nachhaltig durch streikbedingte Ausfälle bei Zeitungsdruckpapier getrübt. Sie verleitet den Feldmühle-Konzern andererseits aber auch nicht dazu, nach der 1980 beendeten Großinvestitionsphase neue große Erweiterungsschritte zu machen.

Interessante Ausnahme: Das Produktfeld der „technischen Keramik" mit breiter Werkstoffpalette von Dichtscheiben für Sanitärarmaturen bis zu Hüftgelenkprothesen und Motorenbauteilen. In diesem aufblühenden und ertragsstarken Diversifikationszweig erwartet der Papierkonzern für 1984 eine Umsatzsteigerung um 26 Prozent auf 220 Mill. DM; 40 Prozent davon bringen Produkte, die es vor fünf Jahren noch gar nicht gab.

Feldmühle [1]	1983	±%
Umsatz (Mill. DM)	2529	+ 6,3
Exportanteil (%)	36,7	(34,6)
Produktion [2]	1064	+ 7,3
Beschäftigte	8457	- 0,9
Personalaufwand	485	+ 4,9
Gesamtinvestitionen	58	+ 1,6
Abschreibungen	119	+ 5,2
Cash-flow [3]	174	+ 27,0
Jahresüberschuß	30,2	+ 29,0

[1] Inlandskonzern, [2] Papier und Karton, [3] Nach Steuern und vor Ausschüttung.

NAMEN

Dr. Ulrich Brocker (41), bisher beim Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände, Köln, übernimmt ab Juli die Hauptgeschäftsführung des Verbandes der Keramischen Industrie, Selb.

Dr. **Karl-Heinz Schaer**, Vorstandsmitglied der Allgäuer Alpenmilch AG, geht in diesen Tagen in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird Dr. **Uwe Möller**, bisher Nestlé-Gruppe.

Dr. **Karl Heinz Henksmeier**, Direktor des ISB - Institut für Selbstbedienung und Warenwirtschaft e.V., Köln, scheidet zum 1. Januar 1985 aus Altersgründen aus dem Amt aus. Nachfolger wurde Dr. **Bernd Hallier**.

Fritz G. Schade, Seniorchef der Gustav Schade, Maschinenfabrik in Dortmund, wird heute 70 Jahre.

Benedikt Schraufstetter, Präsident des Bundesverbandes Parfümerien, Recklinghausen, wird am 5. Juli 70 Jahre.

Dr. **Wolf Dieter Sondermann**, Geschäftsführer der Abfallbeseitigungsgesellschaft Ruhrgebiet mbH, scheidet zum Jahresende aus seinem Amt aus. Sein Nachfolger wird **Michael Vagedes**.

„Globale imperialistische Medienstrategie“: Westliche Rundfunk- und Fernsehsender im Urteil der „DDR“

Animiermädchen schwimmen auf den Ätherwellen

Warum nur haben oft die dümmsten Leute die stärksten Stimmen?“, fragte SED-Chefagitator Karl-Eduard von Schnitzler im „Schwarzen Kanal“ des „DDR“-Fernsehens. Damit nahm er wieder einmal den RIAS aufs Korn, den er als „Stiftung der CIA“ apostrophierte. Nun wolle die CIA auch noch ein RIAS-Fernsehprogramm inszenieren, empörte sich Schnitzler.

In Ost-Berlin befürchtet man offenbar, daß ein RIAS-Fernsehprogramm noch mehr Ostzuschauer auf Westwellen abwandern lassen könnte. Aus der Perspektive der SED betreiben die elektronischen Medien der westlichen Welt akustische Umweltverschmutzung, mischen sich permanent in die Angelegenheiten der sozialistischen Länder ein und vergiften damit die internationale Atmosphäre.

Attacken gegen Westsender gehören seit jeher zum Pflichtprogramm der Ostagitation. Doch der Ton der Agitation ist in letzter Zeit zunehmend schärfer geworden. So erschien im Leipziger Urania-Verlag ein Buch mit dem bezeichnenden Titel „Der andere Krieg – Geiselnehmer und Animiermädchen in Weiß, Grau und Schwarz.“ Eines der „Animiermädchen in der psychologischen Kriegführung“ ist – ausgerechnet – Radio Luxemburg. Schließlich benutzten die Plattenplauderer von RTL „Decknamen“ ... Besonders verwerflich: Mit 200 kW Überkapazität hätte sich der Luxemburger Sender auf die Frequenz von Radio Leningrad gestohlen – „ein Piratenakt im Äther, der für NATO-Sender charakteristisch ist“.

Will man Buchautor Willy Walther Glauben schenken, so laufen alle Fäden der „globalen imperialistischen Medienstrategie“ in Washington zusammen: „Das State Department, die staatliche CIA und der private Propaganda-Verein ‚Kreuzzug für die Freiheit‘ finanzieren den Monster-Propaganda-Apparat.“ Zu diesem Apparat gehören neben der „Stimme Amerikas“ und RIAS Berlin die Münchener Schwesterstationen Radio Freies Europa (RFE) und Radio Liberty (RL), die sich ausschließlich an Hörer in Osteuropa und in der Sowjetunion wenden.

Wenn die Völker Osteuropas gegen die kommunistischen Machthaber aufbegehren, so ist das für den „DDR“-Autor stets auf entsprechende Aktivitäten „westlicher Diversionssender“ zurückzuführen. So hätten die „BRD-Medien“ 1979/80 „schrittweise darauf hingearbeitet, das wirtschaftliche Leben in der VR Polen zu desorganisieren“. Mit der detaillierten Berichterstattung über die „Solidarnosc“-Aktivitäten wäre zudem noch ein anderes Ziel verfolgt worden: „Die Vorführung von Konterrevolution für Bürger der DDR“. „Man spekulierte auf Ansteckung und hoffte, auch in der DDR würden sich geeignete Kräfte finden, das ‚Gift der Auflösung‘ zu verbreiten.“

Fatalerweise spricht der Klassenfeind westlich der Elbe die gleiche Sprache wie die Menschen zwischen Rostock und Suhl. Deshalb sei die „DDR“ den „gegnerischen Versuchen ideologischer Diversion besonders ausgesetzt“, argumentiert Walther. Belegt wird diese Behauptung mit fragwürdigem Zahlenmaterial: Im Grenzgebiet zur „DDR“ habe die „BRD“ eine 1,7mal höhere Sendedichte als im übrigen Bundesgebiet. Im 50-Kilometer-Streifen entlang der Grenze zur „DDR“ seien 326 Sendeanlagen für den Hör- und 38 für den Fernsehfunk installiert. Insgesamt strahlten allein in die „DDR“ über 4900 zivile und militärische Sendeanlagen monatlich über 300 000 Sendeminuten ein.

Der Autor konzediert, daß die etwa 25 Rundfunk- und Fernsehprogramme deutschsprachiger Stationen, die in der „DDR“ empfangen werden können, nicht alle „DDR-feindlich“ seien. Offen gegen die „DDR“ gerichtete Programme aber strahle der Kölner Deutschlandfunk aus. Das Konzept des DLF bestehe darin, „die ‚deutsche Frage‘ – wie auch immer – ‚offenzuhalten‘ und sich in die inneren Angelegenheiten sozialistischer Länder einzumischen“.

Stein des Anstoßes ist vor allem eine DLF-Sendung: die morgendliche Presseschau „Aus Ostberliner Zeitungen“: „Im Kreuzfeuer der Verleumdung, Verfälschung und Diffamierung steht die Praxis des realen Sozialismus in der DDR.“ Die Tatsache, daß sich der Autor auf fast vier Seiten mit diesem Programm auseinandersetzt, zeigt, wie sehr man sich getroffen fühlt im Staate der SED. Am liebsten würde die „DDR“ auch noch eine Mauer im Äther errichten. Zwischen realer Mauer und Ätherkrieg besteht übrigens ein enger Zusammenhang: „Von der BRD aus wird der Krieg im Äther mit besonderer Schärfe geführt, denn der 13. August 1961 versperrte viele Wege für die CIA-Agenten ...“

Wie schwach muß ein Staat sein, der sich von jedem freien Mikrofon bedroht fühlt? Das Buch „Der andere Krieg“ ist ein aufschlußreicher Beitrag zum „Republikjubiläum“. Fazit – aus der Sicht eines „imperialistischen Journalisten“ –: 35 Jahre und kein bißchen weiser.

HENNING VON LÖWIS

KRITIK

Zerbrechen an den Spannungen

Ein sephardischer, also ein aus dem orientalischen Judentum stammender Offizier in Israel soll, um den Nachwuchsmangel zu beheben, gefordert haben, das hohe Niveau der Kampfpilotenausbildung zu senken; als Argument führte er an, auch Ägypten habe eine funktionierende Luftwaffe.

Dieser Vorfall beleuchtet schlaglichtartig das Spannungsverhältnis zwischen den 45 Prozent orientalischen (Sephardim) und den 40 Prozent europäischen (Aschkenasim) Juden im heutigen Israel. Unter dem Titel ***Mehrheit zweiter Klasse (ZDF)*** hat Friedrich Mönckmeier in der ZDF-Montagsreportage untersucht, ob Israel nicht eines Tages an diesen Spannungen zerbrechen könnte.

Der 1948 gegründete Staat an der Ostküste des Mittelmeeres, der zum Einwanderungsland für Juden aus aller Welt wurde, ist heute kaum noch, trotz des äußeren Anscheins, der europäische Vorposten im Nahen Osten. Die starken Einwanderungswellen aus dem Jemen und Marokko, neuerdings auch aus Äthiopien, von wo negroid wirkende Juden ins Land kamen, haben das Bevölkerungsbild Israels nachhaltig verändert. Die sephardischen Juden, deren Kopfzahl dank ihrem Kinderreichtum ständig wächst, fordern vehement ihren Anteil an der Verwaltung des Staates, weil die entscheidenden Positionen in Politik, Wirtschaft, Kultur bis heute von aschkenasischen Juden besetzt sind.

Die Ergebnisse der Wahl am 23. Juli werden deutlich machen, von welcher Partei die orientalischen Juden die Erfüllung ihrer Ansprüche erwarten. Manche Bilder von Wochenmärkten oder Volksfesten, die Mönckmeier zeigte, hätten überall im Orient aufgenommen werden können: Israel verliert sein europäisches Gesicht.

JÖRG-BERNHARD BILKE

Porträt eines Bürgermeisters

Teddy Kolleks Geheimnis heißt: Glaubwürdigkeit. In dieser Mangelware der Politik liegt sein Charisma begründet. Er ist der Mann, der Jude, dem auch Araber einen Gebrauchtwagen abkaufen würden. Seine Menschlichkeit, sein Verständnis für alle Mitmenschen ist die Voraussetzung für diese Glaubwürdigkeit.

Leider hat Wolf Littmann in seiner ansonsten gelungenen Porträtskizze über den fast schon legendären Bürgermeister der israelischen Hauptstadt diese Schlußfolgerung den Zuschauern überlassen. Er zeichnete ein getreues Bild von Werdegang und Alltag dieses Politikers, angefangen von der Zeit im Kibbuz und bei Ben Gurion bis hin zum täglichen Umgang mit den Bürgern Jerusalems, Arabern, Christen und Juden.

So eine Skizze muß notwendigerweise auch zu einem Porträt von der Stadt selbst führen. Jerusalem ist, wie Kolleks amerikanische Freunde *sagen würden, „Teddy's Baby“. Und* wie um ein Baby sorgt sich der Bürgermeister hingebungsvoll um jedes Detail in seiner Stadt. Daß sie bis heute so gut gedeihen konnte, ist in der Tat Kolleks Verdienst. Littmanns Verdienst ist es, das Thema im Deutschen Fernsehen aufgegriffen und in gebotener Sachlichkeit dargestellt zu haben.

JÜRGEN LIMINSKI

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 WISO
u. a. vorgesehen: Bombay und Hongkong – Wirtschaftsparadiese auf Zeit
10.35 Ehen vor Gericht
In Sachen: Fendt gegen Fendt
12.10 Reportage am Montag
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Der Burgensammler
Von Werner Filmer und Dieter Storp
16.55 Die rote Zora und ihre Bande
4. Teil: Der Fischer Gorian
Branko kann die Bande dazu bewegen, dem reichen Bauern Karaman zwei Hühner zu stehlen, um dem armen Fischer Gorian eines zurückgeben zu können.
17.25 Doctor Snuggles
Das Geheimnis des Zauberpilzes
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Der Greifer
Deutscher Spielfilm (1957)
Mit Hans Albers, Hansjörg Felmy, Werner Peters, Agnes Windeck u. a.
Regie: Eugen York
21.50 Brennpunkt
Hannoversche Straße 30
Die Krise in der Ständigen Vertretung und die innerdeutschen Beziehungen
Im Studio: Joachim Braun, Jürgen Engert und Peter Merseburger
22.30 Tagesthemen
23.00 ARD-Sport extra
Internationale Tennis-Meisterschaften von England
ARD-Sport extra – aus Wimbledon
Ausschnitte
Reporter: Volker Kottkamp
23.30 Quincy
Wiederholung der beliebten Krimi-Serie
Tödlicher Trick
Dr. Quincy ist Gerichtsarzt in Los Angeles. Er spielt immer dann den „Amateur-Detektiv“, wenn seine medizinischen Untersuchungen Anhaltspunkte für ein Verbrechen ergeben.
0.15 Tagesschau

ZDF

17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: die Gruppe Nuala, Joachim Pliquett und Arvid Gast
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.00 Der lange Treck
Zwischenstation
Bei einem Indianerüberfall auf die Chisholms wird Annabel so schwer verletzt, daß sie an den Verwundungen stirbt.
19.00 heute
19.30 flashlights
Hits & News
20.15 Kennzeichen D
Strapaze für die Deutschlandpolitik: Die aktuelle Situation der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin / Unmut zur Familienpolitik: Katholische Familienverbände über Steuerreform und Familienpolitik der Bundesregierung / Vorbild in der Wirtschaftspolitik: Management nach Plan – Ein Blick hinter die Kulissen des VEB-Kombinats für Umformtechnik „Herbert Warnke“ in Erfurt
Moderation: Joachim Jauer
21.00 Der Denver-Clan
Vorläufig letzte Folge: Feuerteufel
21.45 heute-journal
22.05 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
22.10 Eine andere Sprache
Beobachtungen zur Kirchenmusik heute
Film von Meinolf Fritzen
22.40 I muß geh'n
Der arbeitslose Uhrmachergeselle *Hansi, der unter einem krankhaf*ten Bewegungszwang leidet, möchte sich aus der Abhängigkeit seiner dominanten Mutter befreien. Doch alle Versuche schlagen fehl.
0.30 heute



Mitten in einem Fall wird er pensioniert: Oberkommissar Friedrich (Hans Albers) mit seinem Sohn Harry (Hansjörg Felmy) (Der Greifer – ARD, 20.15). FOTO: KINDERMANN

III.

WEST
18.00 Telekolleg
Englisch (52)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

WEST/NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs im III.
Live aus Bremerhaven
Moderation: Jürgen Koch und Gert Ellinghaus
21.45 Hobbythek
Körbe und Flechtwerk
Von und mit Margit Kinzinger und Eckhard Huber
Die Anschrift für die Bildschirmrätsel-Postkarten und Hobbytip-Freiumschlag lautet: Bayerischer Rundfunk, Hobbythek, 8000 München 100.
22.30 Ein Zimmer in der Stadt
Französischer Spielfilm (1982)
Mit Danielle Darrieux u. a.
Regie: Jacques Demy
(Original mit deutschen Untertiteln)
0.00 Letzte Nachrichten

NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
18.00 Sesamstraße
18.30 Klamottenkiste
Charlie Chaplin:
David und Goliath / Das Wunderwasser
19.00 Das Jahr im Garten: Juli
19.30 Agrarland USA (1)
Wie die Landwirtschaft Amerika reich machte

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 California-Sound (2)
20.15 Reisewege zur Kunst: Schweiz
21.00 Augen der Angst
Englischer Psychokrimi (1959)
Mit Karlheinz Böhm u. a.
Kameramann Mark Lewis ist von der Idee besessen, Menschen in Todesangst zu beobachten. Mit einem am Kamerastativ befestigten Stilett erdolcht er Fotomodelle und Prostituierte ...
22.35 Karlheinz Böhm
über „Augen der Angst“

BAYERN
18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Der Hochstandsjosef
20.20 Blast's mit!
20.35 Katholikentag München 1984
21.30 Rundschau
21.45 Maiz
22.25 Z. E. N.
22.50 München–Straßburg und zurück: Volkmar Gabert
23.00 Rundschau
23.05 News of the Week

Knirschende Notbremse

Mis. – Frankfurt hat seinen Theaterskandal. Und zwar noch vor der Aufführung. Was ist geschehen? Für den 31. August war die Uraufführung von Rainer Werner Fassbinders Stück „Der Müll, die Stadt und der Tod" angekündigt. Aber Ulrich Schwab, der Generalmanager der Alten Oper, hat es vom Spielplan gestrichen. Vorausgegangen war ein entsprechendes Votum des Aufsichtsrates der städtischen Betriebs-GmbH Alte Oper (Vorsitz Oberbürgermeister Wallmann). Der Grund: Es enthalte antisemitische Tendenzen. Die Jüdische Gemeinde nannte eine Aufführung belastend und beleidigend.

Die Gegenposition wurde von der Deutschen Akademie der Darstellenden Künste aufgebaut, in einem Telegramm an Wallmann (der zugleich Präsident des Deutschen Bühnenvereins ist): Die Kunstfreiheit sei gefährdet; man solle erst die Aufführung abwarten und dann diskutieren und nicht umgekehrt.

Das ist fraglos richtig. Man kann nicht eine Sache beurteilen oder verurteilen, die man nicht gesehen hat. Nur – das Stück liegt vor: in der Theaterbibliothek des Verlags der Autoren. Jedermann kann sich also ein Bild von ihm machen. Man hat dies übrigens schon 1976, als es vom Suhrkamp Verlag veröffentlicht und binnen kurzem wieder aus dem Verkehr gezogen worden war.

Es gab schon damals heiße Köpfe über die Hauptfigur des Stücks, einen reichen und lüsternen Juden, der als Bauspekulant sprichwörtlich über Leichen geht: „Er saugt uns aus, der Jud. Trinkt unser Blut und setzt uns ins Unrecht, weil er Jud ist und wir die Schuld tragen." Ein wahrhaft monströses Klischee, das, isoliert von den historischen Erfahrungen, vernünftigerweise nicht dargestellt werden kann. Auch nicht als bloße Metapher auf die Zerstörung der Städte und der Gefühle. Da ist nichts zu retten.

In Frankfurt hat man jetzt die Notbremse gezogen. Das verursacht Lärm und Aufmerksamkeit. Man hätte den Zug erst gar nicht abfahren lassen dürfen. Nun ist er zwar gestoppt, aber ein anderer schon auf der Reise. Fahrplanmäßig – so möchte man fast sagen – wird jetzt wieder das Expreßgut „Zensur" durch die Lande geschickt werden.

Wie Lämmer auf dem Markt: Der Klagenfurter Ingeborg-Bachmann-Preis

Nicht lesen, nicht schreiben

Viele hundert Lampen schütteten in das überfüllte ORF-Fernsehstudio in Klagenfurt ein unerbittlich grelles Sommersonnenlicht, wie es draußen während der ganzen „Woche der Begegnung" kaum vorhanden war. Die Honoratioren sprachen kurz, von maßvollem Stolz geschwellt. Die Frau des Bürgermeisters, ganz in fraise écrasé gehüllt, trug einen Hut im gleichen Farbton, der einer königlichen Gardenparty alle Ehre gemacht hätte. Das Rund der elf Juroren lieferte stumm auf Zetteln seine Voten ab, um sie anschließend kurz zu begründen. Mit anderen Worten: das Wettrennen um den Ingeborg-Bachmann-Preis war in die Zielgerade gekommen. Erst im Stechen gewann unter allgemeinem Jubel Erica Pendretti, eine in der welschen Schweiz lebende, aus Sternberg in Mähren stammende Schriftstellerin, den eigentlichen Bachmann-Preis (120 000 österreichische Schilling) mit einer besonders leisen und zarten Geschichte, genannt „Das Modell und sein Maler" und angelehnt an das Schicksal des Schweizer Malers Hodler und seiner krebskranken Geliebten Valerie.

Die Konkurrentin, Renate Schostack, mußte sich mit ihrer in härteren Konturen gehaltenen, überaus kunstvoll angelegten Ich-Erzählung von der schwierigen Geburt eines Brutkastenbabys („Ansprache an Schwester Benedicta") mit dem Preis der Klagenfurter Jury (75 000 Schilling) begnügen. Beide Frauen hatten sich schon einmal mit geringerem Erfolg an dem Klagenfurter Wettbewerb beteiligt, bei dem das weibliche Geschlecht bisher keineswegs besonders begünstigt war. Beide hatten auch schon Bücher veröffentlicht, während der dritte der diesjährigen Preisträger (60 000 Schilling), der 32jährige Dresdner Wolfgang Hegewald, jetzt in Hamburg lebend, bisher nur in einigen Literaturzeitschriften vertreten war. Er gewann die Herzen der Jury und des Publikums durch die ebenso verdrallte wie hintergründige Geschichte namens „Burgenland", die weder in diesem noch in einem anderen österreichischen Bundesland, sondern in der Dachstube eines spintisierenden Monomanen spielt.

Trotz der unermüdlichen Vorstöße der Jurorin Gertrud Fussenegger wurde der erfrischendste Beitrag des ganzen Treffens nur mit einem der beiden Ernst-Willner-Stipendien (40 000 Schilling) ausgezeichnet: Der Bericht der Schweizer Lehrerin Helen Meier über einen Schüler, der das Lesen und Schreiben nicht lernen will, aber das Landleben über alles liebt und überhaupt ein kleiner Tausendsassa ist und ihr sogar die Augen über ihren Bräutigam öffnet. Das zweite Stipendium erhielt Thomas Strittmater ebenfalls für eine Geschichte mit einem rustikalen Hintergrund.

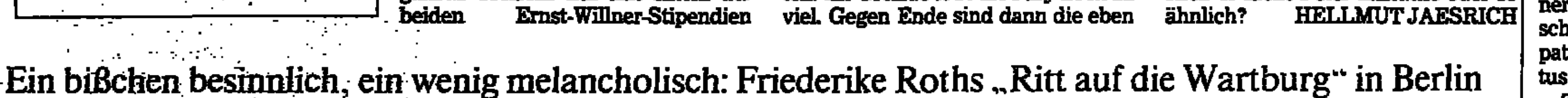
21 Teilnehmer des großen Wettlesens am Ufer des Wörther Sees – einer war gar nicht erst gekommen, und Frau Hertha Müller hatten die Rumänen nicht aus dem Land herausgelassen – mußten ohne Preise nach Hause fahren; das schmerzte in diesem Sommer mehr als gewöhnlich, weil sich das Niveau der hier vorgetragenen Texte immer stärker ausgeglichen hat. Es gibt kaum noch so blanke Versager wie in den ersten Jahren, dafür fehlen aber auch solche überragenden, meist mit zehn oder elf Stimmen akklamierten Leistungen wie die von Ullrich Plenzdorf, Gerd Hofmann oder Sten Nadolny.

Durch den unleugbaren Erfolg hat sich das Bild dieses literarischen Wettbewerbs im ganzen verändert. Es stehen nicht mehr zwei Dutzend zitternde und zagende Bewerber einer strengen Jury gegenüber, es hat sich ein fröhliches Jahrmarkttreiben der Literatur entwickelt, an dem mittlerweile weit mehr Journalisten und Verlagslektoren als Bewerber teilnehmen. Die Kategorien überschneiden sich oft – manch einer macht heuer als Berichterstatter einer Zeitung oder einer Rundfunkstation mit, der es im letzten Jahr noch auf einen Preis abgesehen hatte. Die Verlagsleute treiben meist ihre eigenen Lämmer oder Kälbchen auf den Markt oder versuchen eines einzufangen, das noch keinen festen Stall gefunden hat.

Die Juroren haben die härteste Arbeit zu leisten. Denn das Abliefern von unzähligen kritischen Schnellschüssen muß doch große Pein bereiten, wie man an den gequälten, gleichförmigen Einleitungssätzen heraushören kann: „Diese Geschichte hat mich sehr beeindruckt", oder „angerührt", oder „bewegt". Die meisten verzuckern ihre Einwände mit einem eingestreuten „aber doch ein bißchen" oder anderen Behutsamkeiten. Im Grunde lobt die Jury noch zu viel. Gegen Ende sind dann die eben erst entdeckten Köstlichkeiten schon wieder verblaßt, weil die Zahl der Preise nicht ausreicht. Unerbittlich sind sie allerdings in einem Punkt: wenn ein Text auch nur von ferne wie ein Illustrierten-Roman aussieht, dann zeigt unerbittlich der Daumen nach unten. Mittelmeerinseln und sonnengebräunte südliche Verführer sind hochverdächtig, und so mußten sich zwei so verschiedene Autoren wie Keto von Waberer und Jörg Fauser sozusagen als „milieugeschädigt" betrachten.

Seit jüngster Zeit krankt das Klagenfurter Literaturfestival an einem neuen Übel – seinem übergroßen Erfolg beim Publikum. Die literaturbesessenen Zuschauer, besonders aus der jüngeren Generation, drängen sich höchst ungestüm in das zu enge Studio. Wer kein noch so unbequemes Plätzchen mehr im Saal findet, siedelt sich vor den im Vestibül aufgestellten Monitoren an, und siebe da, es ergibt sich aus diesen benachteiligten Zuschauern wie im Theater eine Art Heuboden mit einer besonders ätzenden Kritik, mit dem Unterschied allerdings, daß sie sich, anders als die Pfiffe oder Buhrufe von der Galerie herab, nicht vor dem übrigen Publikum äußern können. Erst in den Pausen oder des Abends, in den gemütlichen Beiseln der Stadt, können Veranstalter und die Jury-Mitglieder damit konfrontiert werden, zu ihrer großen Verwunderung.

Zu den Abgewiesenen gesellt sich aus Übermut auch eine ganze Anzahl aus den Reihen der Professionals, die mit ihren Ausweis-Schildchen durchaus ein Anrecht auf einen Sitzplatz beanspruchen könnten. So entsteht vor den Toren des Saales ein Club der Aufsässigen und Frondeure. Hier rumorte etwas von dem, was an dem oder jenen Ort der deutschen Publizistik auch heute noch gegen den Klagenfurter Wettbewerb vorgetragen wird. Daß es außerhalb der Hörweite derjenigen geschieht, die drinnen ihr Richteramt ausüben, macht es für diese besonders unbehaglich, und vielleicht produziert es in der Struktur einen Riß, der das ganze Gebäude ins Wanken bringen könnte. Keine literarische Gruppierung – gibt sie sich auch als offener Wettbewerb – ist von ewiger Dauer. Auch die Gruppe 47 fiel in Princeton unter den Axthieben eines grimmigen Bilderstürmers. Hieß er nicht Peter Handtke oder so ähnlich? HELLMUT JAESRICH



Ein bißchen besinnlich, ein wenig melancholisch: Friederike Roths „Ritt auf die Wartburg" in Berlin

Die berühmten Esel sind schon aus dem Verkehr

Friederike Roths kleines Stück unter Frauen, „Ritt auf die Wartburg", inzwischen weithin und mit freundlichem Erfolg schon vielfach über die Bühnen gegangen, letztes Jahr zudem bei einer Kritiker-Umfrage zum „Stück des Jahres" erkoren – jetzt kommt es auch nach Berlin, wenn auch nur in die Werkstatt des Schillertheaters, zudem in betulicher und mühseliger Gestalt.

Der Einfall ist doch so hübsch und melancholisch. Vier handfeste Frauenspersonen sind entschlossen, gemeinsam Ferien zu machen. Sie wählen aus Jux, Drall und Neugier ein eher exotisches Ausflugsziel. Nach Paris oder an eine der südlichen Sonnenküsten zu jetten, käme ihnen banal und touristisch ausgeleiert vor. Sie haben beschlossen, nach Eisenach zu fahren. Dort könne man mit Eseln, wie seit je, auf die Luther-Burg reiten. Kirchen würden zu besichtigen sein. Ein anderes Deutschland sei, nebenbei, zu erkunden.

Die fidelen Damen brechen übermütig auf. Sie sind mit Wein, Eßvorräten und den üblichen Vorurteilen über die immer noch so genannte „Zone" gerüstet, und sie finden viele ihrer Vorurteile denn auch gleich voreilig bestätigt. Sie lassen sich ihre Ferienlaune nicht verdrießen. Sie fallen bei einem Eisenacher Friseur ein, um sich dort, wieder aus juxiger Laune, fidel verunstalten zu lassen.

Sie trinken Krimsekt in der Hotelhalle, tanzen mit schrecklich korrekten Kavalieren von der NVA. Eine läßt sich sogar von einem Landesverteidiger des Arbeiter- und Bauernstaates küssen. Sie schlafen (eine besonders hübsche Szene!) bei einer Predigt im Dom von Eisenach ein. Sie steigen (viel zu spät) auf die Wartburg. Die berühmten Esel sind nachmittags schon aus dem Touristenverkehr gezogen. Sie fahren heim. Sie sind von einer halb komischen, halb traurigen Katerstimmung befallen. „Drüben" war alles so fremd und reichlich exotisch. Anders als zu Hause war es aber eigentlich nicht.

Das skizzenhafte, völlig unaufdringliche Lehrstück war zuerst ein Hörspiel. Das merkt man seiner Machart auf dem Theater an: Lauter kleine Momentaufnahmen, mal übermütig, mal melancholisch, mal auf jungmädchenhafte Weise verrückt, dann wieder Nachdenklichkeit und auf nicht ungeschickte Weise doch besinnlich.

Die Berliner Fassung nun tut sich reichlich schwer. Die vier Reisedamen (Gudrun Gabriel, Hansi Jochmann, Uta Halland und Heidi Baratta) schwätzen und agieren ganz handfest, unterschiedlich weiblich und bezüglich. Dietmar Pflegel, der Regisseur, aber hat von Erich Offermann lauter stabile Bühnenbilder bauen lassen. Umbaupausen zwischen den skizzenhaft leichten Szenen dauern jeweils länger als die eigentlichen ausgestellten Spielbilder.

Das bremst das kleine Spaßstück. Es verdüstert den schwirrenden Vorgang. Die schwere Hand der Regie läßt Frau Roths hübsche kleine Beobachtungen und Einfälle, läßt den Hintersinn dieser übermütigen Damenausfluges über die Zonengrenze kaum genügend leicht, leichtsinnig und damit gerade genügend hintersinnig werden.

Was so vorsätzlich leicht und mit doppelbödig tupfender Hand geschrieben ist, kann sich, wenn so bierernst aufgeblättert wie hier, gar nicht angemessen präsentieren. Es wurde statt mit Federbällen wie mit Bleikugeln in die Luft geworfen. Freundlicher, wenn auch etwas betretener Beifall. FRIEDRICH LUFT



Einige von ihnen könnten noch Maler werden: „Zwischenbilanz" in Bonn

Gedächtnistraining im Höllenfeuer

Eigentlich schade. Auch wenn man die sogenannten „Jungen Wilden" nicht unbedingt als bedeutende Maler schätzte, so vermittelten sie vor vier, fünf Jahren doch wenigstens ein originäres Lebensgefühl: Sie stiegen aus mit der Gewißheit, nicht aussteigen zu können. Alles, was sie da hinschmierten, hinfetzten, war getragen von Lebendigkeit einerseits, war andererseits geprägt von dem Leiden, eigentlich nichts zu leiden zu haben. Da hob sich alles selbst wieder auf, noch bevor es recht begonnen hatte. Nach der endlosen Wüste von Minimal Art, Concept Art, Pattern Painting war das fast sympathisch, zumindest aber ein unprogrammatisches Ärgernis. Nun aber zieht man schon Bilanz, jedenfalls „Zwischenbilanz", wie sich jene Ausstellung nennt, die Klaus Honnef im Auftrag des Auswärtigen Amtes zusammengestellt hat und die nun – nach Reisen von Graz über Innsbruck und München zurückgekehrt ist, wo sie geistig ihren Ausgangspunkt hatte: ins Rheinische Landesmuseum zu Bonn.

Honnef hat sich mit 15 Künstlern und rund 50 Bildern begnügt. Es ist müßig, darüber zu rechten, warum dieser oder jener Maler fehlt. Es ist auch Unsinn aufzurechnen, wer wann was gegen diese Malerei – oder dafür – gesagt hat. Und man sollte doch diesen grotesken Blödsinn lassen, diesen Bildern nachzusagen, sie hätten der Malerei nichts Neues hinzugefügt. Das war ja gerade ihr Hintergrund: Diese jungen Leute wußten, daß alles schon einmal da war, daß sie weder der Malerei noch sonstigen Bereichen des Daseins etwas wesentlich Neues bieten konnten. Aber leben (und malen!) wollten sie trotzdem. Nein, was Klaus Honnef uns hier als „Zwischenbilanz" präsentiert, ist schon längst wieder etwas anderes. Gierig hat der verödete Kunstmarkt, angetrieben von seinen Trommlern, in Kunsthallen und Museen, nach ihnen gegriffen, nach diesen Lustmolchen einer traurig-fröhlichen Vergeblichkeit. Das Programm wurde ihnen hinterhergeschmissen. Und plötzlich waren sie wer, all jene, die geglaubt hatten, gar nichts sein zu können.

Nun starren einem in der „Zwischenbilanz" schon wieder so viele ernste Beckmanns, frühe Picassos oder Otto Muellers entgegen, daß man erschrickt. Reiner Fettings grotesk verzerrte Körper („Ricky III", 1983) zum Beispiel vor wogenden Farbflächen oder Helmut Middendorfs hammerschwingender dürrer Mann („Hammer I + II", 1982) – da ist eine solche Eindeutigkeit gegeben, ein ungebrochenes Bildpathos, daß einem kaum die Idee kommt, hier habe jemand irgendwelche Schwierigkeiten mit der Einordnung seiner selbst oder gar seiner Umwelt.

Die Ironie ist ins Rutschen gekommen, weil sie sich längst wieder ernst nimmt. Volker Tannert etwa malt „Gedächtnistraining" (1982): Ein riesiges Bein, das sich von einem Kopf abstößt, der wie ein lockerer Felsbrocken herumrollt; und das zweite, geradezu winzige Bein sucht ebenfalls Halt auf einem solchen „Geröll", das freilich in der Luft schwebt. Eine verzweifelt ernste Situation trotz ihrer Komik. Und gemalt ist das mit der Verve eines Höllenfeuers. Nur wirkt dieser zu sich selbst gekommene Ernst manchmal banal, weil er das Bewußtsein der Banalität nicht mehr mitmalt. Thomas Wachweger läßt Panzer und Flugzeuge auf den Menschen einstürmen, der im einen Arm den Tod und im anderen die Mickey-Mouse hält („Mickey Mouse oder Tod", 1983). Der Versuch ein Symbol schlimmer Alternativen zu erfinden, wird zum Klischee, weil er sein Repertoire nicht in Frage stellt.

Natürlich gibt es auch Gegenbeispiele. Werner Büttner etwa malt ein „Schwein mit Emblem" (1983). Die Banalität trifft. Das Schwein ist ein leidendes Vieh. Das Emblem verstärkt die Bedeutungslosigkeit. Das Banale spricht von Ratlosigkeit. Da ist sie noch, diese Geste des treffenden Nicht-Wissens.

Die „Wilden" (oder auch „Neuen") haben sich aber prinzipiell selbst eingeholt. Ihr Gestus wurde – o Zeit! – zur Haltung. Und das setzt die Grundstimmung außer Kraft. Der Prozeß war unausweichlich. Nun wird sich die Spreu vom Weizen trennen. Einige von ihnen könnten Maler werden. Den Rest wird der Kunstmarkt verdauen. Zwischenbilanz. Eigentlich schade. (Bis 15.7.; Katalog 19,80 Mark)

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH



Das ungebrochene Bildpathos der Neuen Malerei: „Hammer I" von Helmut Middendorf (1982) aus der Ausstellung „Zwischenbilanz" FOTO: KUNSTFORUM



Als komische Furie der Lächerlichkeit preisgegeben: Nancy Henninger als Vitellia in Herbert Wernickes Bremer Mozart-Inszenierung FOTO: KLAUS LEFEBVRE

Ohne Milde: „La Clemenza di Tito" in Bremen

Treue achte ich gering

Die Meistersinger und das festfreudige Nürnberger Volk hatte er bei seiner letzten Hamburger Wagner-Parade unsanft in einen Holzverschlag gezwängt. Für seine jüngste Bremer Inszenierung von Mozarts später Opera seria „La Clemenza di Tito" reichte Herbert Wernicke simple Bretter-Symbolik nicht mehr aus, es mußten Piranesis Carceri her als allesbindende, allesdeutende Bühnenbildkonzeption.

Kein prächtiges Forum Romanum also mehr, kein Kapitol, kein Zeichen gesicherter Cäsarenmacht und -herrlichkeit. Stattdessen eine aus schwarzglänzendem Marmor gefügte Palast-Gruft als Austragungsort der römischen Liebesintrigen und des versuchten Kaisermords. Titus ein Gefangener seiner Macht, seiner Eitelkeit, seiner Memmenhaftigkeit, seiner homophilen Neigungen, ein Herrscher mit unübersehbaren psychopathischen Zügen. Mit Mozarts „Titus" hatte das nur noch wenig zu tun.

Zwar ist Titus auch bei Mozart und seinen Librettisten nicht einzig auf übermenschliche Güte fixiert. La Clemenza, die Milde, läßt sich bei ihm nicht wie eine Himmelsgabe beliebig aus dem Ärmel schütteln. Sie will – und das macht die Größe der Mozartschen Titus-Figur – von einem Menschen mit menschlichen Möglichkeiten immer neu errungen sein im harten Kampf mit Gerechtigkeitssinn und Treue zu den Gesetzen, die für den Attentäter Sextus nur den Tod kennen. Doch von solchen Prämissen will Wernicke nichts wissen. Sein Titus, zu Beginn nicht ohne Witz wie ein von Tischbein gemalter Goethe in der Campagna als Schöngeist auf die Bühne gehoben, ist letztlich nur ein Jammerlappen, ein Laffe. Das Idealbild eines Herrschers muß eben auf Deubel komm heraus zum Banalbild werden. Macht mit Milde gepaart, kann, so Wernicke, nur die schlimmsten Folgen haben, nämlich Inhumanität. Um diese Mozarts Intentionen rüde verzerrende These an den Mann zu bringen, scheute der Regisseur auch vor einem absurden Finale nicht zurück. Da müssen zu Titus' schmerzvoller Arie „Wenn der Untertanen Treue nicht durch Liebe ich erwerbe, achte ich gering die Treue, die auf Furcht gegründet ist" Bühnenarbeiter die schwarzen Podeste, Treppchen und Sockel von der Bühne transportieren und zu allem Überfluß darf zu dieser ja wirklich brandneuen Idee auch noch eine Putzfrau ihren Besen schwingen. Mozart-Demontage auf biligstem Niveau.Die Ohnmacht des Regisseurs hätte sich nicht besser offenbaren können. Die Bremer Premierengäste quittierten das Ganze denn auch mit anhaltenden Buhs.

Die anderen Protagonisten blieben gleichfalls nicht von Wernickes Verzerrungsmanie verschont. Vitellia, die macht- und liebesbesessene Heroine, wird zur komischen Furie, der Lächerlichkeit preisgegeben, obwohl sie doch schicksalhafte Drahtzieherin alles Unheils ist. Sextus, der Verräter aus Liebesleidenschaft, wird mal als Puppe, mal als Blindekuh herumgescheucht, Praetorianerführer Publius wird zum Kriecher à la Wurm oder zum Magier stilisiert. Und die jungen Liebenden Annius und Servilia dürfen in Augenblicken, in denen Leben auf dem Spiel steht, munter Federball spielen, als sei man auf „Cosi fan tutte" abonniert. Rührung kommt einzig in der großen Begegnung zwischen Titus und Sextus auf, bei der sich Wernicke alle Mätzchen versagt und nur auf Wort und Musik setzt.

Mozarts Musik mit ihren herrlichen Arien-Eingebungen hatte denn auch die Kraft, allen szenischen Ekzessen zu trotzen. Ulrich Weder dirigierte akkurat und zügig, die Orchesterfarben gerieten allerdings nicht immer differenziert genug. Marilyn Found als Sextus war stimmlich und darstellerisch hervorragend. Ihr ebenbürtig Katherine Stone als Servilia und Susanne Klare als Annius. Nancy Henninger als Vitellia und Joe Turpin als Titus hatten anfangs noch mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Großer Applaus für die jugendliche Sänger-Schar. KLÄRE WARNECKE

Nach dem Umbau: Berlins Ägyptisches Museum

Der Königin ein Salon

Der neue Salon von Charlottenburgs schöner Königin Nofretete mißt genau 55 Quadratmeter. Im Obergeschoß des Ägyptischen Museums in Berlin hat die Dame jetzt ein Einzelzimmer. Unter einer hieb- und stichfesten Plexi-Vitrine kann sie dem Ansturm der Besucher gelassen entgegensehen. Legere güldene Ketten sorgen überdies für respektierliche Distanz.

Seit Sonntag steht das Museum im „östlichen Stüler-Bau" gegenüber Schloß Charlottenburg wieder vollständig dem Publikum offen. Der 1. Juli ist ohnehin der „Geburtstag" des Instituts: 1828 bekam die „Ägyptische Sammlung" innerhalb der königlich-preußischen Kunstsammlungen ihren selbständigen Status.

Die Renovierung der 1851 bis 1859 von dem Schinkel-Schüler Friedrich August Stüler errichteten ehemaligen Offizierskaserne ist ein schönes Beispiel, wie Staat und bürgerliches Mäzenatentum segensreich zusammenwirken können. Das Land Berlin trug als Hauseigentümer 650 000 DM für den Umbau des Stammgebäudes bei, der Verein zur Förderung des Ägyptischen Museums spendierte beträchtliche 550 000 DM für die Vitrinen und vielerlei „Kleinigkeiten" der Inszenierung. Rechnet man den angrenzenden „Erweiterungsbau", den Marstall, hinzu, hat sich der Verein inzwischen sogar schon mit 1,15 Millionen DM engagiert. Solche Freunde muß man haben!

Durch den Umbau nach Entwürfen der Congress-Centrums-Architekten Ralf und Ursulina Schüler wurde das klassizistische Raummaß wiedergewonnen, die Decken haben nun erneut ihre ursprüngliche Höhe. Nach der allerneuesten Konzeption des gewieften Museums-Dramaturgen Jürgen Settgast findet jetzt eine Trennung der Bestände statt: die kunstgeschichtlich wichtigen Werke stehen im Stüler-Bau, die kulturhistorische Abteilung bleibt im dreischiffigen königlichen Marstall. Die Präsentation der 110 Exponate im Haupthaus setzt ganz auf die Faszination durch Kostbarkeit. In den 13 Schauräumen, durch die den Besucher zwei tatsächliche „Rundgänge" führen, hebt eine raffinierte Lichtregie die Stücke aus striktem Dunkel. Ob wir den „Grünen Kopf" aus frühptolemäischer Zeit oder das königliche Rendezvous „Spaziergang im Garten" aus der Amarna-Phase bewundern – alles ist nobel, klar und großzügig arrangiert.

Ist schon der Verzicht auf jegliches Tageslicht, der permanente Grabstätteneffekt im Schummerschein höchst problematisch, so ist es die Absage an herkömmliche Informations-Hilfen ganz und gar. Die Kunstwerke verschiedener Provenienz, Datierung, Geschichte und Funktion stehen unerklärt in ihren Vitrinen. Später soll es „Lesepulte" geben: die Besucher müssen dann zwischen den Objekten und der „Lektüre" hin- und herpendeln. Aber diesem Mangel ist wohl abzuhelfen.

PETER HANS GÖPFERT

JOURNAL

Nisametdin Achmetow zwangspsychiatrisiert

DW. Bonn

Der baschkirische Dichter und Dissident Nisametdin Achmetow ist, wie jetzt bekannt wurde,in der psychiatrischen Sonderklinik Talgar bei Alma-Ata in Kasachstan interniert. Der 37jährige, der bereits 19 Jahre in Haft verbracht hat, wurde wahrscheinlich bereits im vergangenen Jahr zwangsweise in eine psychiatrische Klinik eingeliefert. Seit Anfang 1983 war sein Aufenthaltsort nicht zu ermitteln gewesen. Achmetow ist Ehrenmitglied des französischen und österreichischen Pen-Clubs. Erst dieser Tage wurde ihm in Rotterdam ein internationaler Poesie-Preis zugesprochen.

EG-Filmpreis an T. Galifs „Prinzen"

DW. München

Der mit 10 000 Mark und einer Vertriebsfördungsprämie von 50 000 Mark dotierte Filmpreis der Europäischen Gemeinschaft wurde beim Münchner Filmfest „Les Princes" (Die Prinzen) von Tony Galif, eine „empfindsame und ehrliche Beschreibung eines Zigeunerlebens" in Europa, zuerkannt. Drei weitere Filme wurden mit einer besonderen Erwähnung hervorgehoben: „Rocking Silver" des Dänen Erik Clausen, „Die Reise nach Kythera" des Griechen Theo Angelopoulos und „Brussels by Night" des Belgiers Marc Didden.

Streik der Regisseure in Amerika abgewendet

AP. Hollywood

Der Verband der Regisseure Amerikas hat sich mit den Film- und Fernsehproduzenten sowie den drei größten Fernsehanstalten auf eine 16- bis 17prozente Erhöhung der Gagen in den nächsten drei Jahren geeinigt. Außerdem sollen die Tantiemen aus dem Verkauf von Videokassetten angehoben werden. Damit ist ein Streik, es wäre der erste in der amerikanischen Filmindustrie, abgewendet worden.

Dennis Russell Davies bleibt in Stuttgart

DW. Stuttgart

Dennis Russell Davies, Generalmusikdirektor des Württembergischen Staatstheaters Stuttgart, wird seinen Ende dieser Saison auslaufenden Vertrag mit dem Württembergischen Staatstheater verlängern. Davies wurde außerdem vom Philadelphia Orchestra und der Leitung des Saratoga-Festivals (USA) zum Chefdirigenten und künstlerischen Leiter dieses Festivals (der Sommerresidenz des Philadelphia Orchestra) berufen.

Hasselblad-Preis an Manuel Alvarez Bravo

AFP, Göteborg

Dem mexikanischen Fotografen Manuel Alvarez Bravo ist in Göteborg der Hasselblad-Preis verliehen worden. Die als „Nobelpreis der Fotografie" geltende Auszeichnung ist mit 20 000 Dollar dotiert. Die Hasselblad-Stiftung zeichnete den 82 Jahre alten Fotografen dafür aus, daß er mit fotografischen Mitteln bedeutend zur Verbreitung der mexikanischen Kultur beitrug.

Preis für G. Lagorios „Tosca mit den Katzen"

dpa, Viareggio

Eine der renommiertesten Literaturauszeichnungen Italiens, der Viareggio-Preis, geht an die Schriftstellerin Gina Lagorio für „Tosca dei Gatti" (Tosca mit den Katzen). Der Roman erzählt die Geschichte einer im Alter vereinsamten Frau. Sie geht als Hausmeisterin an die ligurische Riviera. Dort hat sie nur in den Sommerwochen Gesellschaft, wenn die Zweitwohnungsbesitzer ihre Ferien an der Küste verbringen. In den übrigen Monaten widmet sie sich ihren Katzen.

MUSIK-KALENDER

3. **Köln**, Internationale Sommer-Akademie des Tanzes (bis 15. Juli)
4. **Saarbrücken**, Staatstheater: Beethoven: Fidelio (ML: Kuntzsch, R: Hundorf)
8. **Berlin**, Metropol: Benjamin Britten: Ein Sommernachtstraum
   Karlsruhe, Staatstheater: Prokofieff: Peter und der Wolf / Rossini: Pinocchio (Choreogr.: Casado)
14. **München**, Opern-Festspiele (bis 31. Juli)
20. **Bregenz**, Festspielhaus: Puccini: Tosca
    München, Staatstheater am Gärtnerplatz: Weill/Brecht: Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny (ML: Schmöhe)
    Berlin, Theatermanufaktur am Halleschen Ufer: Peter Maxwell Davies: Der Leuchtturm
21. **Karlsruhe**, Staatstheater: Puccini: Das Mädchen aus dem goldenen Westen (ML: Wächter, R: Herlischka)
    Bregenz: Seebühne: Zeller: Der Vogelhändler
    Schloß Pommersfelden, Sommerkonzerte des Collegium Musicum (bis 12. Aug.)
25. **Bayreuth**, Richard-Wagner-Festspiele (bis 29. Aug.)
28. **Hitzacker**, Sommerliche Musiktage (bis 5. Aug.)

„Ich hole den Jumbo nach Berlin"

Von WERNER KAHL

Conrad Jacoby hat mit dem Umzug von Frankfurt nach Berlin in den Luftkorridoren, die West-Berlin mit dem übrigen Bundesgebiet verbinden, nicht den Himmel voller Geigen versprochen. „Ich hole aber den Jumbo nach Berlin", versicherte der Direktor von PanAm für Deutschland und Zentraleuropa. Das Ziel vom Sommer 1985 an ist der Flug im Jumbo nach den USA – mit Zwischenlandungen in Hamburg, Frankfurt oder Zürich; das Endziel die Nonstop-Überquerung des Atlantik.

Neben dem Düsenriesen dürfte die reguläre Berlin-Luftflotte wie ein Sardinenschwarm erscheinen. Von „Sardinenbüchsen" sprach denn auch Karlheinz Duse-Utesch, Bläser im Berliner Philharmonischen Orchester, bevor der Oftflieger jetzt zum Gastspiel nach Japan entschwand. Zu geringe Kapazität, häufig ausgebuchte Flüge, dementsprechend lange Wartelisten sowie am Geschäftsleben und touristischen Unternehmungen orientierte Flugzeiten gehören denn auch zu den ständigen Klagen über den Luftverkehr mit Berlin.

Die Freie und Hansestadt Hamburg, um ein Beispiel zu nennen, ist selbstverständlich für den rheinischen Geschäftsmann via Köln/Bonn mit Büroeröffnung zu erreichen. 6.45 Uhr startet die Lufthansa in der Wahner Heide. Ankunft 7.45 Uhr Hamburg-Fuhlsbüttel. Ebenso frühzeitig sind die Starts Richtung Norden von München (6.35) oder Frankfurt (7.15 Uhr) aus. Nach Berlin startet die erste Maschine von Köln dagegen erst um 8.15 Uhr. Gehen für die Fluggesellschaften in West-Berlin die Uhren anders?

Mit ganzen drei Ausnahmen ist auch abends auf dem Westberliner Zentralflughafen Tegel mit 19.55 Uhr relativ früh „Ladenschluß". Ganz anders disponiert da die „DDR"-Flugkonkurrenz auf dem Ostberliner Flughafen Schönefeld. Hier werden Flüge nahezu rund um die Uhr offeriert. „Da spielt Wirtschaftlichkeit eben keine Rolle, von Umweltschutz ganz zu schweigen", klagt Bernd Wietfeld, Sprecher von British Airways in Berlin. Drüben werde nur auf Devisenkasse geachtet.

In den drei Luftkorridoren, die West-Berlin mit dem Bundesgebiet seit 1945 verbinden, gibt es schon länger so gut wie kaum noch Konkurrenz unter den alliierten Luftfahrtgesellschaften Air France, British Airways (BA) und Pan American. Liegt dort der tiefere Grund aller Klagen? Man hat sich die Strecken aufgeteilt. Die BA fliegt nach Düsseldorf – auf diesem Teilstück konkurriert die Air France allerdings noch dreimal täglich – Köln/Bonn, Bremen und Hannover. PanAm fliegt nach Hamburg, Frankfurt, Nürnberg und München. Nur Stuttgart wird noch gemeinsam von BA und PanAm angesteuert.

Mit sechs Maschinen fliegt die BA täglich 48 Einsätze. Vier Maschinen gehören schon zum Typ Boeing 737 – endgültig soll die Umrüstung auf diesen „City-Jet" im Februar '85 beendet sein. Das Platzangebot werde dadurch moderner und bequemer, verspricht die BA. Leider nicht umfangreicher. Immerhin etwas, auch wenn der eilige Geschäftsmann weiterhin sehen muß, wie er nach Berlin kommt. So steht also zu befürchten, daß wichtige Interessen der Stadt weiterhin auf der (schmalen Flug)-Strecke bleiben, weil es nicht möglich ist, die Stadt so kurzfristig wie jede andere in Europa zu erreichen. Berlin ist eben nicht eine Stadt wie jede andere. Ihr fehlt die moderne Zuganbindung an den Intercity-Verkehr und Trans Europa Express.

Auch bei PanAm bemüht man sich um Verbesserungen. Die Gesellschaft sucht gegenwärtig nach Auskunft von Harold Kosel, dem langjährigen Sprecher der Gesellschaft, „größeres Gerät". Die Boeing-Werke bieten für den Berlin-Verkehr einschließlich Anschlußflüge ins europäische Ausland das neue 737-300 Modell an. (Bisher fliegt die 737-200.)

McDouglas wirbt mit der Super 80 (150 Sitze). Die deutsche Airbus Industrie avisiert die Modelle 310/320, wobei das Modell 320 von Fachleuten als „ideal" bezeichnet wird. Der Haken ist nur, daß dieser Typ noch nicht auf dem Markt ist.

Die Entscheidung für eines der neuen Modelle hängt freilich, so Kosel, von „wirtschaftlichen Erwägungen" ab, was im Klartext bedeutet, daß es sehr wohl doch wieder eine Entscheidung für ein kleineres Modell geben könnte. Andererseits würde der Einsatz von Großraumflugzeugen so lange nichts nützen, im Gegenteil schaden, wenn dafür das bisherige Angebot zusammengestrichen würde.

Was den Jumbo betrifft, den PanAm-Direktor Conrad Jacoby vor kurzem in die Schlagzeilen der Lokalblätter manövrierte, so überlegt die Gesellschaft ernsthaft, Berlin vom kommenden Sommer an als letzte Etappe in das Jumbo-Streckennetz einzubeziehen. In Frage kommen die Strecken Berlin–Hamburg–New York, New York-Frankfurt–Berlin und umgekehrt oder via Zürich. Für einen täglichen Shuttle, vergleichbar dem zwischen Washington und New York, sei aber „nichts drin".

Seit Sonntag gibt es nun eine erste Verbesserung für den Service-entwöhnten Berlin-Flieger: In der Club-Klasse, die durch einen beweglichen Vorhang von den Mitreisenden getrennt ist, soll der Passagier wieder umworben werden. Er erhält einen schnelleren Check-in, darf 10 Kilogramm Gepäck mehr mitnehmen und wird mit „delikaten Menüs" verwöhnt. Aufpreis nach Düsseldorf oder Köln 23 Mark, auf der Kurzstrecke nach Hannover 20 Mark. Die Teilnehmer des „Jungfernfluges" empfanden das Unternehmen vergangenen Sonntag allerdings eher als schleichende Preiserhöhung. Sie sollten in die variable Club-Klasse genötigt werden, obwohl in der Economy-Class noch Plätze frei waren. Erst auf nachhaltiges Drängen erhielten sie den gewünschten „Billig-Platz".

Neues Material zum Fall Galileo Galilei?

dpa, Vatikanstadt

Der Vatikan hat am Montag eine neue Ausgabe der Dokumente über den Prozeß gegen Galileo Galilei angekündigt. Der Wissenschaftler aus Pisa war 1633 von einem Kirchengericht zu lebenslanger Haft verurteilt und gezwungen worden, seinen Theorien abzuschwören. Die Kirche mißbilligte Galileis These, die Erde drehe sich um die Sonne und sei nicht Zentrum des Planetensystems. Einzelheiten des Verfahrens gegen den Physiker und Astronomen sowie zum Teil auch Motiv und Anlaß des Verfahrens sind weiterhin umstritten. Den Anstoß zu neuen Forschungen über Galilei gab 1979 Papst Johannes Paul II. Die neue Ausgabe der Prozeßakten berücksichtigt sechs bislang unbekannte Dokumente. In ihrer Einleitung heißt es, viele andere Prozeßakten seien verloren gegangen, als sie auf Geheiß Napoleons 1810 bis 1817 in Paris aufbewahrt wurden. In der Einleitung steht ferner, die Annahme, die Jesuiten hätten Galilei angezeigt, sei wahrscheinlich falsch. Das Papier, auf dem der Wissenschaftler beschuldigt wurde, zeige das Wappen eines hochgestellten Kirchenmannes, *der mit Sicherheit Erzbischof* oder Kardinal war.

Bei Sonnenbad erschossen

AFP, Straßburg

Offenbar versehentlich erschossen wurde am Wochenende eine 45jährige Lehrerin auf ihrer Terrasse in Bischweiller bei Straßburg. Der 52jährige mutmaßliche Schütze, der die Frau aus 100 Meter Entfernung durch eine Hecke ins Herz traf, erklärte, er habe ungezielte Warnschüsse gegen bellende Hunde abgegeben.

Sommer-Heizpflicht

dpa, Hamburg

Vermieter müssen auch an kalten Sommertagen heizen, wenn die Mehrheit der Mieter darauf besteht. Das gelte auch für Verträge mit eingeschränkter Sommerheizung, hieß es in einer Mitteilung des Hamburger Mietervereins. Das Gesetz schreibe eine ganzjährliche „Gebrauchstauglichkeit" der Wohnung vor.

Gefährliche Bohlen

AP, Köln

Vor Eisenbahnschwellen auf Kinderspielplätzen haben die Niedergelassenen Ärzte Deutschlands gewarnt. Ihre Imprägnier-Lösung enthalte krebserregende Stoffe.

In der Sauna verbrannt

dpa, Stockholm

Ein 57jähriger Ehemann in der westschwedischen Stadt Boras soll seine Frau in der aufgeheizten Saune eingesperrt haben, wo sie auf qualvolle Weise ums Leben kam. Der Ofen, der nur von außen abzustellen war, lief derweil auf Hochtouren. Der Mann wurde verhaftet.

Explosion in Hochschule

dpa, Esslingen

Einen Sachschaden von rund 4,5 Millionen Mark hat eine Explosion in der Fachhochschule für Technik in Esslingen verursacht. Ein dreistöckiger Gebäudetrakt brannte völlig aus.

ZU GUTER LETZT

„Farbiger Bademeister unter weißen Frauen im Bikini unerwünscht". Überschrift einer Meldung der Nachrichtenagentur epd aus Südafrika.

In Afrika verkommt jeder zweite Fisch

Welternährungsorganisation will Fischfang verdoppeln

RÜHLE/AFP, Rom

In Afrika sind rund 40 Prozent des Fischfangs für den menschlichen Verzehr verloren. Der Hauptgrund hierfür ist, wie auf der gegenwärtig in Rom stattfindenden Weltfischereikonferenz festgestellt wurde, der Mangel an Konservierungs- und Transportmöglichkeiten in den meisten afrikanischen Staaten. Der Kampf gegen diesen Mißstand ist eines der Hauptanliegen der von der Welternährungsorganisation FAO einberufenen Konferenz, an der mehr als 140 Nationen teilnehmen.

Das von Spaniens König Juan Carlos eröffnete Treffen war die erste Tagung ihrer Art nach der Annahme des neuen Meeresrechts von 1982, das die Ausdehnung der Hoheitsgewässer von drei auf 200 Seemeilen vorsieht und den Küstenländern eine wesentliche Potenzierung des Fischfangs ermöglicht.

Im vergangenen Jahr betrug die Produktion 76 Millionen Tonnen; mehr als 90 Prozent wurden davon in den eigenen engbegrenzten Hoheitsgewässern gefischt. 40 Prozent des Gesamtfanges gingen dabei auf das Konto der fünf Länder Japan, UdSSR, China, USA und Chile. Seither hat sich daran ebensowenig geändert wie an der Tatsache, daß wenigstens ein Drittel des Fanges für den menschlichen Verzehr verloren geht, zu Fischmehl verarbeitet wird oder aber verdirbt. In Afrika sogar fast die Hälfte.

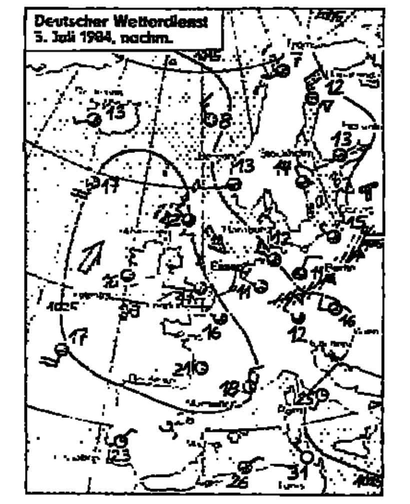
Die Aufgabe besteht darin, den genießbaren Fisch im Laufe der nächsten zwei Jahrzehnte zu verdoppeln.

Das Aktionsprogramm der Konferenz umfaßt fünf Themenkreise: Planung, Bewirtschaftung und Entwicklung der Kleinfischerei, Welthandel mit Fisch und Fischereiprodukten, Entwicklung der Aquakultur, die Rolle des Fischs in der Bekämpfung der Unterernährung. Jedes dieser Programme ist auf fünf Jahre Dauer angelegt. Die erforderlichen Mittel belaufen sich auf 75 Millionen Dollar.

Angesichts des Hungers in der Welt kommt dem Fischfang zweifellos wachsende Bedeutung zu. Nach den Schätzungen der Vereinten Nationen ist der Mangel an Proteinen, Vitaminen und anderen Ernährungselementen daran schuld, daß jährlich neun Millionen Kinder auf unserem Planeten sterben und sieben Millionen unterernährt bleiben. Mehr als 600 Millionen Menschen in den Entwicklungsländern leiden an Anämie und 150 Millionen an Gicht. Das sind Zahlen, die es zur Pflicht machen, alles zu tun, um das Aktionsprogramm der Weltfischereikonferenz zu verwirklichen und den Reichtum der Weltmeere besser auszuschöpfen, andererseits jedoch die Meere nicht durch Kurzsichtigkeit und Raubbau steril werden zu lassen.

WETTER: Etwas wärmer

Wetterlage: Zwischen einem Hochdruckgebiet über dem Ostatlantik und tiefem Luftdruck über Skandinavien fließt kühle Meeresluft aus Nordwest nach Mitteleuropa.



Vorhersage für Mittwoch:

Norddeutschland und Berlin: Wechselnde Bewölkung und einzelne Schauer. Höchsttemperaturen um 15 Grad, Tiefsttemperaturen in der Nacht um 9 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Nordwest.

Übriges Bundesgebiet: Wechselnde Bewölkung, nur vereinzelt Schauer. Höchsttemperaturen 16 bis 20 Grad, nachts um 8 Grad. Schwacher Wind aus westlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:

Wetterberuhigung und etwas wärmer.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	11°	Kairo	31°
Bonn	13°	Kopenh.	16°
Dresden	11°	Las Palmas	22°
Essen	11°	London	17°
Frankfurt	13°	Madrid	26°
Hamburg	12°	Mailand	27°
List/Sylt	12°	Mallorca	24°
München	12°	Moskau	19°
Stuttgart	10°	Nizza	19°
Algier	26°	Oslo	13°
Amsterdam	12°	Paris	16°
Athen	31°	Prag	10°
Barcelona	25°	Rom	25°
Brüssel	12°	Stockholm	14°
Budapest	21°	Tel Aviv	30°
Bukarest	27°	Tunis	31°
Helsinki	13°	Wien	16°
Istanbul	24°	Zürich	18°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 4.57 Uhr, Untergang: 21.48 Uhr; **Mondaufgang:** 12.56 Uhr, Untergang: 0.57 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel



Seit jeher Magnet für Touristen, Jungvermählte und Abenteurer: die Niagara Fälle.
FOTO: DIETER PREISS

Und ewig lockt der Sprung in die Tiefe

HANS J. STÜCK, Niagara Falls

Seine stählernden Nerven bewies jetzt der kanadische Motorrad-Stuntman Karel Soucek (37), der den Sturz über den kanadischen Niagarafall in einer Tonne mit geringfügigen Verletzungen überlebte.

Der aus der Tschechoslowakei stammende Stuntman ließ sich kurz vor dem gewaltigen Wasserfall in den Niagara-Fluß setzen, der ihn wie ein Geschoß in die Gischt der 52 Meter hohen Hufeisenfälle auf kanadischer Seite katapultierte. Dabei war er zwischen drei bis vier Sekunden in der Luft, bevor er mit einer Geschwindigkeit von mindestens 120 km/h auf dem Wasser aufprallte.

„Ich bin schon gegen manche Betonwand mit größerem Tempo gebraust", sagte der tollkühne Kanadier, als er nach insgesamt 45 Minuten aus dem Wasser gehievt wurde. „Ich fühlte mich wie beim freien Fall, bevor sich der Fallschirm öffnet."

Souceks Stahltonne war für das Abenteuer mit Kunststoff ausgepolstert worden. Wegen der Hitze trug er keinen Schutzhelm, weshalb er sich beim Aufprall den Kopf verletzte, als seine mit mehreren Uhren, einem Kompass und einer Taschenlampe beschwerten Arme nach oben schlugen. Er wurde unmittelbar nach dem Abenteuer in ein Krankenhaus gebracht, wo seine Abschürfungen und Schnitte am Kopf ambulant behandelt wurden.

„Ich fühle mich phantastisch", sagte er beim Verlassen des Hospitals, „ich bezwang die Fälle, weil ich sie als Herausforderung ansah."

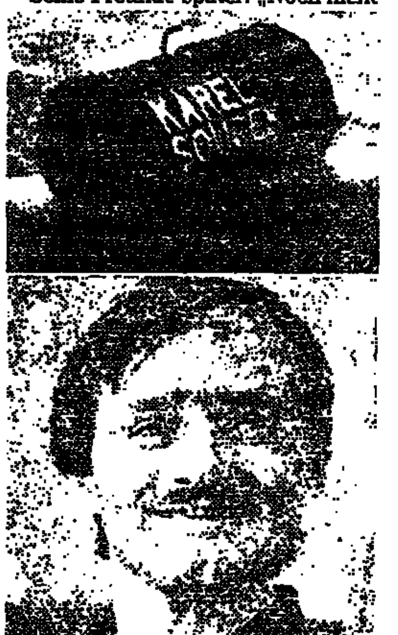
Soucek, der als nächstes mit dem Motorrad zum Nordpol fahren will, war der fünfte Mensch, der den absichtlichen Sturz über die mächtigen Fälle an der amerikanisch-kanadischen Grenze lebend überstanden hat. Drei anderen kostete das Wagnis das Leben. Zum letzten Mal war das lebensgefährliche Abenteuer 1961 einem Mann aus New York gelungen.

Da der wahnwitzige Sturz über die Fälle verboten ist, muß Soucek eine Bagatellstrafe von fünfzig Dollar zahlen. Das Kunststück, das er vollbrachte, wird in den beiden Ländern, die sich die Fälle teilen, als kleineres Vergehen geahndet.

Nach seinem Sturz über die majestätischeren kanadischen Fälle mußte Soucek von seinen Helfern aus dem Wasser gefischt werden, da seine Tonne in seichtem Wasser zwischen Felsen gelandet war, wohin sich kein Ausflugboot wagen wollte.

Während des gesamten Unternehmens war Soucek über Walkie-Talkie mit seinen Freunden in Verbindung. In der Tonne hatte er einen Schnorchel zum atmen. Durch zwei kleine Öffnungen konnte er ins Freie sehen.

Seine Freunde später: „Noch nicht mal gezittert hat er, als wir ihn rausholten. Gestrahlt hat er, wie nach einer harmlosen Karussellfahrt."



Nachdem er den „Sturzflug" in diesem Behälter (oberes Foto) überlebte, will er nun auf dem Motorrad zum Nordpol: Karel Soucek.
FOTOS: AP/CP

Der erste Mensch, der diese Wasserhölle zu überqueren wagte, war vor 125 Jahren in den ersten Juli-Tagen 1859 ein Hochseilartist. Seither haben sich immer wieder tollkühne Männer und Frauen auf dem Hochseil, im treibenden Faß oder als Schwimmer mit dem brüllenden Gewässer gemessen.

Angefangen hatte der Nervenkitzel vergleichsweise noch harmlos. Man lenkte ausgediente, bemannte Schiffe in die Strömung, um sie am Fuße der Fälle krachend in tausend Stücke zersplittert zu sehen. Verboten wurde, die Schiffe zum Gaudium der Zuschauer mit Ziegen, Bären, Büffeln und anderen Tieren zu beladen. Bald aber lockten die Niagarafälle Artisten an, die bereit waren, ihr Leben aufs Spiel zu setzen.

Ein „König der Lüfte" wollte er sein, Ruhm und Reichtum erwerben, der Seiltänzer Jean Francois Gravelet, der unter dem Künstlernamen Blondin auftrat. In den USA fand er geschäftstüchtige Manager, die seine Waghalsigkeit vermarkteten, und Karawanen von Neugierigen auf die Beine brachten. Schwarz von Menschen waren die Ufer der Niagarafälle, als Blondin am 30. Juni 1859 ein 350 Meter langes, 7,5 cm dickes Seil 60 Meter hoch über den Wasserfall spannen ließ und in den Tagen darauf unbekümmert losmarschierte. Blondin begann Kunststücke zu vollführen, die die Menge erstarren ließ. Er rannte über das Seil, machte einen Überschlag, ging rückwärts, sogar auf Stelzen.

Als sich der „König der Lüfte" ins Privatleben zurückzog, suchten die anager der Niagara-Show eine neue Attraktion, die gesteigerten Nervenkitzel versprach. Sie fanden sich immer wieder. Die Menschen wurden nicht gezählt, die ihren Leichtsinn mit dem Leben bezahlten.

Erschossener Autofahrer war volltrunken

rtr, Köln

Der 39jährige, der am frühen Sonntag nach einer Verfolgungsjagd durch Köln von Polizisten gestellt und von einem Beamten erschossen worden war, besaß keinen Führerschein und hatte einen Blutalkoholwert von drei Promille. Der Staatsanwalt teilte gestern weiter mit, es sei jedoch nach wie vor unklar, wie sich der tödliche Schuß aus der Dienstwaffe des 21jährigen Polizeibeamten lösen konnte. Die Form des Projektils deute darauf hin, daß das Geschoß am Türrahmen des Fahrzeugs abgefälscht worden sei.

Nach den bisherigen Ermittlungen der Polizei war dem Dormagener Installateur Klaus-Peter Weinkopf im vergangenen Jahr zum zweiten Mal der Führerschein wegen Trunkenheit am Steuer abgenommen worden. Dies könne auch erklären, warum er die Haltesignale der Polizisten mehrfach mißachtet habe, sagte der Staatsanwalt. Nach Feststellungen der Polizei hatte Weinkopf mit einer Geschwindigkeit von 150 Kilometern pro Stunde auch eine rote Ampel überfahren, bevor er gegen 02.30 Uhr vor einer von zwei Polizeifahrzeugen aufgebauten Straßensperre hielt.

Im Fond des Wagens seien Bierflaschen gefunden worden. Der tödliche Schuß habe sich gelöst, als sich zwei Polizeibeamte, die mit gezogener Waffe auf den Wagen zugelaufen waren, bei der Fahrertür versehentlich anrempelten. Der Schuß sei gefallen, obwohl der Beamte sagte, er habe den Finger nicht am Abzug gehabt.

Nach Angaben der Polizei durchschlug die Kugel den Türholm des Wagens und traf den Fahrer am Hals. Er war sofort tot. Nur wenige Minuten vorher habe er im Kölner Stadtteil Rodenkirchen ein parkendes Fahrzeug beschädigt und sei von einem Streifenbeamten angehalten worden. Bevor dieser die Personalien des Fahrers aufnehmen konnte, gab er Gas. Daraufhin sei es zu einer kurzen Verfolgungsjagd gekommen.

Der Polizeibeamte, der den Schuß abgab, war zur Zeit des Geschehens vier Stunden im Dienst. Gegen ihn ist ein Ermittlungsverfahren wegen fahrlässiger Tötung eingeleitet worden. Nach Angaben von Polizeisprechern hatte die Dienstwaffe keine Sicherung, allerdings müsse beim ersten Schuß ein Widerstand von sechs Kilopond überwunden werden. Der Beamte stehe „noch deutlich unter dem Eindruck des Ereignisses".

Mit dem jetzigen Verfahren ermittelt die Kölner Staatsanwaltschaft innerhalb eines Jahres zum zweiten Mal gegen einen Polizisten wegen fahrlässiger Tötung. Im August '83 hatte ein 36jähriger Kriminalbeamter in Zivil bei einer Verkehrskontrolle in Wesseling bei Köln einen angetrunkenen Fahrradfahrer erschossen. Der Polizist wurde zu einer achtmonatigen Bewährungsstrafe verurteilt.